Studienheft: GesM 6b

Geschichte

Von der Gründung des Deutschen Reiches bis zum Ende des Ersten Weltkrieges

GESCHICHTE

Von der Gründung des Deutschen Reiches bis zum Ende des Ersten Weltkrieges

von

Karl Dümmler

Inhaltsübersicht

5	DER IMPERIALISMUS	47
5.1 5.2 5.3 5.4 5.5 5.6 5.7 5.8	Einführung in die Thematik Der Ausbau des britischen Weltreiches Russlands Mission in Asien Dollarimperialismus und Big Stick Policy der Vereinigten Staaten Frankreichs Rückkehr in den Kreis der Großmächte Der koloniale Nachzügler Italien Das Deutsche Reich sucht seinen Platz an der Sonne Kritische Deutungen des Imperialismus	47 49 50 52 54 56 56 58
6	DAS DEUTSCHE REICH UND DIE EUROPÄISCHEN GROSSMÄCHTE BIS ZUM AUSBRUCH DES ERSTEN WELTKRIEGES	62
6.1	Die Auflösung des Bismarckschen Bündnissystems	62
6.2	Krisenherde der Politik vor 1914	65
6.2.2 6.2.3	Internationale Friedensbemühungen Deutsch-englisches Wettrennen zur See Der Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland verschärft sich: Erste und Zweite Marokkokrise Der Balkan - ein Pulverfass	65 66 69 70
6.3	Europa in Waffen	73
7	DER ERSTE WELTKRIEG	75
7.1 7.2 7.3 7.4 7.5 7.6 7.7 7.8	Die Juli-Krise 1914 Das Problem der Kriegsschuld Vom Kriegsausbruch bis 1916 Der Krieg zur See Kriegsziele und Friedensbemühungen Das Epochenjahr 1917: Das zaristische Russland bricht zusammen Die innere Lage Deutschlands 1917/1918 Waffenstillstand und Revolution	75 79 80 84 86 89 91

Inhaltsübersicht

8	SCHLUSSWORT	100
9	ANHANG	100
9.1	Literaturangaben	100
9.1.1	Literaturnachweis	100
9.1.Z	weiterunrende Literatur	103
9.1.3	Bild- und Zitatnachweise	104
9.2	Lösungen der Aufgaben zur Selbstüberprüfung	109
9.3	Der Balkan - ein Pulverfass	
	MATERIAL zum historischen Verständnis des Krieges im	
	ehemaligen Jugoslawien	118
001	Tefanostino di Di Di Di di Carattino	
9.3.1	Informationen über die Balkanstaaten und wichtige	
	Balkan-Regionen vor und nach dem Ersten Weltkrieg	118
9.3.2	Weiterführende Literatur (Stand Anfang 1993)	124
9.3.3	Kartenmaterial	124



© 1991, Reinhard Mohn GmbH, Gütersloh / Hamburg Fünfte, überarbeitete Auflage 1997

Alle Rechte der Verbreitung, insbesondere der Nachdruck (auch auszugsweise) und die fotomechanische Wiedergabe, sowie die Speicherung jeder Art vorbehaken.

5 DER IMPERIALISMUS

5.1 Einführung in die Thematik

Die einzige Weltmacht war bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts Großbritannien. Die übrigen europäischen Staaten orientierten sich an nationalstaatlichen Interessen, die innerhalb Europas ihre Verwirklichung finden konnten. Die BIS-MARCKsche Außenpolitik ist dafür ein sehr gutes Beispiel. Vielfach begnügten sich die Industriestaaten damit, den Freihandel in den traditionellen Kolonialgebieten, aber auch z. B. in China und Japan, durchzusetzen; der Warenaustausch mit den anderen europäischen Staaten war bis in die achtziger Jahre und darüber hinaus wichtiger als der Handel mit den eigenen Kolonien. In Ihrem Geschichtsatlas können Sie die relativ geringe koloniale Durchdringung des afrikanischen Kontinents durch die europäischen Staaten im Jahre 1884 sehr gut erkennen.

Immerhin waren zu diesem Zeitpunkt schon mehr als 66 % der Erdoberfläche in europäischem Besitz; aber der Kolonialbesitz war von den Industriestaaten eher unsystematisch erworben worden, nämlich so, wie private Kolonialgesellschaften diesen für den Handel erschlossen hatten: "The flag follows the trade" (Die Flagge folgt dem Handel) war eine zutreffende Kurzformel für diesen Kolonialerwerb. Das änderte sich um 1880.

"Die Flagge folgt dem Handel"

Nun richtete sich die Politik der europäischen Staaten darauf, außerhalb ihrer eigentlichen Staatsgrenzen und traditionellen Interessengebiete umfangreiche Gebiete zu erwerben und in ihre Staatsgebiete einzuverleiben: Neue Großreiche sollten entstehen, Imperien (in Anlehnung an das IMPERIUM ROMANUM). Hauptschauplatz dieser territorialen Expansion wurde Afrika, das noch weitgehend unerforscht war, also als "herrenlos" gelten konnte. Ein weiterer Schwerpunkt imperialistischer Interessen lag in Ostasien und der Südsee, wobei China allerdings formell seine staatliche Unabhängigkeit behaupten konnte.

IMPERIUM ROMANUM als Vorbild

Welche Motive veranlasste die Staaten zu dieser Kolonialpolitik?

Ein ausschlaggebender Grund ist sicher in dem gesteigerten Nationalismus zu suchen, der zum Ausgang des Jahrhunderts alle Industriestaaten erfasst hatte. Der Besitz von Kolonien sollte politisches Prestige gegenüber den europäischen Mitbewerbern schaffen, die man ja als rivalisierende Konkurrenten auf dem Weltmarkt bereits kennen gelernt hatte. Natürlich erwartete man auch eine Verbesserung der nationalen Volkswirtschaften; die Ausfuhr industrieller Güter in die Kolonien sollte steigen; der Bezug von Rohstoffen und "Kolonialwaren" für die eigene Wirtschaft sollte gesichert werden. Der Bevölkerungsdruck konnte durch die Möglichkeit der Auswanderung gemildert werden, neue Chancen für die eigenen Völker schienen sich zu eröffnen.

Gesteigerter Nationalismus erfasst alle europäischen Staaten

Neue Absatzmärkte und Rohstoffversorgung

Verbreitung der europäischen Zivilisation .

Ganz unbefangen betonte man seine religiöse, kulturelle, technische, medizinische und zivilisatorische Überlegenheit gegenüber den "Eingeborenen". Der Missionar wurde zum Sinnbild der damaligen Zeit, brachte er den "Heiden" doch nicht nur das Christentum, sondern auch alle anderen Segnungen der europäischen Zivilisation, die sich einmal französisch, ein anderes Mal deutsch darstellen konnte.

Stolz auf die eigene Rasse

Eng damit verknüpft war eine andere Rechtfertigung des Imperialismus: Nationale Überheblichkeit verband sich mit dem Stolz auf die eigene Rasse. So wurde nicht nur die Überlegenheit des weißen Mannes über die Völker anderer Hautfarbe als selbstverständlich angesehen, sondern man war davon überzeugt, dass das jeweils eigene Volk besonders für die Kolonialherrschaft auserwählt sei. Hierbei berief man sich übrigens sehr häufig auf sozialdarwinistische Theorien, die damals als besonders fortschrittlich galten (vgl. Abschnitt 5.5, Seite 54).



Bild 14: The uncivilized races of men in all countries of the world (Stahlstich 1876)

Sicherheit der Seewege Für England bedeutete der Imperialismus vor allem eine Sicherung und Vergrößerung des ohnehin schon gewaltigen Kolonialreiches; auch militärische Überlegungen spielten beim Erwerb bestimmter Kolonien eine entscheidende Rolle: Ägypten mit dem Suez-Kanal sicherte z. B. für England den direkten Dampferweg nach Indien, die Kap-Kolonie auch den weiteren Weg um Afrika nach Südostasien.

Andere Staaten, so das Deutsche Reich, Italien, Belgien und die USA, begannen erst jetzt in nennenswertem Umfang mit dem Wettlauf um eigene Kolonien. Sie alle wollten bei der Verteilung der letzten (vermeintlich) freien Gebiete der Erde nicht zurückstehen. Dafür wurden bewusst internationale Konflikte in Kauf genommen. Sicher werden Sie fragen, warum gerade um 1890 diese Entwicklung einsetzte und in wenigen Jahren eskalierte? Die Gründe für dieses Phänomen sind sehr vielschichtig, so dass es keine eindeutige Antwort darauf geben kann. Schon die Zeitgenossen waren sich nicht einig; und so ist es bis in die Gegenwart geblieben.

Am Ende dieses Kapitels werden Sie einige Deutungsansätze kennen lernen; welcher der "richtige" ist, werden Sie selbst zu entscheiden haben. Vorerst mag Ihnen folgende **Begriffsbestimmung** helfen: Unter Imperialismus wollen wir die politisch-territoriale Aneignung und Angliederung der noch nicht beherrschten Regionen der Welt durch die dem europäischen Kulturkreis zuzurechnenden Mächte verstehen. Sicher werden Sie sich fragen, warum unsere Darstellung so "eurozentriert" ist und nicht auch das oft leidvolle Schicksal der eroberten Völker darstellt. Schließlich ist die Situation der Dritten Welt, wie sie heute ist, ohne eine Kenntnis der Geschichte der Opfer der imperialistischen Politik nur schwer zu verstehen. Der Herero-Aufstand 1904 im heutigen Namibia, einer früheren deutschen Kolonie, ist ein solches Beispiel des brutalen Umgangs der Kolonialherren mit den "Eingeborenen". Weil es aber den Rahmen

eines Studienheftes sprengen würde, wenn diese Seite des Imperialismus gleichgewichtig behandelt würde, sei an dieser Stelle nur auf das bewusst in Kauf genommene Defizit der Darstellung hingewiesen. Wer sich genauer informieren will, benutze bitte das Literaturverzeichnis am Ende dieses Heftes.

5.2 Der Ausbau des britischen Weltreiches

Die ersten theoretischen Schriften des Imperialismus erschienen in England. In Büchern mit so bezeichnenden Titeln wie "The Greater Britain" (1869) oder "The Expansion of England" (1883) wurde gepriesen, dass ungezählte Völker verschiedenen Charakters und unterschiedlicher Natur im britischen Weltreich friedlich zusammenlebten. Auch der spätere britische Premierminister Benjamin DISRAELI (1804 - 1881) propagierte eine machtvolle, expansive Kolonialpolitik und fand darin die Unterstützung von Queen VICTORIA (1819 - 1901). In rascher Folge gelang es England, sein Kolonialreich zu vergrößern:

Tabelle 7: Entwicklung des britischen Kolonialreiches

1875	England kauft die Aktienmehrheit der Suez-Kanal-Gesellschaft vom ägyptischen Khediven und übt bis 1882 zusammen mit Frankreich de facto die Kontrolle über das türkische Ägypten aus.
1877	Die Annektion weiterer Gebiete in Indien wird mit der Proklamation der Königin Victoria zur Kaiserin von Indien abgeschlossen.
1877	England annektiert die burische Südafrikanische Konföderation; der Widerstand der Buren unter Ohm Krüger führt 1881 zunächst zum Verlust dieser Kolonie. Auch 1896 können die Buren einen englischen Einfall in die Burenrepublik abwehren.
1878	Den russisch-türkischen Krieg nutzt England zum Erwerb von Cypern.
1879	England zwingt den Emir von Afghanistan, sein Land dem britischen Handel zu öffnen und ausschließlich über Britisch-Indien zu leiten.
1882	England unterdrückt militärisch nationalistische Unruhen in Ägypten und beendet damit die gemeinsame französisch-englische Kontrolle. England übt künftig allein die Macht in Ägypten aus.
1885	Erneut setzt England seine Kolonialexpansion fort: Burma, Betschuanaland und Nordborneo werden erobert.
1889	Der britische Politiker Cecil Rhodes (1853 - 1902) erobert das spätere Rhodesia für England.
1890	Im Helgoland-Sansibar-Vertrag gewinnt England die ostafrikanische Insel im Tausch gegen Helgoland.
1898	England sichert sich durch einen Pachtvertrag auf 99 Jahre die New Territories in Hongkong.
1898	kommt es am Weißen Nil (Sudan bei Faschoda) zu einem Zusammenstoß zwischen britischen und französischen Truppen, der durch einen politischen Kompromiss beigelegt wird: England erhält das obere Niltal, Frankreich den westlichen Sudan.
1899	Cecil Rhodes gelingt in dem bis 1901 währenden Burenkrieg die Eingliederung der niederländischen Siedlungskolonien in die britische Kapkolonie. 1909 wird die Südafrikanische Unlon gebildet.
1900	Die australischen Kolonien schließen sich zu einem Commonwealth (= Bundesstaat) zusammen.

Indien wird Kaiserreich

Faschoda-Krise zwischen Frankreich und England

Cecil RHODES gewinnt Burenkrieg Diese chronologische Auflistung vermittelt Ihnen einen Eindruck von der Dynamik, mit der die größte Kolonialmacht ihr Empire ausgebaut hat. Zwischen den Zeilen erkennen Sie aber auch, dass diese koloniale Expansion die Interessen anderer Mächte berührt haben muss, dass sie also keinesfalls konfliktfrei war. Sie werden von diesen Konflikten noch hören. Aber es lohnt sich auch ein kurzer Blick auf die Größenverhältnisse:

1914, also vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, hatte das Britische Weltreich folgende Ausdehnung:

Tabelle 8: Ausdehnung des britischen Weltreiches 1914

lm Mittelmeer	10 0	00 qkm	mit einer	Bevölkerung von	517	000
In Asien	5 199 0	00 qkm	mit einer	Bevölkerung von	324 114	000
In Afrika	9 392 0	00 qkm	mit einer	Bevölkerung von	50 824	000
In Amerika In Australien	10 407 0	00 qkm		Bevölkerung von	10 082	
und Südsee	8 267 0	00 gkm	mit einer	Bevölkerung von	599	000

Nimmt man noch die weiteren kleineren Besitzungen dazu, erstreckte sich das Britische Kolonialreich über eine Fläche von mehr als 33 Millionen Quadratkilometern. Das eigentliche Mutterland (316 000 qkm) umfasste also weniger als ein Prozent seines Kolonialbesitzes. Auch ein Vergleich der Bevölkerungszahlen ist beeindruckend: Etwa 32 Millionen Briten im Mutterland stand eine Kolonialbevölkerung von fast 390 Millionen gegenüber. Das Britische Empire war also unzweifelhaft ein Weltreich. In sich war es gegliedert: Die Dominions (z. B. Kanada, Australien, Südafrikanische Union) wurden vor allem von Weißen bewohnt bzw. beherrscht. Sie verfügten über eine eigene Regierung, erkannten aber das Könighaus als Souverän an. Das Kaiserreich Indien unterstand direkt der Krone. Die eigentlichen Kronkolonien besaßen eine gewisse Autonomie, wurden aber vom Colonial Office in London kontrolliert. Die Protektorate (so z. B. Ägypten) besaßen formal eigene Regierungen, waren aber in Wirklichkeit völlig von London abhängig.

Gliederung des britischen Kolonialreichs in Dominions, Kronkolonien und Protektorate

5.3 Russlands "Mission in Asien"

Zweimal hatte die russische Außenpolitik vergeblich versucht, sich in den europäischen Teil der Türkei auszudehnen; aber der Krimkrieg (1853 - 1856) und der russisch-türkische Krieg von 1877/78 waren erfolglos geblieben. Die Westmächte hatten jedesmal den "kranken Mann am Bosporus" gerettet. In Russland führte diese Parteinahme für die "Feinde" der Christenheit" zu einem spürbaren Stimmungsumschwung in der Bevölkerung. Eine "panslawistische", antiwestliche Strömung gewann an Auftrieb: Der russische Publizist Iwan AXAKOW sah im Sommer 1878 die Resultate des Berliner Kongresses (vgl. Kapitel 4.4.3) als "schmählichen Verrat" an der historischen Aufgabe Russlands. Und diese "historische Pflicht" Russlands war "Schutz- und Vormacht des Slawentums": Er behauptete: "Für das slawische Volkstum sind Freiheit, eigenartige Entwicklung und Entfaltung aller geistigen Fähigkeiten allein unter Voraussetzung liebender Vereinigung mit dem russischen Volke möglich".

Panslawismus

1871 hatte der russische Schriftsteller DANILEWSKI in seinem Buch "Russland und Europa" bereits ausgeführt: "Da Rußland seiner inneren Wesensart nach der europäischen Welt fremd ist, ... vermag es nicht anders eine seiner und des Slawentums würdige Stellung in der Geschichte einzunehmen, als indem es

zum Haupte eines besonderen, selbständigen, politischen Staatensystems wird und Europa in seiner Gemeinschaft und Ganzheit zum Gegengewicht dient."¹⁹⁾

Sie werden daher nicht verwundert sein, wenn auch die russische Außenpolitik sich umorientierte und die bereits in den sechziger Jahren äußerst erfolgreiche Expansion nach Asien wieder aufnahm. In Ihrem Geschichtsatlas können Sie nachschauen, in welche Bereiche sich diese Ausdehnung erstreckte. Achten Sie dabei bitte auch auf das Eisenbahnstreckennetz: Das Streckennetz, das 1860 etwa 1 500 km umfasste, war 1878 schon auf fast 22 000 und 1914 sogar auf 67 000 km ausgedehnt: Transsibirische und Transkaukasische Eisenbahn waren selbstverständlich Teil der ökonomischen und militärischen Expansion nach Osten.

Der russische Dichter DOSTOJEWSKI (1821 - 1881) hat in einem Artikel aus dem Jahre 1881 die Frage gestellt: "Warum brauchen wir die zukünftige Eroberung Asiens? Was wollen wir in Asien anfangen?" und er hat darauf selbst geantwortet: "Wir brauchen sie, weil Ruβland nicht nur in Europa, sondern auch in Asien liegt, weil der Russe nicht nur Europäer, sondern auch Asiate ist. Und noch mehr als das: in Asien liegen vielleicht mehr unsere Hoffnungen als in Europa. Und ich sage noch mehr: vielleicht ist Asien in unseren zukünftigen Schicksalen der wichtigste Ausweg!"²⁰⁾

"Die russische Mission" in Asien

So war also der russische Imperialismus, ideologisch durch den Panslawismus gerechtfertigt, einerseits nach Westen gerichtet (Schutz der slawischen Völker auf dem Balkan), andererseits fand er sein eigentliches Betätigungsfeld im Osten; denn die europäischen Machtverhältnisse ließen zunächst Territorialgewinne in den angrenzenden europäischen Gebieten nicht zu.

Der "Kontinentalimperialismus" Russlands richtete sich auf seine asiatischen Gebiete aus. Ein Blick auf die nachfolgende Zusammenstellung beweist, wie erfolgreich die zaristische Politik war:

Kontinentalimperialismus Rußlands

Tabelle 9: Der russische Kontinentalimperialismus

1875	unterwirft Russland Fergana und Turkestan als Tributstaaten,
1881	annektiert es diese Gebiete endgültig.
1884	kommt es wegen der Einnahme Merws zum Konflikt mit England, der durch die Festlegung einer Demarkationslinie beendet wird.
1895	besetzt Russland das Pamirgebiet.
1895	Im selben Jahr kommt es zum japanisch-chinesischen Krieg. In der Abtretung Koreas an Japan sieht Russland seine Interessen gefährdet und protestiert.
1896	Russland eröffnet die ostsibirische Eisenbahn.
1898	wird Port Arthur russisch,
1900	die gesamte Mandschurei.
1904	kommt es zum Russisch-Japanischen Krieg: Die Japaner erobern Port Arthur, vernichten die russische Flotte und schlagen die russische Armee bei Mukden.
1905	Im Frieden von Portsmouth erhält Japan die Oberhoheit über Korea; Russland muss die Mandschurei an China zurückgeben.

Russisch-Japanischer Krieg Die Niederlagen von 1904/05 hatten für den russischen Imperialismus Folgen: Die russische Außenpolitik, die bis 1900 so erfolgreich gewesen war, musste sich umorientieren und erneut Europa zuwenden. In Kapitel 6 werden Sie die politischen Konsequenzen kennen lernen.

5.4 "Dollarimperialismus" und "Big Stick Policy" der Vereinigten Staaten

Die Monroe-Doktrin von 1823 (vgl. GesM 5) hätte eigentlich die USA vor einer eigenen Kolonialpolitik bewahren können; aber dem war nicht so. Nachdem der amerikanische Westen um 1890 erschlossen war (vgl. dazu die Karte im Geschichtsatlas), traten auch die USA am Ende des Jahrhunderts in den Kreis der imperialistischen Mächte ein. Schon 1889 hatten die USA versucht, mit den iberoamerikanischen Staaten eine Zollunion zu schließen, waren aber nicht zum Ziel gekommen, weil man in den mittel- und südamerikanischen Staaten zu Recht Angst vor der wirtschaftlichen Übermacht des nördlichen Nachbarn hatte (vgl. Sie dazu auch noch einmal das Kapitel 2, speziell S. 7 dieses Heftes). Unruhen in der spanischen Kolonie Kuba nutzten die USA dann konsequent: Im Senat sah man "den moralischen Sinn des Volkes der Vereinigten Staaten verletzt" und hielt die Zustände in Kuba für "eine Schande für die christliche Zivilisation". Der spanisch-amerikanische Krieg des Jahres 1898 brachte den USA als Kriegsbeute Kuba, Puerto Rico und die Philippinen. Gleichzeitig annektierte man Hawai. Im Jahre 1900 rechtfertigte Senator Beveridge die Annexion der Philippinen mit folgenden Worten: "Von allen Völkern des Menschgeschlechts hat Gott das amerikanische Volk dazu auserwählt, letztendlich die Führung zu übernehmen bei der Erneuerung der Welt."

Spanisch-Amerikanischer Krieg



Bild 15: Die Monroe-Doktrin, eine argentinische Karikatur

ROOSEVELT deutet Monroe-Doktrin um Präsident Theodore Roosevelt (im Amt von 1901 bis 1909) interpretierte 1904 auf seine Weise die Monroe-Doktrin, als er vor dem Kongress ausführte: "Jedes [mittel- und südamerikanische] Land, dessen Volk sich gut beträgt, kann auf

unsere Freundschaft zählen. Wenn eine Nation zeigt, daß sie vernünftig und mit Kraft und Anstand in sozialen und politischen Fragen zu handeln versteht, daß sie Ordnung hält und ihre Schulden bezahlt, dann braucht sie keine Einmischung von Seiten der Vereinigten Staaten zu befürchten. ... In der westlichen Hemissphäre [= Erdhalbkugel] mag das Festhalten der Vereinigten Staaten an der Monroedoktrin sie in flagranten Fällen solchen Unrechttuns oder Unvermögens, wenn auch wider ihren Willen, zur Ausübung einer internationalen Polizeigewalt zwingen." Rasch nannte man diese Art des Umgangs mit den Nachbarn "Big Stick Policy", also Politik mit dem dicken Knüppel. Im karibischen Raum lag das Hauptgebiet der amerikanischen Aktivitäten. Wirtschaftliche Interessen, finanzielle Investitionen und politischer Einfluss verbanden sich hier ganz besonders. ROOSEVELT unterstützte 1903 einen Aufstand in Panama, damals eine Provinz Kolumbiens. Von der neuen "unabhängigen" Republik Panama erwarben die USA die Kanalzone, erbauten den Kanal für 500 Millionen US-Dollar (Eröffnung 1914). Geld spielte aber auch sonst in der amerikanischen Außenpolitik eine entscheidende Rolle.

"Big Stick Policy"

Panama-Kanal-Zone wird amerikanisch

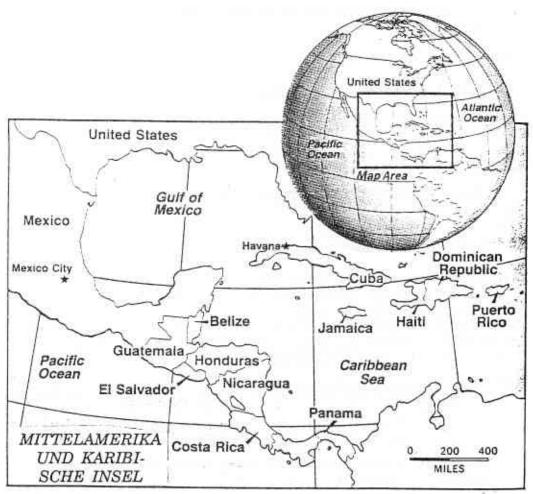


Bild 15a: Das amerikanische Einflussgebiet in Mittelamerika

Präsident TAFT sagte 1912 in Bezug auf Venezuela, die Dominikanische Republik, Mexiko, Nikaragua, Honduras und Haiti: "Mit Freude haben die Vereinigten Staaten die amerikanischen Bankiers ermutigt und unterstützt, die bereit waren, jenen Ländern bei der Sanierung ihrer Finanzen hilfreich beizustehen. Mit einem Schlage ist hierdurch die Bedrohung durch ausländische Gläubiger (gemeint sind europäische Bankiers) und durch revolutionäre Wirren beseitigt worden." In Ihrem Geschichtsatlas finden Sie eine Darstellung, wie sich der amerikanische Einfluss auf Mittelamerika ausgewirkt hat.

"Dollar-Imperialismus" "Open Door Policy" gegen China "Big Stick Policy" und "Dollar-Diplomatie" waren die zwei Seiten der amerikanischen Politik in Mittelamerika. Im pazifischen Raum beteiligten sich die USA an der internationalen Strafexpedition gegen den sog. Boxeraufstand in China. Ihr handelspolitisches Ziel war hier eine Politik der "Offenen Tür" (Open Door Policy), weil sie von den Philippinen aus ihre strategischen Vorteile ausnutzen konnten. Pazifik und Karibik machten deutlich, dass die USA eine Weltmacht geworden, also in den Kreis der imperialistischen Mächte eingetreten war.

V. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

- 1. Was bedeutet "Die Flagge folgt dem Handel"?
- 2. Erklären Sie die sprachliche Herkunft des Wortes "Imperialismus"!
- 3. Machen Sie an drei Ereignissen deutlich, warum für das englische Kolonialreich die Bezeichnung "Empire" zutreffend war.
- 4. Welche Ziele verfolgt der Panslawismus?
- 5. Erläutern Sie den Begriff "Kontinentalimperialismus"!
- 6. Geben Sie kurz an, welche neue Deutung Präsident ROOSEVELT 1904 der Monroe-Doktrin gab!
- 7. Was verstehen Sie unter "Dollar-Imperialismus"?

5.5 Frankreichs Rückkehr in den Kreis der Großmächte

Frankreich suchte sehr rasch für die territorialen Verluste, die es 1870 erlitten hatte, einen Ausgleich in Übersee; denn der Erwerb eines Kolonialreiches hatte sicher einen innenpolitischen Aspekt: Er sollte ablenken von der Fixierung auf die Niederlage von 1870. In einer Rede vom Juli 1885 vor der Deputiertenkammer führte Jules FERRY (bis März 1885 Ministerpräsident) aber eine Fülle weiterer Gründe für den Kolonialerwerb an:

Quelle 9

- * Französische Auswanderer blieben dem Mutterland erhalten, wenn Frankreich eigene Kolonien habe.
- * Für kapitalstarke Länder wie Frankreich sei "die Kolonisation eines der besten Geschäfte, dem sie sich widmen können." Der Kapitalexport bleibe sozusagen im eigenen Lande.
- * Für einen Industriestaat seien Kolonien wichtige Absatzmärkte, ganz besonders bei Absatzkrisen im Mutterland.
- * Wirtschaftliche Beziehungen zwischen dem Mutterland und den Kolonien blieben dauerhaft, so daß eine wirtschaftliche und politische Vorherrschaft auch später gesichert sei.

Sozialdarwinistische Rechtfertigung

- * Im Erwerb von Kolonien müsse man auch die "humanitäre und zivilisatorische Seite" sehen; es gebe nicht die gleichen Rechte für "Völker niederer Rasse", daher sei die These, "die auf der Gleichheit, der Freiheit, der Unabhängigkeit der niederen Rasse beruht", falsch. Man müsse es offen aussprechen, "daß die höheren Rassen in der Tat ein Recht gegenüber den niederen Rassen haben". Denn die höheren Rassen hätten auch "die Verpflichtung, die niederen Rassen zu zivilisieren".
- * Die Kolonien seien wichtige Flottenstützpunkte und für die Sicherheit der französischen Schiffahrt wichtig.

* Die Nationen seien in der jetzigen Zeit "nur groß durch die Aktivität, die sie entwickeln, nicht etwa durch die friedliche Ausstrahlungskraft ihrer Institutionen". Wörtlich führt Ferry dann aus: "Glänzen, ohne zu handeln, ohne sich in die Weltangelegenheiten zu mischen, ... indem man jede Expansion nach Afrika als Abenteuer betrachtet, ... das heißt, ... für eine Nation abdanken, ... das heißt herabsteigen vom ersten Rang auf den dritten oder vierten." Da die Politik der kolonialen Expansion allgemein die treibende Kraft sei, die sich bei allen europäischen Mächten durchsetzt, müsse dies auch Frankreich tun.

Ihnen werden einige der Argumente bestimmt bekannt vorkommen, andere ganz sicher empörend. Daher sollten Sie wissen, dass der Redner auch sehr viel Widerspruch erfuhr. Wenige Jahre vor der hundertsten Wiederkehr der Französischen Revolution wurde er durchaus gefragt, ob er solche Positionen in dem Land vertreten dürfe, das 1789 die Menschenrechte proklamiert habe. Aber es besteht kein Zweifel: FERRY repräsentierte die auch in Frankreich herrschende Politik.

Auch hier soll Ihnen die Tabelle zeigen, mit welcher Konsequenz Frankreich Kolonien erwarb:

Tabelle 10: Die Entwicklung des Französischen Kolonialreiches

1880	erwirbt Frankreich in der Südsee Tahiti und weitere Inselgruppen.
1881	gewinnt Frankreich Tunis, eine fast selbständige Provinz des Türkischen Reiches, und gerät damit in Konflikt zu Italien.
1883	erneuert Frankreich sein Protektorat über die Provinzen Tonkin und Annam in Indochina, die damit aus der chinesischen Oberherrschaft herausgelöst werden.
1885	wird Madagaskar französisches Protektorat (1898 Kolonie).
1890	kommt es zur Gründung der Kolonien Französisch-Guinea, Französisch-Sudan und Dahomey; damit ist das Ziel, die Sahara zu erschließen und den Anschluss an Nigeria herzustellen, erreicht.
1890	kommt es unter Einschluss der Fürstentümer von Laos zu einem Zusam- menschluss aller Kolonien und Protektorate in Französisch-Indochina.
1895	werden die Kolonien in Französisch-Westafrika zu einer Verwaltungseinheit zusammengefasst.
1898	stoßen französische Truppen bei Faschoda (Sudan) auf britische Truppen. Frankreich verzichtet auf seinen Versuch, das obere Niltal zu erwerben, bekommt aber dafür von England die Zusicherung,
1900	das Protektorat des Tschad zu errichten.
1906	scheitert der erste Versuch, das Sultanat Marokko in ein französisches Protektorat zu verwandeln, am deutschen Widerstand.
1911	wird Frankreichs Schutzherrschaft über Marokko nach gescheitertem Widerstand Deutschlands ("Panthersprung" nach Agadir) vertraglich durch Englands Unterstützung erneut abgesichert.

Frankreich war also um 1900 wieder eine der entscheidenden Großmächte in Europa, eine bedeutende Kolonialmacht mit einem ausgedehnten Imperium in Afrika und Indochina. Es nannte sein Kolonialreich "La France outre-mer" (= Frankreich jenseits des (Mittel)meeres). Das Ziel der französischen Kolonialpolitik war von Anfang an, die Kolonien politisch, wirtschaftlich, rechtlich und kulturell zu assimilieren (= angleichen) und ihnen sogar ein begrenztes Wahlrecht zum Parlament in Paris einzuräumen.

Faschoda-Krise

Erste Marokkokrise Zweite Marokkokrise 1911

5.6 Der koloniale Nachzügler Italien

"Italia Irredenta" 1861 hatte Italien seine staatliche Einheit gefunden, und erst 1870 konnte Rom Hauptstadt des neuen Königreiches werden. So ist es nicht verwunderlich, dass dieser Staat nicht über alten Kolonialbesitz, wie z. B. England, verfügte. Außerdem zielte er mit dem Schlagwort von der "Italia irredenta" (= unerlöstes Italien) zunächst darauf, seine Grenzen nach Norden und Nordosten zu Lasten der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie auszudehnen, also Triest und Trient zu gewinnen. In dem neu gegründeten Einheitsstaat setzte ein lebhafter Ausbau des Eisenbahnnetzes ein; der wirtschaftliche Außschwung ermöglichte es Italien, eine bedeutende Handels- und Kriegsflotte aufzubauen; 1885 war Italien die drittgrößte Seemacht.

Zusammenstoß mit Frankreich Sie werden daher nicht erstaunt sein, dass nun auch dieser Staat in den Kreis der imperialistischen Staaten drängte. Viele italienische Siedler waren bereits nach Tunis ausgewandert. Italiens Hoffnungen auf ein Kolonialreich in Nordafrika aber wurden 1881 zerstört, weil Frankreich Italien zuvorgekommen war. Nur vier Jahre später gelang es dann aber ansatzweise doch, ein Kolonialreich zu gründen: Italien erwarb Assab und Massua am Roten Meer und konnte so 1890 die Kolonie Eritrea in Afrika gründen.

Schon ein Jahr zuvor war es Italien gelungen, sich in den Besitz von Somaliland zu bringen. Ein Hauptziel des italienischen Imperialismus aber wurde erst 1912 erreicht, nämlich die Eroberung einer nordafrikanischen Kolonie, die durch das Mittelmeer direkt mit Italien verbunden war: Tripolis, das heutige Libyen. Allerdings war es Italien nicht gelungen, mit den großen Kolonialmächten gleichzuziehen; der Erwerb von Tripolis bewirkte zudem eine krisenhafte Zuspitzung der europäischen Gesamtlage (vgl. Kap. 6).

5.7 Das Deutsche Reich sucht seinen "Platz an der Sonne"

Noch 1884 erklärte BISMARCK im Reichstag, dass er eine Abneigung gegen deutsche Kolonien hege, wohl aber anerkenne, dass das Deutsche Reich die Pflicht habe, "kaufmännische Unternehmungen" in Übersee gegen Angriffe ("eingeborener") Nachbarn als auch europäischer Mächte zu schützen. Diese Erklärung des Reichskanzlers kam nicht von ungefähr: Zwei Monate vor dieser Rede hatte das Deutsche Reich eher zögernd eine Schutzerklärung für die Landerwerbungen des Bremer Kaufmanns LÜDERITZ im Gebiet des heutigen Namibia abgegeben und so den Grundstein für die erste deutsche Kolonie gelegt.

Aber es ist festzuhalten: die eigentliche Initiative ging nicht vom Reich, sondern von hanseatischen Kaufleuten aus. Doch obwohl BISMARCK Kolonien für überflüssig hielt und besonders die diplomatischen Verwicklungen mit der Kolonialgroßmacht Großbritannien fürchtete, wurden unter seiner Kanzlerschaft die meisten deutschen Kolonien gegründet:

1884 erste deutsche Kolonie

Tabelle 11: Die Entwicklung des deutschen Kolonialreiches

1876	schließt Deutschland einen Handelsvertrag mit den Tonga-Inseln ab;
1879	folgt ein ähnlicher Vertrag mit den Samoa-Inseln.
1884	gibt das Deutsche Reich eine Schutzerklärung für Landerwerbungen des Bremer Kaufmanns LÜDERITZ im späteren Deutsch-Südwest-Afrika (dem heutigen Namibia) ab und erwirbt Togo, Kamerun, das Bismarck-Archipel und das Kaiser-Wilhelm-Land.
1885	erteilt es einen Schutzbrief für die von Carl Peters in Ostafrika erworbenen Gebiete, dem späteren Deutsch-Ostafrika.
1890	tauscht Deutschland mit England die ostafrikanische Insel Sansibar gegen Helgoland.

Helgoland-Sansibar-Vertrag 1890 Wenn Sie sich die Lage der deutschen Kolonien im Geschichtsatlas vergegenwärtigen, werden Sie kein Konzept erkennen können, das diesen Kolonialerwerbungen zugrunde lag. Dies ist bei der staatlichen Zurückhaltung unter BIS-MARCK auch nicht verwunderlich. Statt dessen bildeten sich Interessenverbände, die den Erwerb von Kolonien propagierten: als erster wurde 1882 der Deutsche Kolonialverein gegründet (ab 1887 Deutsche Kolonialgesellschaft), 1891 folgte der Alldeutsche Verband und 1898 der Deutsche Flottenverein; der Letztere von der Mitgliederzahl am größten. Obwohl nach BISMARCKs Entlassung Kolonien in nennenswertem Umfang nicht mehr erworben wurden, steigerte sich die Diskussion um Wert und Unwert von Kolonien. Vorkämpfer einer imperialistischen Kolonialpolitik waren Reichskanzler v. BÜLOW und vor allem Kaiser WILHELM II.. BÜLOW sagte 1897 z. B.: "Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne."²¹⁾

Deutscher Kolonialverein

Kaiser WILHELM führte anlässlich der Schiffstause eines Kriegsschiffes 1900 aus: "Ich bin nicht der Meinung, daß unser deutsches Volk vor dreißig Jahren unter der Führung seiner Fürsten gesiegt und geblutet hat, um sich bei großen auswärtigen Entscheidungen beiseite schieben zu lassen. Geschähe das, so wäre es für allemal mit der Weltmachtstellung des deutschen Volkes vorbei, und Ich bin nicht gewillt, es dazu kommen zu lassen."²²⁾

"Platz an der Sonne"



Bild 16: Die Kolonialvölker Deutschlands huldigen dem Kaiser, 1913

Selbst in der Kaiser WILHELM wohlgesonnenen deutschen Öffentlichkeit stieß allerdings seine sog. "Hunnenrede" auf Unverständnis. Am 27. Juli 1900 verabschiedete er deutsche Truppen, die wegen des Boxeraufstandes nach China aufbrachen, mit folgenden Worten:

"Hunnenrede"

"Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Überlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läβt, so möge der Name Deutscher in China auf 1 000 Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, daβ niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen!"²³⁾

Gemessen an diesen aggressiven Tönen der offiziellen Repräsentanten Deutschlands nahmen sich die tatsächlichen Erwerbungen sehr bescheiden aus:

Tabelle 11a: Deutscher Kolonialerwerb unter Wilhelm II.

1898	erwirbt das Deutsche Reich durch einen Pachtvertrag auf 99 Jahre von China Kiautschou;
1899 1911	werden von Spanien kleinere Gebiete in der Südsee gekauft und kommt es im Gefolge der zweiten Marokkokrise (vgl. dazu S. 70) zum Erwerb von Neukamerun.

"Griff nach der Weltmacht"

Die deutsche Kolonialpolitik war, gemessen an den eigenen Ansprüchen wie im Vergleich mit den großen Kolonialmächten, also wenig erfolgreich. Der deutsche "Griff nach der Weltmacht" aber wirkte dank seiner Repräsentanten, allen voran Kaiser WILHELMs II., auf die anderen imperialistischen Mächte ständig als Bedrohung und verschärfte die ohnehin vorhandenen Spannungen zwischen den europäischen Großmächten.

Tabelle 12:

Relation zwischen Mutterland (= 1) und Kolonien im Jahre 1913			
Land	Bevölkerung	Fläche	
England	9,50	140,0	
Niederlande	4,90	61,0	
Portugal	1,36	23,0	
Belgien	1,14	79,0	
Frankreich	1,13	23,0	
Russiand	0,58	3,2	
Japan	0,20	0,8	
Deutschland	0,15	5,6	
USA	0,13	0,3	
Italien	0,04	5,3	

5.8 Kritische Deutungen des Imperialismus

In den vorhergehenden Abschnitten haben Sie an zahlreichen Zitaten erkennen können, wie die politische Elite ihre imperialistische Politik gerechtfertigt hat. Es darf dadurch aber nicht der Eindruck entstehen, als sei diese Politik unumstritten gewesen. In allen Ländern gab es Kritiker des Imperialismus. So führte 1889 August BEBEL im Reichstag aus: "Im Grunde genommen ist das Wesen aller Kolonialpolitik die Ausbeutung einer fremden Bevölkerung in der höchsten Potenz". Er sah auch die außenpolitischen Konsequenzen dieser Politik. Wenn erst einmal Kolonien erworben sind, sei "es ein Gebot der nationalen Ehre, dieselben zu halten".

Bebels Kritik am Kolonialismus

BEBEL beschreibt dann den Rüstungskreislauf: "Es wird … nothwendig, eine bedeutende Anzahl von Kolonialtruppen aus deutschen Reichsmitteln zu unterhalten. Es wird dann heißen: wir müssen uns derartig in unserer Marine rüsten, daß wir im Falle einer europäischen Krisis nicht nur unsere heimatli-

chen Küsten, sondern auch unsere Kolonien in fremden Ländern ausreichend schützen und verteidigen können. So werden Sie (gemeint ist die Reichsregierung) mit Ihrer Kolonialpolitik Schritt für Schritt weiter getrieben, ohne daß Sie heute nur entfernt im Stande sind, zu wissen, welche Opfer Ihnen dadurch zugemutet werden."²⁴⁾

1894 vertiefte BEBEL seine Kritik am Kolonialismus. Im Reichstag fragte er: "Was bedeutet in Wahrheit diese ganze christliche Zivilisation in Afrika? Äußerlich Christentum, innerlich und in Wahrheit Prügelstrafe, Weibermißhandlung, Schnapspest, Niedermetzelung mit Feuer und Schwert, mit Säbel und Flinte. Das ist Ihre Kultur. Es handelt sich um ganz gemeine materielle Interessen, ums Geschäftemachen und um nichts weiter!"

Der Engländer John A. HOBSON veröffentlichte 1902 sein Buch "Der Imperialismus". Er sah im Imperialismus vor allem eine Politik, die der Großindustrie dient: "Der Imperialismus ist der Versuch der großen Industriekapitäne, den Abflußkanal für ihren überschüssigen Reichtum zu verbreitern, indem sie ausländische Märkte und Investitionsmöglichkeiten zur Abnahme der Waren und des Kapitals suchen, die sie zu Hause weder verkaufen noch anlegen können."²⁵⁾

HOBSONS Kritik: Imperialismus dient Großindustrie

LENIN (1870 - 1924) sah 1916 im Imperialismus "die höchste Stufe der Entwicklung des Kapitalismus" und schrieb: "Der Kapitalismus hat sich zu einem Weltsystem der kolonialen Unterdrückung und der finanziellen Abwürgung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll vorgeschrittener' Länder ausgewachsen." ²⁸

Nach Lenin ist Imperialismus höchste Stufe des Kapitalismus

Sie werden an dieser Stelle keine abschließende Bewertung des Imperialismus erwarten dürfen. Zu vielschichtig ist diese Epoche, zu unterschiedlich sind auch die Motive der handelnden Personen in dieser Zeit. Eine Interpretation aus dem Jahre 1969, sie stammt von Wolfgang J. MOMMSEN, einem bedeutenden Historiker und anerkannten Kenner des Zeitalters des Imperialismus, soll den Abschluss dieses Kapitels bilden. Prüfen Sie bitte selbst, ob Sie sich diesem Deutungsangebot anschließen wollen.

"Nationale Geltung nur im Rahmen des europäischen Staatensystems war den Völkern nun nicht mehr genug; man wollte auch in Übersee eine Macht werden. Infolgedessen kam es in den folgenden Jahrzehnten zu einem erbitterten Ringen der europäischen Nationen um koloniale Territorien in Übersee. Die politische und wirtschaftliche Durchdringung der noch unterentwickelten Gebiete des Erdballs galt als große nationale Aufgabe des Zeitalters.

Mit dem nationalistischen Imperialismus ... trat ein neues Phänomen in die europäische Politik ein. ... Es ging hier nicht mehr allein, wie früher, um Landnahme in überseeischen Gebieten ..., sondern um die Aneignung oder den Ausbau überseeischer Territorien in der erklärten Absicht, den eigenen europäischen Groβmachtstatus zum Weltmachtstatus auszuweiten und ... zur Steigerung der nationalen Machtstellung zu nutzen. Dabei spielte die Zwangsvorstellung eine ausschlaggebende Rolle, daß nur denjenigen Nationen eine Zukunft in der Welt beschieden sei, welche sich zu Weltreichen erweiterten."²⁷⁾

Nationalistischer Imperialismus

Tabelle 13: Bevölkerungsverteilung in den deutschen Kolonien 1913 (Schätzwerte)

	Urbevölkerung	Europäer	davon Deutsche	qkm
Deutsch-Ostafrika	7,60 Mill.	5 300	4 100	993 000
Deutsch-Südwestafrika	0,26	14 800	12 300	836 000
Kamerun	2,65	1 871	1 650	761 000
Togo	2,00	370	320	87 000
Neuguinea u. Inselgebiet-	0,42	1 430	1 010	242 600
Samoa	0,02	550	330	2 900
Kiautschou	0,19	4 500	4 300	1 515
Gesamt	13,14	28 821	24 010	

VI. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

- 1. Wie begründet der französische Politiker FERRY den Herrschaftsanspruch der Weißen über die "Eingeborenen"?
- 2. Warum tritt Italien erst spät (um 1890) in den Kreis der Kolonialmächte ein?
- 3. Wie begründet BISMARCK den Erwerb deutscher Kolonien?
- 4. Welche Interessenverbände machten im Deutschen Reich Propaganda für Kolonialerwerbungen?
- 5. Was verstehen Sie unter dem Schlagwort "Platz an der Sonne"?
- 6. Mit welchen außenpolitischen Argumenten bekämpfte August BEBEL 1894 den Erwerb deutscher Kolonien?
- 7. Erläutern Sie den Begriff "Nationalistischer Imperialismus"!

MERKDATEN; WICHTIGE EREIGNISSE UND SCHWERPUNKTBEGRIFFE

KOLONIALPOLITIK; WELTMACHTSTREBEN; GESTEIGERTER NATIONA-LISMUS; ZIVILISATORISCHE ÜBERLEGENHEIT; DOMINION; KRONKOLONIE; PANSLAWISMUS; KONTINENTALIMPERIALISMUS; TRANSSIBIRISCHE EISENBAHN; DOLLARIMPERIALISMUS; BIG STICK POLICY; OPEN DOOR POLICY; SOZIALDARWINISMUS; ITALIA IRREDENTA; PLATZ AN DER SONNE; NATIONALISTISCHER IMPERIALISMUS; IMPERIALISMUS-KRITIK

Der Ausbau des britischen Weltreiches

1877 Queen Victoria wird Kaiserin von Indien

Der Suez-Kanal geht in den alleinigen Besitz Englands über; England beherrscht Ägypten

1899/1901 Der Burenkrieg endet mit dem Sieg Cecil Rhodes. Die Burenrepubliken werden britische Kronkolonie

Russlands "Mission in Asien"

Russland fühlt sich durch das Resultat des Berliner Kongresses benachteiligt

1896 Russland eröffnet die Transsibirische Eisenbahn

1904/05 Im Russisch-Japanischen Krieg verliert Russland die Mandschurei - Russland orientiert sich erneut an den Zielen des Panslawismus und wendet sich dem Balkan zu

Dollar-Imperialismus und Big Stick Policy der USA

Die Vereinigten Staaten besiegen Spanien und erobern Cuba, Puerto Rico und die Philippinen

1904 Präsident Theodore Roosevelt deutet die Monroe-Doktrin aus dem Jahre 1823 im imperialistischen Sinne um

1914 Der Panama-Kanal wird eröffnet

Frankreichs Rückkehr in den Kreis der Großmächte

Der Faschoda-Zwischenfall mit Großbritannien beendet die französische Ausdehnung in Ostafrika, führt aber zu einer Annäherung mit Großbritannien

1906 In der Ersten Marokko-Krise gelingt es Frankreich noch nicht, das Sultanat Marokko zu annektieren

1911 Die Zweite Marokko-Krise führt trotz deutschen Widerstandes zum endgültigen Besitz der Kolonie

Der koloniale Nachzügler Italien

1881 Italiens Politik, Tunis zu erobern, scheitert am französischen Widerstand

1912 Tripolis (das heutige Libyen) wird Kolonie

Das Deutsche Reich sucht seinen "Platz an der Sonne"

Deutsch-Südwest-Afrika (das heutige Namibia) wird erste deutsche Kolonie

Deutschland bekommt von England Helgoland im Tausch gegen Sansibar

1898 Deutschland erwirbt in China Kiautschou

DAS DEUTSCHE REICH UND DIE EUROPÄISCHEN GROSS-MÄCHTE BIS ZUM AUSBRUCH DES ERSTEN WELTKRIEGES

6.1 Die Auflösung des Bismarckschen Bündnissystems^{28a}

"Der neue Kurs" Kaiser WILHELMs II.

"Politik der freien Hand"

Französischrussische Militärkonvention von 1892

Frankreich erneuert Revanche-Politik

1890 hatte WILHELM II. die Entlassung BISMARCKs mit einem innenpolitischen Konflikt erzwungen. "Der neue Kurs" des Kaisers bedeutete aber vor allem eine Umorientierung der deutschen Außenpolitik; denn ein wesentlicher Baustein des BISMARCKschen Bündnissystems wurde sofort entfernt: Die Verlängerung des Rückversicherungsvertrages mit Russland (vgl. Kap. 4, Abschnitt 4.4.4) wurde vom neuen Reichskanzler Graf CAPRIVI (1890 - 1894) abgelehnt. Er sah in ihm eine Abhängigkeit des Deutschen Reiches von Russland, außerdem schien dieser Vertrag dem Geiste des Dreibund-Vertrages mit Österreich-Ungarn und Italien zu widersprechen. In Wirklichkeit widersprach er aber vor allem dem nationalistischen Zeitgeist: denn die deutsche Außenpolitik glaubte nun, gestützt auf den wirtschaftlichen Erfolg des Deutschen Reiches, eine "Politik der freien Hand" betreiben zu können. Insofern fügt sich diese erste außenpolitische Maßnahme sehr gut ein in die Politik, die Sie im fünften Kapitel (Imperialismus) bereits genauer kennen gelernt haben: Das Vertrauen auf die eigene nationale Stärke und Befreiung von vermeintlichen diplomatischen Fesseln sind zwei Seiten derselben Medaille. WILHELM II., Repräsentant der neuen deutschen Außenpolitik, wusste Zweifler an seiner Politik zu beruhigen. 1892 rief er aus: "Zu Großem sind wir noch bestimmt, und herrlichen Tagen führe ich euch noch entgegen", und vielleicht spielte er sogar auf die berühmte Bismarck-Karikatur aus dem Jahre 1890 an ("Der Lotse verläßt das Schiff"), als er abschließend feststellte: "Mein Kurs ist der richtige, und er wird weitergesteuert."

Sie werden sicher fragen, wie sich Russland auf diese neue Situation einstellte. CAPRIVI hatte geglaubt, dass der russisch-englische Gegensatz wegen der ostasiatischen Konflikte andauern würde. Eine französisch-russische Allianz konnte er sich ebenfalls nicht vorstellen, weil sie durch die englische Flotte im Mittelmeer militärisch sowieso wirkungslos sei. Aber er irrte sich gewaltig! Schon 1891 kam es zu einem demonstrativen französischen Flottenbesuch im russischen Kriegshafen Kronstadt, und im August 1892 bereits erfolgte eine geheime Französisch-Russische Militärkonvention, die ganz ausdrücklich bei Angriffen des Dreibundes den Bündnisfall vorsah, also den Einsatz der französischen und russischen Truppen.

Welche Motive hatten Frankreich und Russland? Russland wird mehr an seinen Gegensatz zu Österreich-Ungarn, Frankreich sicher an das Deutsche Reich gedacht haben. Jedenfalls verabredeten beide Mächte, im Falle eines Angriffes Deutschland von beiden Seiten anzugreifen. BISMARCKs Sorge vor einem Zweifrontenkrieg war also Realität geworden. Wichtiger aber war, dass es Frankreich gelungen war, aus der diplomatischen Isolation herauszutreten. Ganz unverblümt vertrat CLEMENCEAU (1841 - 1929), der spätere französische Ministerpräsident, 1893 die Ansicht: "Wir wollen, daß Rußland, nachdem es der Spießgeselle unserer Niederlage war (er spielt auf das Jahr 1870 an), das Werkzeug unserer vollständigen Wiederaufrichtung, das heißt ... unserer Revanche werde."²⁸⁾ Als der Zar 1894 die Militärkonvention ratifizierte, war sie auch offiziell Bestandteil der russischen Politik geworden.

Wer sich genauer informieren will, sei auf folgendes Buch hingewiesen: Lahme, Rainer: Deutsche Außenpolitik 1890-1894. Von der Gleichgewichtspolitik Bismarcks zur Allianzstrategie Caprivis Göttingen 1990

Das Verhältnis zu Großbritannien musste mithin für die deutsche Außenpolitik von entscheidender Bedeutung sein. Es schien tatsächlich so, dass es zu einem deutsch-englischen Interessenausgleich kommen könnte. Der Helgoland-Sansibar-Vertrag aus dem Jahre 1890 (vgl. S. 56) wurde auch so verstanden; denn die kolonialen Gegensätze zwischen beiden Staaten in Ostafrika lösten sich im Sinne Englands. Allerdings ermöglichte dieser Vertrag die künftige Flottenpolitik des Deutschen Reiches. Die in der Elbmündung liegende Felseninsel Helgoland war nun nämlich in deutscher Hand und ließ erst strategische Planungen mit einer deutschen Kriegsflotte zu. Der Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals (vgl. S. 8) verband das Binnenmeer Ostsee mit der Nordsee; deutsche Kriegsschiffe konnten ab 1895 also verlegt werden, ohne dass die englische Flotte es hätte verhindern können. Eine deutsche Kriegsflotte konnte folglich eine Bedrohung für die britische Sicherheit werden. War die deutsche Reichsregierung klug genug, dieser Versuchung zu widerstehen? Oder, noch genauer gefragt: War man in Berlin überhaupt an einem guten Verhältnis zu Großbritannien interessiert?

Helgoland-Sansibar-Vertrag 1890

Es ist klar, dass die deutsche Flottenbaupolitik der Prüfstein dafür sein musste. Daher hat man bestimmt in London die Argumente sehr aufmerksam zur Kenntnis genommen, die 1898 für das 1. Flottengesetz vorgetragen wurden: "In einem Krieg mit einer größeren Seemacht wird es in den meisten Fällen weniger darauf ankommen, die Kolonien an Ort und Stelle zu verteidigen, als sie in der Heimat durch eine Schlachtflotte zu schützen. Schutztruppe und Auslandsschiffe werden an Ort und Stelle ihr möglichstes tun: Das Schicksal der Kolonien werden indes nicht die kleinen Gefechte draußen entscheiden, sondern der Ausfall des Kampfes auf dem Hauptkriegsschauplatz."29) Die künftige Kriegsflotte sollte also Deutschlands Kolonien nicht vor den afrikanischen Küsten schützen, sondern sollte in die Lage versetzt werden, "auf dem Hauptkriegsschauplatz", also der Nordsee, gegen eine "größere Seemacht" das Gefecht aufnehmen zu können. War damit Großbritannien gemeint? Dem Wortlaut nach nicht; denn fraglos war die englische Flotte keine "größere", sondern die größte der Welt. In Wirklichkeit aber zielte das Flottenbauprogramm, wenn auch verschleiert, auf die britische Flotte.

1898 Erstes deutsches Flottengesetz

Admiral von TIRPITZ (1849 - 1930), der Chef des Reichsmarineamtes, hat dies später offen bekannt. Die Kriegsflotte, die durch die Flottengesetze des Reichstages ab 1898 entstand, sollte so groß sein, dass sie für die britische Flotte ein militärisches Risiko darstellen würde. TIRPITZ' "Risikogedanke" lässt sich so formulieren: Deutschland sollte eine Flotte von einer solchen Stärke haben, dass selbst die größte Flotte einen Angriff nur mit einem unkalkulierbaren Risiko wagen und trotz eines Sieges über die deutsche Flotte seine frühere Seemachtstellung verlieren könne.

TIRPITZ'
"Risikoflotte"

Hinter der deutschen Flottenrüstung stand ganz besonders WILHELM II. Er drohte seinem Reichskanzler unverblümt, den Reichstag aufzulösen, wenn er das Flottengesetz von 1899 nicht beschließen würde; dies sei "eine Frage von Sein und Nichtsein". Fürst HOHENLOHE-SCHILLINGSFÜRST, der Reichskanzler, übernahm WILHELMs Position. Im Reichstag sagte er 1900: "Das Deutsche Reich darf nicht abhängig sein vom guten Willen anderer mächtiger Nationen; es muß auf eigenen Füßen stehen und auf Achtung zählen können. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer starken Flotte."30)

Sie werden sicher auf die anfangs gestellte Frage bereits eine Antwort gegeben haben: Diese deutsche Politik, als Weltmachtpólitik konzipiert, konnte im Grunde nicht auf britische Zustimmung rechnen. Zu sehr war zu erkennen, dass das Deutsche Reich auch im Bereich der Kriegsflotte mit seinem ökonomischen Hauptkonkurrenten England gleichziehen wollte. Um so überraschter müssen

Deutscher Flottenbau als Teil der Weltmachtpolitik Sie sein, wenn Sie erfahren, dass England dreimal zwischen 1899 und 1901 Deutschland ein Bündnis angeboten hat. England verließ seine Politik der "splendid isolation" (= vornehme Zurückhaltung) und suchte Anlehnung an das Deutsche Reich; sicher vor allem wegen der außenpolitischen Isolierung, in der es sich wegen des mit großer Brutalität geführten Burenkrieges (vgl. S. 49) befand. Aber das Deutsche Reich hatte kein Interesse, und so scheiterten die englisch-deutschen Bündnissondierungen letztlich an den Forderungen, die Berlin stellte, vor allem daran, dass sich Großbritannien dem Dreibund anschließen solle.

England beendet um 1900 Politik der "splendid isolation"

Französischenglische Entente cordiale Während also Deutschland um 1900 glaubte, sich eine "Politik der freien Hand" leisten zu können, reagierte man in London umgehend und beendete die Politik der "splendid isolation", die seit dem Krimkrieg (1854 - 1856) Richtschnur der britischen Außenpolitik gewesen war: 1902 schloss Großbritannien ein Flottenbündnis mit Japan; 1904 kam es zu einem bündnisähnlichen Abkommen mit Frankreich ("Entente cordiale") (wörtlich: "Herzliches Einvernehmen"), das nur vier Jahre später zur "Triple-Entente" (wörtlich: auf drei Partner ausgedehntes Freundschaftsabkommen) zwischen England, Frankreich und Russland ausgeweitet wurde. Was war also 1904 vom BISMARCKschen Bündnissystem geblieben?

Blicken wir zunächst auf das Deutsche Reich: Der Beistandspakt mit Österreich, 1879 als "Zweibund" abgeschlossen, bestand noch unverändert. Ein Versuch Englands, Österreich-Ungarn von Deutschland zu lösen, scheiterte an der Bündnistreue Kaiser FRANZ JOSEPHs. Der "Dreibund", 1882 zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien als Defensivabkommen mit dem Ziel geschlossen, Frankreich zu isolieren, existierte ebenfalls noch; sein Wert war aber durch ein französisch-italienisches Geheimabkommen, das Frankreich die Neutralität Italiens bei einem deutschen Angriff zusicherte, weitgehend entwertet. So blieb also die Doppelmonarchie der einzige verlässliche Bundesgenosse Deutschlands. Doch dieser Staat war mit Hypotheken belastet: auf dem Balkan kollidierten seine Interessen mit denen Russlands, in den Südalpen-Provinzen Triest und Trient musste Österreich mit den territorialen Forderungen der italienischen Irredenta-Bewegung rechnen.

Blicken wir auf die anderen europäischen Großmächte: Frankreichs Stellung vor allem hatte sich verändert. Seit 1892 bestand die russisch-französische Militärkonvention, die 1894 zu einem formellen Bündnis ("Entente") wurde. Zwischen 1900 und 1902 kam es zu der französisch-italienischen Annäherung, und 1904 schließlich schlossen Großbritannien und Frankreich die Entente cordiale ab. Frankreich verzichtete, um zu diesem Abkommen mit Großbritannien zu kommen, auf seine weitere Kolonialpolitik in Ägypten, stärkte aber dafür seine Position auf dem europäischen Kontinent (d. h. gegen Deutschland) entscheidend und bekam zudem noch von Großbritannien Marokko zugestanden. Die französische Diplomatie hatte folglich um 1904 die Mittelmächte Deutschland und Österreich außenpolitisch isoliert; es stand mit allen anderen europäischen Großmächten in freundschaftlichen Beziehungen.

Zwei Bündnissysteme stehen sich gegenüber: Dreibund und Triple-Entente 1907 kam es zu einem Interessenausgleich zwischen England und Russland, weil durch russische Zugeständnisse beide Mächte ihre Gegensätze in Asien beilegen konnten. Ein Jahr später kam es zur förmlichen Bildung der Triple-Allianz zwischen Frankreich, England und Russland. 1909 näherten sich Russland und Italien. Die Vernetzung der mit Frankreich verbündeten Mächte war also ebenso perfekt wie die Selbstisolierung des Deutschen Reiches: Der "Triple-Allianz" stand der "Zweibund" (Deutsches Reich-Österreich-Ungarn) gegenüber; Italien sympathisierte aber eher mit den Entente-Mächten und hielt nur noch zögernd am "Dreibund" fest.

Zog die deutsche Außenpolitik aus dieser Situation Schlussfolgerungen? Bevor wir diese Frage genauer klären, wollen wir das letzte Jahrzehnt vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges etwas genauer untersuchen.

VII. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

- 1. Erläutern Sie kurz, was Admiral TIRPITZ unter "Risikogedanke" verstanden hat.
- 2. Wann etwa und warum beendete Großbritannien seine Politik der "Splendid Isolation"?
- 3. Wie beurteilen Sie den politischen Nutzen, den das Deutsche Reich um 1900 und die folgenden Jahre aus dem Zweibund mit Österreich-Ungarn ziehen konnte?
- 4. Ergänzen Sie die Tabelle durch das Eintragen der Ihnen bekannten politischen Konflikte im letzten Jahrzehnt vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges. In der Tabelle werden folgende Abkürzungen benutzt:

D = Deutsches Reich

I = Italien

F = Frankreich

Ö-U = Österreich-Ungarn

GB = Großbritannien

R = Russland

Beispiel:

F —— "Erbfeindschaft" wegen des Verlustes von Elsass Lothringe	en 1870/71 ← D
GB ——	D
R	D
I	Ö-U
R	Ö-U

6.2 Krisenherde der Politik vor 1914

6.2.1 Internationale Friedensbemühungen

Auch viele historisch Interessierte glauben, erst mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges habe das Zeitalter der Kriege begonnen. Das ist ein Irrtum. Ein Blick auf die folgende Tabelle zeigt Ihnen, wie sehr die europäischen Mächte schon vorher in kriegerische Handlungen verwickelt waren:

Tabelle 14: Krisen und Kriege vor 1914

1898	Spanisch-Amerikanischer Krieg
1899	(bis 1901) Burenkrieg
1900	Europäische Großmächte schlagen "Boxeraufstand" China nieder
1904	(bis 1905) Russisch-Japanischer Krieg
1911	(bis 1912) Italienisch-Türkischer Krieg
1912	(bis 1913) 1. Balkankrieg (Montenegro, Serbien, Griechenland und Bulgarien gegen Türkei)
1913	2. Balkankrieg (Bulgarien gegen Serbien, Rumänien, Griechenland, Montenegro und Türkei)

Erster Friedensnobelpreis an H. DUNANT Allerdings war den Zeitgenossen die bedrohliche Zuspitzung der Weltlage durchaus bewusst. 1899 trafen sich auf Anregung von Zar NIKOLAUS II. (1894 - 1917) 26 Teilnehmerstaaten zur Ersten Haager Friedenskonferenz. Am deutschen Widerstand scheiterte zwar ein allgemeines Abrüstungsabkommen; immerhin kamen drei völkerrechtliche Verträge zum Land- und Seekriegsrecht zustande. 1901 wurde erstmals der von Alfred NOBEL (1833 - 1896) gestiftete Friedensnobelpreis an den Gründer des Roten Kreuzes, Henri DUNANT (1828 - 1910) verliehen; ein augenfälliges Zeichen für die Gefährdung, in der Europa lebte. Der amerikanische Großindustrielle Andrew CARNEGIE stiftete 1910 zehn Millionen US-Dollar; auch seine Stiftung sollte "zur Abschaffung des Krieges, dieses Schandflecks der Zivilisation" beitragen.

Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907

1907 trafen sich 44 Staaten zur Zweiten Haager Friedenskonferenz und verabschiedeten die "Haager Landkriegsordnung", in der sich die Unterzeichner-Staaten u. a. auf einen Internationalen Schiedshof einigten. In der Präambel (= Vorwort) erklärten sie, sie seien "von dem festen Willen beseelt, zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens mitzuwirken, entschlossen, mit allen ihren Kräften die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten zu begünstigen"; sie sprachen von der "Solidarität, welche die Glieder der Gemeinschaft der zivilisierten Nationen verbindet".

An Einsicht in die Zuspitzung der Weltlage fehlte es also wahrlich nicht. Da es dennoch in Europa und außerhalb laufend militärische Auseinandersetzungen gab, wird klar, dass die führenden Staatsmänner und die hinter ihnen stehenden Führungsschichten nicht gewillt waren, nationalstaatliche Egoismen abzulegen oder gar einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen.

6.2.2 Deutsch-englisches Wettrennen zur See

Um 1906 hatte sich die Situation für Großbritannien grundlegend verändert: Durch die Entente cordiale war Frankreichs Flotte keine Bedrohung mehr für die britische Küste. Russlands Kriegsflotte hatte im Japanisch-Russischen Krieg schwerste Verluste hinnehmen müssen; der Zar war seit 1908 Bündnispartner in der Triple-Entente. Japans Flotte war schon seit dem Bündnis von 1902 für England keine Gefährdung mehr. Blieb also als maritimer Gegner einzig die deutsche Flotte. Der Erste Seelord der britischen Admiralität schrieb an den späteren König GEORG V. im Oktober 1906 unmissverständlich: "Unser einziger möglicher Feind ist Deutschland. Deutschland hat seine gesamte Flotte ständig wenige Stunden von England entfernt konzentriert. Wir müssen deswegen auch ein paar Stunden von Deutschland entfernt eine Flotte halten, die zweimal so mächtig ist wie jene."31)

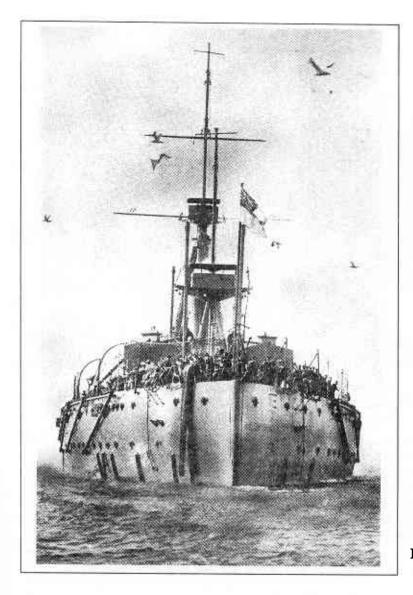


Bild 16a: Das britische Großkampfschiff Dreadnought, 1906

Mit dem Flottengesetz von 1906 hatte Deutschland tatsächlich eine neue Runde in der deutsch-britischen Flottenrivalität eröffnet. Jahr für Jahr sollten nämlich bis 1917 insgesamt 13 Große und 24 Kleine Kreuzer in Dienst gestellt werden, vor allem aber 18 Linienschiffe. Diese waren als Antwort gedacht auf einen neuen Schiffstyp, den Großbritannien entwickelt hatte. Die "Dreadnought", das erste Schiff dieser Serie, lief 1906 vom Stapel, verschaffte aber Großbritannien nicht den erhofften Vorsprung; denn die deutschen Werften waren durchaus in der Lage mitzuhalten, so dass gerade im Panzerschiffbau die beiden Rivalen gleichzogen. Der "Two Power Standard", den Großbritannien bislang für sich beansprucht hatte, geriet also gerade bei dem Schiffstyp ins Wanken, der von der Britischen Admiralität als besonders wichtig angesehen wurde. Das Wettrüsten ging folglich weiter.

Verstärkung der deutschbritischen Flottenrivalität

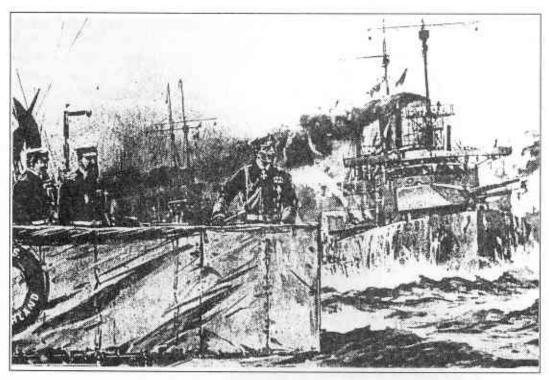


Bild 17: Der Kaiser im Flottenmanöver, Illustration von Willy Stöwer, 1912

Wieder war es der Kaiser, der sich hinter die deutsche Admiralität stellte und diplomatische Sorgen in den Wind schlug. Friedrich von HOLSTEIN, damals als "Graue Eminenz" ein einflussreicher Diplomat im Auswärtigen Amt, warnte vergeblich, als er 1906 schrieb: "Je stärker wir zur See rüsten, desto fester drücken wir England an Frankreich heran." Überraschend weitsichtig war auch, was HOLSTEIN über die Motive des einflussreichen und mitgliederstarken Deutschen Flottenvereins schrieb: "Nicht jeder, der nach Schiffen schreit, ist ein uneigennütziger Patriot"; denn beim Schiffbau (Panzerplatten etc.) seien ungezählte Millionen zu verdienen, viel mehr als bei den Kolonien. 32)

1912 Scheitern der Haldane-Mission Der britisch-deutsche Gegensatz verfestigte sich also zusehends. Ein letzter Versuch, zu einer Verständigung zu kommen, wurde ausgelöst durch die Absicht, das deutsche Flottenbauprogramm bis 1917 um weitere drei Schlachtschiffe aufzustocken. Lord HALDANE, der britische Kriegsminister, kam im Februar 1912 nach Berlin, um dies zu verhindern. Dabei war er durchaus zu einem wesentlichen Zugeständnis bereit, nämlich einer "Neutralitätsformel". Der Kaiser und TIRPITZ zwangen aber Reichskanzler v. BETHMANN-HOLLWEG, diese "Neutralitätsformel" so zu belasten, dass sie für die britische Politik nicht akzeptabel war. Der Reichskanzler, für den die Verständigung mit England "der Traum seines Lebens" war, teilte dem britischen Außenminister mit, "daetaein die Neutralität Englands verbürgendes, einem Schutzbündnis mit uns nahekommendes Abkommen die absolute Voraussetzung bildet, unter der allein (er) bei ... dem Kaiser einen Verzicht auf wesentliche Bestandteile der geplanten Flottennovelle befürworten und der öffentlichen Meinung in Deutschland gegenüber diesen Verzicht würde rechtfertigen können..."33) Für Frankreich war die deutsch-englische Annäherung gleichbedeutend mit einem Ende der Entente cordiale; daher opponierte es gegen jedes schriftliche Neutralitätsversprechen Englands. Die "Haldane-Mission", der letzte Versuch einer deutsch-englischen Verständigung, war gescheitert.

Tabelle 15:

tzfähig 29 10 — 4	im Bau 17 12 12 6
10	12 12
_	12
4	· -
4	6
43	47
 17	11
3	5
-	17

6.2.3 Der Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland verschärft sich: Erste und Zweite Marokkokrise

Schon vorher wollte Deutschland Frankreich in ein "Kontinentalbündnis" einbinden, das aus Deutschland, Frankreich und Russland bestehen sollte. Um diesen Versuch Deutschlands verstehen zu können, müssen wir noch einmal auf das Jahr 1904 zurückblicken:

Bald nach dem Abschluss der Entente cordiale, im Sommer 1904, ging Frankreich dazu über, seine Kontrolle über das Sultanat Marokko auszuüben. Ähnlich wie der amerikanische Dollar-Imperialismus war auch Frankreichs Vorgehen: Zur Sicherung französischer Bankkredite verlangte Frankreich, dass eine Streitmacht unter französischem Kommando für Ordnung in Marokko sorgen sollte.

Diese "friedliche Durchdringung" stieß auf deutschen Widerstand, weniger, weil das Deutsche Reich in Marokko ebenfalls Kapitalinteressen hatte, sondern eher, weil man in Berlin glaubte, Marokko als politisches Faustpfand benutzen zu können. Dabei berief man sich auf ein Abkommen, das 25 Jahre zurücklag, und beanspruchte ein Mitspracherecht. Kaiser WILHELM II. besuchte 1905 demonstrativ den Sultan von Marokko in Tanger, um so zu zeigen, dass Deutschland das Sultanat für einen souveränen Staat halte. Obwohl Frankreich einlenkte und sogar eine Entente mit Deutschland anbot, lehnte die deutsche Regierung ab und forderte eine internationale Konferenz. Das Ziel war klar: Frankreich sollte eine diplomatische Niederlage beigebracht werden; vor allem sollte Frankreich erkennen, dass die Entente cordiale mit England nichts wert sei, wohl aber eine Anlehnung an Deutschland, das mit Russland verbündet wäre. Daher versuchte WILHELM II., das angeschlagene Russland (Russisch-Japanischer Krieg, vgl. S. 51) auf seine Seite zu ziehen. Aber dieser Versuch scheiterte: Der zwischen den beiden Monarchen ausgehandelte Bündnisvertrag wurde vom russischen Außenminister an der entscheidenden Stelle abgeändert: Die russische Beistandspflicht sollte ausdrücklich nicht bei einem deutschfranzösischen Krieg gelten. Russland blieb also seiner vertraglichen Verpflichtung gegenüber Frankreich treu.

Erste Marokkokrise Nun sollte Marokko dazu verhelfen, Frankreich eine diplomatische Schlappe zuzufügen. Aber als im Januar 1906 die Marokko-Konferenz in Algeciras zusammentrat, fand Deutschland für seinen Standpunkt keine Mehrheit, sondern war mit Österreich isoliert. Das Ergebnis der Konferenz kam äußerlich deutschen Forderungen nach einer Internationalisierung Marokkos zwar nach; im Grunde aber wurde der französische Einfluss auf Marokko bestätigt. Die Erste Marokkokrise (1905/06), von Deutschland provoziert, war also zu einer Niederlage für die kaiserliche Politik geworden, die Selbstisolierung unübersehbar.

Natürlich fuhr Frankreich auch weiterhin fort, Marokko zu kolonisieren; der deutsche Reichskanzler wollte deswegen die Verletzung der Algeciras-Akte politisch wieder gegen Frankreich ausnutzen. Aber Kaiser WILHELM II. zog nicht mit: "Es ist nichts zu machen, französisch wird es doch! Also mit Anstand aus der Affäre heraus, damit wir endlich aus den Friktionen (= Spannungen) mit Frankreich herauskommen."

Zweite Marokkokrise 1911; "Panthersprung" nach Agadir 1909 erkannte Deutschland die politische Vorrangstellung Frankreichs in Marokko an, wenn dieses die wirtschaftlichen Interessen der anderen europäischen Mächte dulde. Dies war aber nicht der Fall. Als 1911 neue Unruhen Frankreich den Vorwand gaben, Rabat und Fez zu besetzen, sah Deutschland einen erneuten Ansatzpunkt: Frankreich solle wenigstens Gebiete in Französisch-Kongo an Deutschland abtreten. Als Druckmittel sollte die Entsendung des Kanonenbootes "Panther" nach Agadir dienen. Doch Frankreich ließ sich nicht einschüchtern, zumal sich England eindeutig auf die Seite Frankreichs stellte. Kleine Gebiete aus französischem Kolonialbesitz wurden zwar Deutsch-Kamerun zugeschlagen; dafür aber musste Deutschland endgültig die französische Oberhoheit über Marokko anerkennen. Der "Panthersprung nach Agadir", wie die Zeitungen damals titelten, war also danebengegangen.

Wichtiger aber waren die Folgen der Zweiten Marokkokrise: Auf dem Höhepunkt der Krise schlossen sich Frankreich und England noch enger zusammen. Die beiden Generalstäbe stellten einen gemeinsamen Aufmarschplan für den Fall eines Krieges gegen Deutschland auf; ein Jahr später, 1912, wurde diese Vereinbarung der Generäle durch einen Briefwechsel der beiden Regierungen noch bekräftigt. Dieser Briefwechsel ersetzte ein offizielles Bündnis beider Staaten, das durch das britische Unterhaus hätte ratifiziert werden müssen. Die Staatenblöcke, die die deutsche Regierung mit Hilfe der Marokko-Politik eigentlich umbauen wollte, waren also am Ende der beiden Marokko-Krisen fester als zuvor: Die französisch-englische Entente hatte wiederum ihre Bewährungsprobe bestanden.

6.2.4 Der Balkan - ein Pulverfass

Der Balkan hatte schon einmal, nämlich 1877/78 fast zu einem europäischen Krieg geführt (vgl. S. 38); in den letzten Jahren vor 1914 vollzog sich dieselbe Entwicklung erneut. Die "jungtürkische Bewegung", vor allem reformwillige Armeeoffiziere, stürzten 1908 den Sultan. Damit wurde aber das bisherige Kräfteverhältnis auf dem Balkan in Frage gestellt; denn es war ungewiss, ob die Jungtürken die bisherige deutschfreundliche Politik des Sultans fortsetzen würden. Vor allem sah Österreich-Ungarn durch die jungtürkische Revolution seine besetzten Gebiete Bosnien und Herzegowina in Gefahr. Daher verkündete es ohne Vorwissen Deutschlands, aber nach vorheriger Unterrichtung Russlands, die Annexion. In Berlin war man betroffen über den Alleingang seines Bündnispartners. Dennoch versicherte WILHELM II. seinem "Kollegen" Kaiser FRANZ JOSEPH brieflich: "Die Gründe, die Dich zu diesem wichtigen Schritte

"jungtürkische Bewegung"

Österreich annektiert 1908 Bosnien und Herzegowina und löst Balkankrise aus bewogen haben, weiß ich wohl zu würdigen; Du kannst auch in dieser Frage auf meine unwandelbare, persönliche Freundschaft und Verehrung wie auf die enge Bundesfreundschaft zählen, die unsere Reiche verbindet."

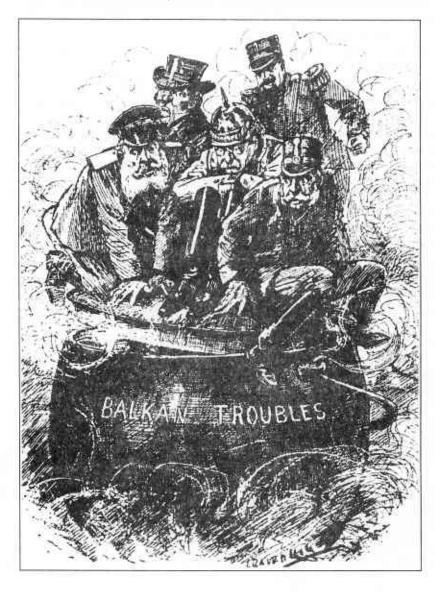


Bild 18: Der kochende Kessel "Punch"-Karikatur aus dem Jahre 1908 zur Balkankrise

Scharfer Protest gegen das österreichische Vorgehen kam von Russland; denn die russische Regierung musste sich vor ihren Verbündeten Serbien stellen. Serbien selbst wollte nämlich eine Vereinigung der südslawischen Gebiete der Donaumonarchie mit dem eigenen Staatsgebiet; die Annektierung durch die Donaumonarchie machte mit diesem Ziel ein Ende. Da Russland aber noch nicht kriegsfähig war (denken Sie an den Russisch-Japanischen Krieg 1904/05), wurde schließlich ein Kompromiss gefunden, der Russland und Serbien ihr politisches Gesicht bewahrte.

Dennoch war der Sieg Österreich-Ungarns und Deutschlands politisch eher verhängnisvoll: Serbiens Zustimmung zu dem Kompromiss war widerwillig und politisch ohne Substanz. Die militärische Ohnmacht Russlands führte zu einem verstärkten Truppenausbau und zu einer noch stärkeren Anlehnung an Frankreich und Großbritannien. Die Einverleibung der beiden Balkanprovinzen brachte aber für Österreich keinen Gewinn; schließlich waren diese Provinzen ja schon seit 30 Jahren in österreichischer Hand. Die guten deutsch-türkischen Beziehungen wurden durch die deutsche Unterstützung Österreichs belastet.

Verhängnisvoll jedoch wurde die Zusage des deutschen Generalstabschefs v. MOLTKE an den österreichischen Generalstabschef: Wenn österreichische Truppen in Serbien einrückten und Russland daraufhin den Krieg gegen Österreich-Ungarn beginne, dann wäre für Deutschland der Bündnisfall gegeben. Deutschland band sich also an die österreichische Balkanpolitik und engte die Bewegungsfreiheit der eigenen Politik gefährlich ein. Kaiser WILHELMs "Nibelungentreue" gegenüber Österreich war eine gefährliche Hypothek geworden.

Erster Balkankrieg 1912 Als im Oktober 1911 Italien die Türkei in Tripolis überfiel (vgl. S. 56), sahen die christlichen Balkanstaaten Bulgarien, Serbien und Griechenland die Gelegenheit gekommen, sich die europäischen Besitzungen der Türkei, also Albanien, Mazedonien und Thrazien, einzuverleiben. Dabei wurden sie von Russland unterstützt. Der Balkanbund und Montenegro besiegten im Sommer 1912 die Türkei nahezu vollständig; in kurzer Zeit war das ganze europäische Gebiet der Türkei mit Ausnahme Konstantinopels (= Istambul) erobert.

Dieser Erste Balkankrieg drohte sich zu einem europäischen Krieg auszudehnen, weil Österreich nicht bereit war, den territorialen Zuwachs Serbiens zu akzeptieren. Russland durfte aber nicht ein zweites Mal sein Gesicht verlieren. Die deutsche Regierung warnte Österreich eindringlich vor einem Krieg gegen Serbien, England warnte Russland davor, für Serbien in den Krieg zu ziehen. So gelang es schließlich den deutsch-englischen Bemühungen, den Konflikt zu begrenzen. Der große Krieg konnte mühsam noch einmal verhindert werden.

Zweiter Balkankrieg 1913 Da sich die Siegermächte über die Aufteilung der türkischen Kriegsbeute nicht einigen konnten (es ging um die Aufteilung Mazedoniens, das von Griechen, Serben und Bulgaren bewohnt wurde), kam es im Sommer 1913 zum Zweiten Balkankrieg. Bulgarien wurde vernichtend geschlagen; Mazedonien fiel zum größten Teil an Serbien. Wieder war das englisch-deutsche Zusammenwirken dafür verantwortlich, dass letztlich auch der Zweite Balkankrieg lokalisiert blieb. Aber die Gefahr eines Krieges zwischen Russland und Österreich war nur zu offenkundig geworden.



Bild 19: Der Balkan vor dem Ersten Weltkrieg

Um Ihnen zu helfen, die historischen Wurzeln des Krieges im ehemaligen Jugoslawien etwas besser zu verstehen, haben wir für Sie in Abschnitt 9.3 dieses Studienheftes ein paar Basisdaten zusammengestellt. Selbstverständlich erhebt diese Zusammenstellung nicht den Anspruch, eine umfassende Erklärung des jugoslawischen Bürgerkrieges zu sein.

6.3 Europa in Waffen

Alle europäischen Staaten verstärkten nun ihre Rüstungsanstrengungen; es begann eine Phase militärpolitischer Unrast, die sich vor allem auf den Ausbau der Landstreitkräfte erstreckte. Russland hatte nach der Balkankrise bereits begonnen, sein Landheer zu vergrößern; nun reagierte Österreich. Es steigerte die Friedensstärke seiner Truppen von 385 000 Mann (1912) auf 480 000 (1914). Im Dezember 1912 ergriff auch der deutsche Generalstab energisch die Initiative. Die Wehrvorlage, die Reichskanzler v. BETHMANN-HOLLWEG einbrachte, sollte die Friedensstärke des deutschen Heeres bis 1915 auf ca. 800 000 Mann steigern; im Frühling 1914 standen etwa 750 000 Mann unter Waffen.

Neuer Rüstungswettlauf ab 1910

Im Ausland erregte die deutsche Heeresvergrößerung naturgemäß Aufsehen. Frankreich reagierte umgehend und verlängerte die Wehrdienstzeit auf drei Jahre und berief zwei Wehrpflichtigenjahrgänge ein, so dass die französische Truppenstärke 1914 ebenfalls ca. 750 000 Mann betrug. Russland erhöhte die Truppenstärke 1913 von 1,2 auf 1,4 Millionen. Großbritannien schließlich verlegte einen Teil seiner Mittelmeerflotte in die Nordsee.

Tabelle 16: Vergleich der Rüstungskosten pro Kopf der Bevölkerung zwischen 1902 und 1913 (umgerechnet in Mark)

Jahr	Belastung mit Rüstungskosten pro Kopf der Bevölkerung (umgerechnet in Mark)		
	England	Frankreich	Deutschland
1902	46,5 Mark	24,0 Mark	16,6 Mark
1909	28,1 Mark	28,1 Mark	21,6 Mark
1913	33,5 Mark	32,9 Mark	31.3 Mark

Im Frühling 1914 bestand keine unmittelbare Kriegsgefahr. Dennoch verstärkte sich allerorten das Gefühl, dass die nächste Krise nicht mehr friedlich zu steuern sei. Daher bekamen auch überall militärische Erwägungen ein größeres Gewicht. In Wien glaubte man, dass nur ein Krieg den aggressiven Nationalismus Serbiens stoppen würde. Russlands Rüstungsanstrengungen (geplant war ein Heer von 1,8 Millionen) machten deutlich, dass der russische Panslawismus auf eine Entscheidung auf dem Balkan drängte. Die Revanche-Politik Frankreichs wurde durch die Wahl des Lothringers POINCARÉ zum Präsidenten erneut verschärft. WILHELM II., der sich bei den beiden Balkan-Kriegen 1912/13 noch als Schlichter bewährt hatte, bekannte, dass er den Krieg mit Frankreich als "notwendig und unvermeidlich" ansehe. Präsident WILSON kam im Frühling 1914 nach Europa und bot die Vermittlung der Vereinigten Staaten an, um die offenkundigen Spannungen zwischen den europäischen Staaten abzubauen; vergeblich. Ein abwägender Historiker dieser Epoche hat die Situation kurz vor 1914 als "mit Elektrizität geladene Atmosphäre" bezeichnet.

Kriegsbereitschaft in Europa

VIII. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

- 1. Erklären Sie, warum das englische Prinzip des "Two Power Standard" und das deutsche Konzept der "Risikoflotte" das Wettrüsten zur See beschleunigt hat!
- 2. Warum scheiterte die Haldane-Mission 1912?
- 3. Welche politischen Ziele verfolgte Deutschland mit seiner Marokko-Politik 1905 1911?
- 4. Warum beschleunigte die Annexion Bosniens und der Herzegowina die Zuspitzung der europäischen Gesamtlage?
- 5. Welche politischen Folgen hatten Balkan-Krise und Balkan-Kriege auf das deutschösterreichische Verhältnis?
- 6. Füllen Sie die Lücken in den Spalten kurz stichwortartig aus!

Jahreszahi	Stichwortartige Behandlung des Ereignisses
?	Bildung der russisch-französischen Entente
1904	?
?	Entstehung der Triple-Entente zwischen Russland, Frankreich und Großbritannien
?	Russisch-Japanischer Krieg
?	Zweiter Haager Friedenskongress, der die Haager Landkriegsordnung beschließt.
1908	?
?	Die Zweite Marokkokrise ("Panthersprung nach Agadir") endet mit der diplomatischer Isolierung Deutschlands. Die französisch-englische Entente cordiale bleibt stabil.
<u> </u>	Die "Haldane-Mission" scheitert. Das britisch-deutsche Wettrüsten geht weiter.
	Der Erste Balkan-Krieg endet mit der völligen Niederlage der Türkei.
1913	?

MERKDATEN; WICHTIGE EREIGNISSE UND SCHWERPUNKTBEGRIFFE

"DER NEUE KURS", "POLITIK DER FREIEN HAND", POLITIK DER SPLENDID ISOLATION, ENTENTE, DEUTSCHER FLOTTENBAU, DREADNOUGHT-KLASSE, "RISIKOFLOTTE", TWO POWER STANDARD, ENTENTE CORDIALE, MITTELMÄCHTE, TRIPLE-ENTENTE, HAAGER FRIEDENSKONFERENZEN, MAROKKO-KRISEN, BALKANKRIEGE

Die Auflösung des Bismarckschen Bündnissystems

1890	Der Rückversicherungsvertrag mit Russland wird nicht verlängert; Deutschland beginnt eine "Politik der freien Hand"
1894	Französisch-russische Entente
1898	Beginn des deutschen Flottenbauprogramms mit dem Ziel, eine "Risikoflotte" gegen England zu schaffen
1904	Englisch-französische Entente cordiale beendet die britische Politik der "splendid isolation"
1908	Die Triple-Entente zwischen Russland, Frankreich und Großbritannien entsteht

Krisenherde der Politik vor 1914

1899	Erste Haager Friedenskonferenz
1906	Die "Dreadnought"-Klasse eröffnet eine neue Runde im deutsch- britischen Wettrüsten zur See
1905/1906	Deutschland provoziert die Erste Marokkokrise
1907	Zweite Haager Friedenskonferenz
1908	Österreich-Ungarn annektiert die türkischen Balkan-Provinzen Bosnien und Herzegowina und löst die Balkankrise aus
1911	Die Zweite Marokkokrise festigt das britisch-französische Verhältnis
1912	Die Haldane-Mission scheitert; es kommt zu keiner britisch-deutschen Annäherung
1912/1913	Der Erste Balkankrieg führt zur völligen Niederlage der Türkei; der Zweite Balkankrieg verschärft die internationalen Spannungen

7 DER ERSTE WELTKRIEG

7.1 Die Juli-Krise 1914

Erzherzog FRANZ FERDINAND ging der Ruf voraus, die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn in eine Dreifach-Monarchie umbauen zu wollen. Neben den Deutschen und Ungarn wollte er auch den Tschechen in der Verfassung verbriefte Rechte einräumen.

Dieses Konzept hätte indirekt auch den südslawischen Nationalismus gefährdet, denn immerhin schien so die Habsburger Monarchie in der Lage zu sein, die Nationalitätenfrage zu lösen. Daher ist es kein Zufall, dass gerade er am 28. Juni 1914 das Opfer des Attentates wurde, das Mitglieder der "Schwarzen Hand", einer nationalistischen serbischen Geheimorganisation, auf ihn und seine Frau verübten. Er hatte an Manövern der österreichischen Armee in Bosnien teilgenommen und wurde von einem bosnischen (also österreichischen) Studenten bei seinem Einzug in die Provinzhauptstadt Sarajewo ermordet.

Mord von Sarajewo

Was sollte dieser Terrorakt politisch bewirken? Die Mitglieder dieser Geheimorganisation wollten Druck auf die serbische Regierung ausüben, die Kriegsbereitschaft gegen Österreich vorantreiben und so, wie sie glaubten, einem Großserbischen Staat näher kommen.

Gratis.

Extra.Blatt.

Gratis.

Vossische



Zeitung

Koniglich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.
In Vorum von Bilatela & Ca Vorgervort ibr fie Roleham Baupt-Geldatisfielle Areite Str. R.B., Werfin C. Talundun; I. Borb man in Bodin Baupt-Geldatisfielle Areite Str. R.B., Werfin C.

Der österreichische Thronfolger und seine Gattin er mordet.

Einer geauenvollen Blutigt find ber Grabergog. Thronfolger Franz Ferdinand von Oesterreich-lagarn und seine Gattin, die herzogin von hobenberg, zum Opfer gesalten. Durch Schusse serbilder Fanatiter wurden sie ermordet, nachdem sie einen Bombenattentat, burch das einige Offiziere aus ihrem Gesolge und einige Personen aus dem Publikum verwundet wurden, entgangen waren. Ueber das surchtbare Ereignis wird uns telegraphiere:

Bild 20: Vossische Zeitung; Extra-Blatt, 28. Juni 1914

Der allgemeinen Empörung über den feigen Mord folgte die Frage nach den Hintermännern. Schnell richtete sich der Verdacht gegen Serbien. In Wien und anderswo wurde der Ruf nach Bestrafung der Schuldigen laut, verständlich auch aus heutiger Sicht. Teilnahme mit dem Haus Habsburg wurde trotz aller außenpolitischen Gegensätze in Paris ebenso geäußert wie in allen anderen europäischen Hauptstädten. Allerdings waren mit den Beileidsbekundungen auch Warnungen verknüpft: Wien solle sich nicht zu antiserbischen Reaktionen hinreißen lassen und eine Strafaktion gegen Serbien unterlassen. Diese Warnungen waren durchaus berechtigt; denn in Wien sah der Generalstab endlich die Gelegenheit gekommen, in einem Präventivkrieg gegen Serbien den südslawischen Nationalismus zu beseitigen. Der deutsche Botschafter telegrafierte nach Berlin, er höre auch bei ernsthaften Leuten in Wien, "es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet werden".

Ohne eine deutsche Rückendeckung war kein militärisches Eingreifen Österreichs gegen Serbien denkbar. Welche Reaktionen konnte man aus Deutschland erwarten? Im Grunde gab es nur zwei Möglichkeiten: Entweder unterstützte die deutsche Außenpolitik alle diplomatischen Möglichkeiten, um Österreichs berechtigte Forderungen durchzusetzen (z. B. eine nachhaltige Entschuldigung Serbiens, Entlassung des serbischen Polizeiministers, Auslieferung und Bestrafung der Attentäter), oder man unterstützte seinen Zweibundpartner auch dann, wenn dieser einen Krieg gegen Serbien beabsichtigte.

Wer aber bestimmte in Deutschland den Kurs? Der Reichskanzler sowie dessen Außenminister, der Generalstab und 'selbstverständlich der Kaiser. Der Generalstab vertrat sogleich die harte Linie und wollte Österreich darin bestärken, in einem Krieg Serbien zu bestrafen. Das Auswärtige Amt war keineswegs für einen Krieg und versuchte, auf die Konfliktparteien Österreich, Serbien und Russland beruhigend einzuwirken. Ein Krieg, so sah man damals schon deut-

Österreich fordert Vergeltung von Serbien lich, würde sich nicht noch einmal lokalisieren lassen, sondern sich zu einem "Weltkrieg" ausdehnen. Wie verhielt sich der Kaiser in dieser Situation? Würde er sich der gemäßigten Position seines Außenministers oder der harten Linie seines Generalstabes anschließen?

Wir wissen inzwischen sehr genau, wie WILHELM II. reagiert hat. Der Bericht des deutschen Botschafters (v. TSCHIRSCHKY) an Reichskanzler v. BETH-MANN HOLLWEG vom 30. Juni liegt noch heute mit den kaiserlichen Randnotizen und Unterstreichungen vor. Wir können also genau sehen, was WIL-HELM II. gedacht hat:

Tschirschky an Bethmann Hollweg

Bericht Nr. 212

Wien, den 30. Juni 1914 E. 2. Juli nachm.

hoffentlich nicht

Graf Berchtold sagte mir heute, alles deute darauf hin, dass die Fäden der Verschwörung, der der Erzherzog zum Opfer gefallen sei, in Belgrad zusammenliefen. Die Sache sei so wohl durchdacht worden, dass man absichtlich ganz jugendliche Leute zur Ausführung des Verbrechens ausgesucht habe, gegen die nur mildere Strafe verhängt werden könne. Der Minister sprach sich sehr bitter über die serbischen

jetzt oder nie

Anzettelungen aus.

wer hat ihn dazu ermächtigt? das ist sehr dumm! geht ihn gar nichts an, da es lediglich Österreichs Sache ist, was es hierauf zu thun gedenkt.

Nachher heisst es dann, wenn es schief geht, Deutschland hat nicht gewollt! Tschirschky soll den Unsinn gefälligst lassen! Mit den Serben muss aufgeräumt werden, und zwar balbt, versteht sich alles von selbst, und sind Binsenwahrheiten.

Hier höre ich, auch bei ernsten Leuten, vielfach den Wunsch, es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet werden. Man müsse den Serben zunächst eine Reihe von Forderungen stellen und falls sie diese nicht akzeptierten, energisch vorgehen. Ich benutze jeden solchen Anlass, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen. Vor allem müsse man sich erst klar darüber werden, was man wolle, denn ich hörte bisher nur ganz unklare Gefühlsäusserungen. Dann solle man die Chancen irgendeiner Aktion sorgfältig erwägen und sich vor Augen halten, dass Österreich-Ungarn nicht allein in der Welt stehe, dass es Pflicht sei, neben der Rücksicht auf seine Bundesgenossen die europäische Gesamtlage in Rechnung zu ziehen und speziell sich die Haltung Italiens und Rumäniens in allen Serbien betreffenden Fragen vor Augen zu halten.

Quelle 10: Bericht des deutschen Botschafters aus Wien vom 30. Juni 1914 an den Reichskanzler Bethmann Hollweg

Wenn Sie die Randnotizen und die Unterstreichungen, die in dem Text vorgenommen wurden, genau überprüfen, werden Sie rasch einsehen, warum die deutsche Außenpolitik umschwenkte und fortan ebenfalls die kompromisslose Linie vertrat; schließlich bestimmte der Kaiser die Grundlinien der Politik, nicht der Reichskanzler. Und er hatte sich, wie Sie deutlich gesehen haben, für einen Krieg entschieden.

Politisch wirksam wurde diese Einstellung, als er seine Auffassung dem österreichischen Botschafter in Berlin am 5. Juli mitteilte. Dieser telegrafierte nach Wien: "Seine Majestät (= Kaiser WILHELM II.) ermächtigte mich ... (nach Wien) zu melden, daß wir auch in diesem Falle (gemeint ist, wenn Österreich Serbien angreifen würde) auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen

können. ... Sollte es sogar zu einem Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Rußland kommen, so könnten wir davon überzeugt sein, daß Deutschland in gewohnter Bundestreue an unserer Seite stehen werde."³⁴⁾

Kaiser WILHELM gibt Österreich "Blanko-Scheck" Damit hatte Kaiser WILHELM einen "Blanko-Scheck" ausgestellt und sich jeder politischen Einflussnahme auf die österreichische Politik beraubt. WILHELMs politische Fahrlässigkeit wird allenfalls verständlich, wenn man berücksichtigt, dass seine Generäle wie er selbst davon ausgingen, dass Russland nicht in der Lage sei, seinerseits Serbien militärisch zu helfen. So startete WILHELM noch am 6. Juli zu seiner traditionellen Nordland-Fahrt und demonstrierte damit, wie gelassen er die Weltlage einschätzte. Dazu bestand allerdings kein Anlass!

Österreichisches Ultimatum an Serbien In Österreich waren inzwischen nämlich die Beratungen über den genauen Wortlaut des Ultimatums an Serbien in vollem Gange. Obwohl die Entente-Mächte über die wahren Ziele Österreichs (und seines deutschen Verbündeten) im Unklaren waren, wurden besorgte Stimmen über einen drohenden Angriff Österreichs auf Serbien laut. Dem österreichischen Botschafter wurde vom russischen Außenminister erklärt, "in keinem Falle einen Anschlag auf die Unabhängigkeit Serbiens zuzulassen", in London wurde betont, dass "eine Schmälerung des serbischen Gebietes (nicht) in Frage" komme. Trotz diplomatischer Warnungen an die Adresse Wiens richtete am 23. Juli 1914 - also fast vier Wochen nach dem Attentat - Österreich mit politischer Rückendeckung des Deutschen Reiches sein Ultimatum an Serbien. Binnen zwei Tagen sollte Belgrad eine Fülle von Forderungen erfüllen, die in ihrem Kern die staatliche Souveränität Serbiens beendet hätten. Das Ultimatum war also kaum annehmbar, und für Vermittlungen blieben weniger als zwei Tage. Das war zu kurz, zumal Deutschland auch jetzt noch nicht Österreich zur Mäßigung riet, Russland andererseits aber Serbien seine Unterstützung zusicherte.

"Schlieffenplan"

An dieser Stelle müssen wir einen kleinen Einschub machen und Ihnen militärische Überlegungen vorstellen, die im deutschen Generalstab etwa seit 1905 für einen Zweifrontenkrieg angestellt worden waren und als "Schlieffenplan" dann ausgearbeitet worden sind. General v. SCHLIEFFENs Plan sah vor, zunächst die französische Armee zu besiegen und dann die russische. Ein rascher Sieg im Westen sollte dadurch erreicht werden, dass die deutschen Truppen den französischen Festungsgürtel nicht bestürmen, sondern durch einen kühnen Angriff des rechten Flügels des deutschen Heeres Paris erobern und dann das französische Heer zur Kapitulation zwingen. Zwei Bedingungen waren dabei zu beachten: Der rechte Flügel des deutschen Heeres musste äußerst stark sein; dies aber war nur möglich, wenn man Divisionen von der Ostgrenze zunächst an die Westfront verlegte. Außerdem war dieser Teil des Planes ohne einen Durchmarsch durch das neutrale Belgien nicht realisierbar. Das Deutsche Reich musste also entweder die belgische Zustimmung dafür erlangen oder aber die völkerrechtliche Verletzung der Neutralität in Kauf nehmen. Nach einem angenommenen Sieg über Frankreich sollten dann dank der guten Eisenbahnverbindungen die Truppen an die Ostfront verlegt werden. Dabei ging SCHLIEFFEN davon aus, dass die russische Mobilmachung wesentlich langsamer erfolgen werde und dass es ihm folglich gelingen werde, mit den deutschen Truppen rechtzeitig an der Ostfront zu erscheinen, um auch dort den Sieg zu erringen.

"Schlieffenplan" verschärft Julikrise

Sie erkennen aus dieser Darstellung, dass sich die Generalität mit dem auch 1914 im Prinzip gültigen Schlieffenplan selbst in einen Zugzwang versetzt hatte. Die russische Mobilmachung stellte ein Datum dar, das den Kriegsbeginn gegen Frankreich auslösen musste; denn jede Verzögerung im Westen bedeutete zugleich für die deutsche Ostgrenze eine Gefährdung. Nachdem dieser Aufmarschplan vom Kaiser auch politisch abgesegnet worden war, hatte die

Reichsregierung ihre Entscheidungsfreiheit verloren; denn nun mussten politische Erwägungen sich militärischen Zwängen unterordnen.

1 300 Seiten umfasst die zweibändige Sammlung der Dokumente über die Julikrise 1914; in der folgenden Tabelle ist daher nur eine Auswahl kriegshemmender und kriegstreibender Faktoren zusammengestellt. Prüfen Sie bitte selbst, ob auch der Schlieffenplan die Entwicklung zugespitzt hat.

Tabelle 17: Die letzten Schritte zum Weltkrieg

23. Juli	Österreichisches Ultimatum an Serblen
25. Juli	Serbien lehnt Ultimatum weitgehend ab
27. Juli	Deutsche Reichsregierung ermuntert Österreich, bei seiner harten Linie zu bleiben; Teilmobilisierung der britischen Flotte
28. Juli	Kaiser Wilhelm II. sieht in der serbischen Antwort auf das Ultimatum "Kapitulation demütigster Art", daher entfalle "jeder Grund zum Kriege"; er rät Österreich zur Mäßigung
28. Juli	Österreich lehnt deutschen Rat ab und erklärt Serbien den Krieg
29. Juli	Russland befiehlt Teilmobilmachung Österreich antwortet mit Gesamtmobilmachung Deutschland fordert von Russland Einstellung der Mobilmachung
30. Juli	Deutscher Generalstab drängt wegen des Aufmarschplanes (Schlieffen- plan) zur Mobilmachung des Heeres; Frankreich zieht Grenztruppen von seiner Ostgrenze zurück
31. Juli	Auf die russische Generalmobilmachung erfolgt deutsches Ultimatum an Russland auf Rücknahme
01. August	Der deutschen Mobilmachung folgt die Kriegserklärung an Russland; Frankreich befiehlt die Generalmobilmachung
02. August	Deutschland fordert von Belgien vergeblich freien Truppendurchzug
03. August	Deutschland marschiert in Belgien ein und erklärt Frankreich den Krieg
04. August	Dem Ultimatum Großbritanniens an Deutschland, sich aus Belgien zu- rückzuziehen, folgt die Kriegserklärung Großbritanniens an Deutschland
06. August	Österreich-Ungarn erklärt Russland den Krieg, Serbien dem Deutschen Reich
11. August	Kriegserklärung Frankreichs an Österreich
12. August	Kriegserklärung Großbritanniens an Österreich

Von der Julikrise zum Kriegsausbruch

Italien erklärte, dass Österreich der Angreifer sei, folglich der Bündnisfall für den Dreibund nicht gegeben sei und erklärte seine Neutralität. Die anderen fünf Großmächte aber hatten, vierzehn Tage nach der Kriegserklärung Österreichs an Serbien, durch gegenseitige Kriegserklärungen den seit Jahren nur noch brüchigen europäischen Scheinfrieden vernichtet. Waren es nun militärische Notwendigkeiten, waren es politische Bündnisverpflichtungen, die den Weltkrieg ausgelöst haben?

7.2 Das Problem der Kriegsschuld

Blicken wir noch einmal auf die zeitliche Abfolge zwischen dem 28. Juni und der Kette von Kriegserklärungen ab dem 28. Juli: Es hat den Anschein, als hätten sich die Ereignisse spätestens nach dem österreichischen Ultimatum an Serbien überstürzt, als sei man in den Krieg "hineingeschlittert", wie später

häufig gesagt worden ist. Aber stimmt das wirklich? Sind die Schuldanteile tatsächlich gleichmäßig verteilt? Tragen alle Nationen gemeinsam die lastende Verantwortung für diesen ersten großen Völkerkrieg?

Wissenschaftliche Kontroverse über die Kriegsschuld Deutschlands ("Kriegsschuldfrage") Diese Frage nach der Kriegsschuld hat erstmals nach dem Ende des Ersten Weltkrieges bei den Friedensverhandlungen 1919 in Versailles eine entscheidende Rolle gespielt. Sie werden darüber im nächsten Studienheft Genaueres hören. Erneut wurde diese Frage Mitte der sechziger Jahre aufgeworfen. Der wissenschaftliche Streit war ausgelöst worden durch Professor Fritz FISCHERs Buch "Griff nach der Weltmacht", das - entgegen der bis dahin herrschenden Auffassung - der deutschen Politik eine entscheidende Schuld am Kriegsausbruch zuwies. Heute ist die Diskussion zwar nicht mehr so heftig, aber immer noch scheiden sich die Geister, wenn es darum geht, ob Deutschlands Politiker auch für den Ersten Weltkrieg die Hauptverantwortung tragen.

Imanuel GEISS, ein FISCHER-Schüler, stellt in seinem Buch "Juli 1914" die Frage in zweifacher Weise:

"1. Welche Macht oder welche Seite hatten den größten Anteil an der Verursachung des Weltkriegs, indem sie den lokalen Krieg und damit den Kontinentalkrieg wollte, zuließ oder verursachte? 2. Warum ließ sich die Julikrise 1914 nicht friedlich beilegen im Unterschied zu den früheren Krisen seit 1906?" Für Geiss ist die Antwort auf beide Fragen klar; wörtlich heißt es bei ihm: "Gewiß hat Österreich-Ungarn den Krieg an Serbien durch das Ultimatum vom 23. Juli ... vorbereitet, mit der Kriegserklärung (28. Juli) ... auch eröffnet. Tatsächlich wäre der Krieg gegen Serbien aber ohne die Zustimmung des mächtigeren Partners im Dreibund, des Deutschen Reiches, nicht möglich gewesen." Abschließend fasst er seine Untersuchungen dann so zusammen: "Gewiß wird man annehmen dürfen, daß die Reichsleitung den Weltkrieg nicht wollte; aber mit ihrer Politik hatte sie nun einmal den entscheidenden Anteil an seiner Auslösung." 35)

Andere Historiker, so z. B. Karl-Dietrich ERDMANN, stellen Überlegungen an, wie die europäischen Mächte den Krieg hätten verhindern können: "Österreich, wenn es die serbische Antwort auf das Ultimatum akzeptiert hätte; Rußland, wenn es den serbischen Nationalismus hätte fallenlassen; Frankreich, wenn es Rußland nicht seiner Bündnistreue auch für diesen Konflikt versichert hätte; England, wenn es eindeutig seine Haltung für den Fall eines europäischen Konfliktes hätte wissen lassen; und Deutschland, wenn es Österreich zurückgehalten hätte." 36)

Wer so argumentiert, vertritt die These, alle Mächte hätten den Kriegsausbruch verhindern können, wenn sie den Frieden wirklich gewollt hätten.

Welche Einschätzung sich wissenschaftlich auf Dauer durchsetzen wird, soll hier nicht entschieden werden; sicher wird Ihnen die Beurteilung der internationalen Politik in den Jahrzehnten vor 1914 helfen, einen eigenen Standpunkt in dieser immer noch bewegenden Frage zu finden.

7.3 Vom Kriegsausbruch bis 1916

Alte Kinoaufnahmen aus dieser Zeit, auch zeitgenössische Fotos belegen eine verwirrende Tatsache: In Berlin, in Paris, eigentlich überall strömten die begeisterten Menschen zu den Truppen. Kriegsfreiwillige meldeten sich in den Kasernen; es scheint, als habe eine gigantische Aufbruchstimmung geherrscht,

die jede Vernunft beiseite fegte. Aufgestauter Nationalismus entlud sich in einer Kriegsbegeisterung, die uns heute nur erschrecken kann, die wir aber trotzdem verstehen müssen als Ausdruck eines allgemeinen Zeitgeistes.



Bild 21: Deutsche Reservisten auf dem Weg an die Front

Der folgende Zeitungsbericht vom 1. August 1914 vermittelt ein plastisches Bild aus Berlin: "Unter den Linden und vor dem königlichen Schloß sammelten sich bald nach der Bekanntgabe der Mobilmachung viele Hunderttausende von Menschen. Jeder Wagenverkehr hörte auf. Der Lustgarten und der freie Platz vor dem Schloß waren dicht angefüllt von den Menschenmassen, die patriotische Lieder sangen und wie auf Kommando gleichmäßig immer wieder den Ruf erneuerten: "Wir wollen den Kaiser sehen!" ... Unter tiefstem Schweigen sprach der Kaiser: Wenn es zum Kriege kommen soll, hört jede Partei auf, wir sind nur noch deutsche Brüder. In Friedenszeiten hat mich zwar die eine oder andere Partei angegriffen, das verzeihe ich ihr aber jetzt von ganzem Herzen. Wenn uns unsere Nachbarn den Frieden nicht gönnen, dann hoffen und wünschen wir, daß unser gutes deutsches Schwert siegreich aus dem Kampf hervorgehen wird." An die Worte des Kaisers schloß sich ein Jubel an, wie er wohl noch niemals in Berlin erklungen ist. Die Menge stimmte begeistert erneut patriotische Lieder an."

Ging der Kaiser eigentlich von einer zutreffenden Lagebeurteilung aus, als er davon sprach, dass er keine Parteien mehr kenne? Die Reichstagsdebatte am 4. August zeigte, dass er recht hatte. Denn auch die Fraktion der oppositionellen SPD erklärte: "Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus ... viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt diese Gefahr abzuwehren. ... Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. ..." So stimmte also auch die SPD den Kriegskrediten zu. Der "Burgfrieden", also die allgemeine Zustimmung aller Parteien des Reichstages zu dem Krieg und seiner Finanzierung, hielt bis 1916 an.

Allgemeine Kriegsbegeisterung in allen europäischen Staaten

Reichstag beschließt Kriegskredite: "Burgfrieden"

Tabelle 17: Truppenstärken im Ersten Weltkrieg

Mittelmächte	gesamte Truppen-	Feldheere bei
	stärke (in Mio)	Kriegsbeginn (in Mio)
Deutschland	11,0	2,3
Österreich-Ungarn	7,8	1,4
Türkei	2,8	ģ
Bulgarien	1,2	₽
gesamt:	22,8	3,7
Ententemächte	gesamte Truppen- stärke	Feldheere bei Kriegsbeginn
Frankreich	8,5	1,8
Russland	12,0	3,4
Großbritannien	9,0	0,4
italien	5,5	-
USA	4,8	-
Rumänien	0,75	_
Serbien	0,7	0,2
gesamt:	41,25	5,8

Schlieffenplan scheitert; Franzosen sprechen von "Wunder an der Marne"

Beginn des Stellungskrieges

Schlacht bei Tannenberg stoppt russischen Vormarsch: HINDENBURG und LUDEN-DORFF werden zu Volkshelden

Die Anfangserfolge der deutschen Armeen waren zunächst beeindruckend. Belgien wurde nach kurzem Kampf durchstoßen, und Anfang September stand der rechte Angriffsflügel kurz vor Paris. Allerdings waren die deutschen Truppen auch zahlenmäßig nicht mehr in der Lage, die französische Hauptstadt westlich zu umfassen. An der Marne kam es zur entscheidenden Schlacht. Anders als im Operationsplan vorgesehen, standen zwanzig deutschen nun dreißig französische und englische Divisionen gegenüber. Die deutsche Heeresleitung befahl den Rückzug; die geplante Umfassung und Gefangennahme des französischen Heeres war also spätestens am 9. September gescheitert, die Franzosen aber sprachen von dem "Wunder an der Marne". In wenigen Wochen entwickelte sich eine Frontlinie von Lothringen bis zur Kanalküste. Auch der todesmutige Einsatz von Kriegsfreiwilligen-Regimentern in Flandern konnte die erstarrende Front nicht mehr durchbrechen und die Häfen an der Kanalküste, die für das englische Expeditionsheer von Bedeutung waren, in deutschen Besitz bringen. Schnell war an der Westfront aus dem geplanten Bewegungskrieg mit einer raschen Kriegsentscheidung ein Stellungskrieg geworden.

Weil der Sieg an der Westfront ausfiel, konnten die deutschen Truppen auch nicht rechtzeitig an die Ostfront verlegt werden. Daher gelang es den russischen Armeen, weit nach Ostpreußen vorzustoßen. In dieser kritischen Lage übertrug der Kaiser den Oberbefehl an den damals schon pensionierten General Paul v. HINDENBURG (1847 - 1934), dem als Stabschef Erich LUDENDORFF (1865 - 1937) zugeordnet wurde. Bei Tannenberg errangen beide einen vollständigen Sieg über die russischen Truppen. Auch ihnen gelang es jedoch nicht, weitergehende Erfolge zu erzielen, so dass auch an der Ostfront noch 1914 der Krieg zum Stellungskrieg erstarrte. Den "Befreiern Ostpreußens" schlug fortan aber das nahezu unbegrenzte Vertrauen des deutschen Volkes entgegen. Tan-

nenberg, seit der verlorenen Schlacht des Deutschen Ordens 1410 emotional beladen, wurde nun zum Symbol deutschen Widerstands- und Siegeswillens 37a .

In Ihrem Geschichtsatlas können Sie gut verfolgen, wie sich die Kampfhandlungen 1914 - 1915 entwickelten. Nach wechselvollen Kämpfen 1914 verschob im Mai 1915 eine großangelegte Offensive der Mittelmächte die Front erneut nach Osten (vom Rigaer Meerbusen bis zur Bukowina); und auch drei russische Offensiven im Jahre 1916 konnten im Wesentlichen den Frontverlauf nicht verändern.

Die Kriegsentscheidung suchten der deutsche wie der französische Generalstab im Westen. Während der französische Oberbefehlshaber den Sieg durch eine Offensive an der Somme suchte, wollte der deutsche Chef der Obersten Heeresleitung (OHL) durch einen Angriff auf die französische Festung Verdun, einen Eckpfeiler der französischen Front, der erwarteten französischen Offensive zuvorkommen und den Gegner durch eine Materialschlacht "ausbluten". Die Schlacht um Verdun begann im Februar 1916 und schien mit der Eroberung des Forts Douaumont zunächst auch im Sinne der deutschen Generalität zu verlaufen. Ab März 1916 entwickelte sich die von der OHL gewollte "Abnutzungsschlacht", die eine vorher nicht zu denkende Dimension des modernen Krieges eröffnete. Aber im Dezember 1916 standen die deutschen Truppen fast wieder da, wo sie im Februar die Schlacht begonnen hatten. Eine Entscheidung war also weder für die Franzosen noch für die Deutschen gefallen, wohl aber hatte die Schlacht um Verdun zu wechselseitiger Erschöpfung geführt. In den zehn Monaten, die die Schlacht tobte, verloren mehr als 350 000 französische und etwa die gleiche Zahl deutsche Soldaten ihr Leben; die Zahl der Verwundeten ging ebenfalls in die Hunderttausende. Während auf beiden Seiten die Kriegspropaganda auch jetzt noch den Durchhaltewillen zu stärken versuchte, verbreitete sich die Einsicht, dass dieser Krieg sinnlos sei. Zu groß waren die Opfer, und ein Frieden war durchaus nicht in Sicht. Denn die Schlacht an der Somme, die die OHL hatte vermeiden wollen, wurde von britischen und französischen Truppen im Juni 1916 eröffnet und tobte ebenfalls bis in den November. Auch hier waren die Verluste verheerend: 400 000 deutsche, 200 000 französische und mehr als 400 000 britische Soldaten fanden in dieser zweiten Materialschlacht den Tod, ohne dass es zu einer militärischen Entscheidung gekommen wäre. Der Krieg an der Westfront erstarrte zum Stellungskrieg, die Kriegsberichte meldeten "im Westen nichts Neues" (obwohl Erich Maria RE-MARQUEs Roman "Im Westen nichts Neues" erst 1929 erschienen ist, also keine zeitgenössische Quelle ist - der berühmte Film wurde ein Jahr später gedreht -, spiegelt er doch die Stimmung und die Gefühle der Menschen von damals, besonders auch die Kriegswirklichkeit; Sie sollten versuchen, Buch oder Film kennen zu lernen).

Materialschlachten vor Verdun und an der Somme

^{37a} Wer sich intensiv mit der maßgeblichen Rolle der militärischen Führung in der deutschen Innenpolitik während des Ersten Weltkrieges befassen will, sei auf folgende Quellenedition hingewiesen:

Deist, Wilhelm (Hrsg.): Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914/18

⁼ Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe, Band 1

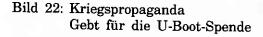
Düsseldorf 1970

7.4 Der Krieg zur See

In den vorherigen Kapiteln (5 und besonders 6) haben Sie die politische Bedeutung kennen gelernt, die Kaiser WILHELM II. der Flottenrüstung beigemessen hat; Sie werden sich also wundern, dass in der Darstellung des Kriegsverlaufes vom Seekrieg noch nichts gesagt worden ist. Die Ursache liegt in einer strate-

Seeschlacht vor dem Skagerrak

gischen Überlegung der britischen Admiralität: Winston CHURCHILL (1874 - 1965) hatte nämlich entschieden, dass Deutschland durch eine weiträumige Seeblockade wirtschaftlich in die Knie gezwungen werden solle, ohne das Risiko einer Seeschlacht in der Nordsee eingehen zu müssen. Auf deutscher Seite wollte man durch Minen- und U-Booteinsatz den Gegner treffen und so die deutsche Hochseeflotte "schonen". Es kam daher erst 1916 zur ersten (und einzigen) Seeschlacht vor dem Skagerrak, die nach zwei Tagen abgebrochen wurde und von der deutschen Admiralität als Sieg angesehen wurde.





Wichtiger als die Schlachtschiffe waren die U-Boote; und dies nicht nur militärisch, sondern auch wegen der politischen Konsequenzen, die mit ihrem Einsatz zusammenhängen. Daher sei hier kurz tabellarisch darauf eingegangen:

Tabelle 18: Der U-Boot-Krieg und seine politischen Folgen

1914 U 9 eröffnet mit der Versenkung von drei britischen Kreuzern den U-September Boot-Krieg; Großbritannien sperrt den Kanal und die Nordsee nördlich Schottland für deutsche Schiffe Deutschland eröffnet den Seekrieg gegen britische Handelsschiffe Großbritannien erklärt die Nordsee zum Kriegsgebiet November 1915 Februar Deutschland bezeichnet seinerseits die Gewässer um die britischen Inseln als Kriegsgebiet und befiehlt den UNEINGESCHRÄNKTEN U-Boot-Krieg (also auch gegen neutrale Handelsschiffe) Mai Die Versenkung des britischen Passagierdampfers "Lusitania" mit 1 200 Passagieren führt zu scharfen Protestnoten der USA mit der Drohung, auf Seiten der Entente-Mächte in den Krieg einzutreten^{37b}

Der wissenschaftliche Streit darüber, ob die LUSITANIA 1915 "von der britischen Regierung als eine Art Köder auf die Reise geschickt [worden ist], um Amerikas Eintritt in den Ersten Weltkrieg herbeizuführen", ist auch heute noch nicht beendet. In der Tageszeitung "Die Welt" vom 8.8.1990 wird über ausführliche Forschungen des britischen Historikers Terrence Hobson berichtet, die diese These zumindest stützen.

Mai	Deutschland lenkt ein und sichert zu, neutrale Handelsschiffe und alle Passagierschiffe nicht zu torpedieren
1916	
Februar	Die deutsche Admiralität erklärt gegen den Willen des Reichskanzlers erneut den verschärften U-Boot-Krieg,
März	kann sich aber gegen den Reichskanzler nicht durchsetzen, den unein- geschränkten U-Boot-Krieg zu erklären. Kaiser Wilhelm entlässt Admiral Tirpitz
1917	
Januar	Erneuter UNBESCHRÄNKTER U-Boot-Krieg; der Reichskanzler warnt vergeblich vor dem Kriegseintritt der USA
	Die deutsche Admiralität verspricht die Niederringung Großbritanniens binnen sechs Monaten
Februar	USA brechen die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ab
1917	
April	Am 6. April erfolgt die KRIEGSERKLÄRUNG DER USA
1918	Trotz bedeutender Versenkungsziffern gelingt es der U-Boot-Flotte nicht, den Nachschub aus den USA ernsthaft zu stören

Wenn Sie diese Aufstellung genau lesen, werden Sie leicht feststellen können, wie sehr sich die politische Führung des Reiches, vor allem der Reichskanzler, in die Abhängigkeit des Militärs, vor allem der OHL unter HINDENBURG und LUDENDORFF, begeben hatte. Militärisches Kalkül war offenkundig stärker als politische Erwägungen; wie sonst kann man verstehen, dass die öffentlichen Warnungen des Reichskanzlers BETHMANN HOLLWEG ungehört verhalten.

IX. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

- 1. Warum fiel gerade Erzherzog FRANZ FERDINAND dem Terroranschlag der "Schwarzen Hand" zum Opfer?
- 2. Erklären Sie, welche politischen Folgen der so genannte *Blanko-Scheck* Kaiser WILHELMS II. während der Julikrise 1914 gehabt hat!
- 3. Wie beantworten Sie selbst die (schon auf S. 80 abgedruckte) Frage: Warum ließ sich die Julikrise 1914 nicht friedlich beilegen im Unterschied zu den früheren Krisen seit 1906?

(Fortsetzung nächste Seite!)

4. Füllen Sie die Textlücken mit den fehlenden Fachausdrücken und Fakten aus:	
Nach der gescheiterten deutschen Offensive im August 1914 erstarrt der Bewegun	gs-
krieg an der Westfront zum An der Ostfront gelingt HIN	DEN-
BURG bei ein Sieg über das russische Heer. 1916 sucht	die
OHL an der Westfront die Entscheidung. In der	soll
die französische Armee "". An der Somme findet die zwei	ite
große statt. Zusammen verlieren fast Millionen	Men-
schen ihr Leben. Die einzige große Seeschlacht findet 1916	statt.
Der unbeschränkte U-Boot-Krieg führt 1917 zum	

7.5 Kriegsziele und Friedensbemühungen

Während der Juli-Krise 1914 schien es bekanntlich so zu sein, dass alle Krieg führenden Mächte eigentlich nur defensive Kriegsziele hatten: Schutz der nationalen Sicherheit, Wahrung des Gleichgewichts durch Schutz der Bündnispartner. Dies entsprach aber nur zum Teil der Wirklichkeit. Die expansionistische Kolonialpolitik des Imperialismus, die Ihnen aus Kapitel 5 bekannt ist, setzte sich in der Kriegszielpolitik der Mittelmächte wie der Entente fort.

Besonders gut ist die deutsche Kriegszielpolitik untersucht worden, aber auch die Kriegsziele der Alliierten machen deutlich, dass man sich in den Forderungen kaum nachstand.

So formulierte der deutsche Reichskanzler im September 1914 vertraulich: Das allgemeine Ziel des Krieges müsse sein: "Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden." (58)

Mittelmächte und Entente zielen auf "Siegfrieden" Der russische Außenminister erklärte im selben Monat dem französischen Botschafter: "Das Hauptziel der drei Verbündeten würde sein, die Macht Deutschlands und seinen Anspruch auf militärische und politische Herrschaft zu brechen."³⁹⁾

Der französische Außenminister seinerseits formulierte im Oktober 1914, das Hauptziel Frankreichs sei "die Vernichtung des Deutschen Reiches und die möglichste Schwächung der militärischen und politischen Macht Preußens". 40)

Alle drei Politiker entwickelten in den hier nur auszugsweise wiedergegebenen Denkschriften ziemlich genaue Vorstellungen über territoriale Veränderungen in Europa und Übersee, die jeweils zu Lasten des Kriegsgegners erfolgen sollten. 40a Die ersten Kriegsjahre wurden folgerichtig in allen Krieg führenden Staaten durch die Vertreter einer harten, auf expansive Kriegsziele ausgerichteten Politik bestimmt. Das Bestreben, weitere Bündnispartner zu gewinnen, verschärfte die Problematik noch. So wurde Italiens Kriegseintritt im Mai 1915 auf der Seite der Ententemächte dadurch möglich, dass man dem künftigen Alliierten weitgehende Gebietsversprechungen auf Kosten der Donaumonarchie machte.

Sie können sich sicher vorstellen, dass die verschiedenen Interessengruppen in den einzelnen Staaten, seien es die Militärs mit ihren Sicherheitserwägungen, seien es die Industriellen mit ihren Erwartungen an Rohstoffversorgung und Absatzchancen, Druck auf die öffentliche Meinung ausübten und den ohnehin geringen Verhandlungsspielraum ihrer Regierungen einengten.

In Deutschland hatte de facto die OHL die militärische und politische Macht ergriffen, den Kaiser aus dem Zentrum verdrängt und den Reichskanzler weitgehend entmachtet; von ihr war also, solange die Militärs an einen "Sieg-Frieden" glaubten, ohnehin nicht eine ausgleichende Verständigungspolitik zu erwarten. Ein Frieden, der auf Annexionsziele verzichtete, war daher zunächst kaum zu erwarten. Eher schon konzentrierten sich die Bemühungen beider Seiten darauf, durch den Abschluss von Sonderfrieden die gegnerische Seite zu schwächen und so zum Aufgeben zu zwingen; aber auch diese Versuche scheiterten im Wesentlichen (Ausnahme Sowjetrussland 1917; vgl. S. 89ff). Einen Verständigungsfrieden mit der Rückkehr zum status quo (= Zustand vor Beginn des Kriegsausbruchs) wollte offenkundig keine der Krieg führenden Mächte.

Erst der amerikanische Präsident Woodrow WILSON (1856 - 1924) brachte mit einer Rede vom Mai 1916 Bewegung in die völlig verfahrene Situation, als er eine allgemeine Friedenskonferenz vorschlug. Der Weltfriede solle durch einen "Völkerbund" gesichert werden, dessen Grundlage das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker sein müsse. Die Last des Krieges drückte im Jahre 1916 schwer; die britische Wirtschaftsblockade traf besonders die Zivilbevölkerung hart. Trotz Kontingentierung der Lebensmittel (erstmals wurden Lebensmittelkarten ausgegeben) starben in den Kriegsjahren mehr als eine dreiviertel Million Menschen an Hunger und hungerbedingten Erkrankungen.

Auswirkungen des Krieges auf das Leben "hinter der Front"

Wer sich besonders für die französische Kriegszielpolitik, aber auch für die Frage nach der französischen Kriegsschuld interessiert, sei auf das 1989 auf Deutsch erschienene Buch von Georges-Henri Souton "Das Gold und das Blut" hingewiesen. In gewisser Weise lelstet dieser Autor für die französische Öffentlichkeit in den achtziger Jahren das, was Fritz Fischer in Deutschland in den sechziger Jahren mit seinem "Griff nach der Weltmacht" getan hat.



Bemaß 8 9 der Berordnung über die Mumeldung des Speifeletibeguges bom 20. Dezember 1916 wird fur den Bejirt der Getiftelle Groß Berlin beftimmer:

Die Bochenmenge au Butter und Margarine beträgt vom 29. Jan. 1917 ab

für Butter 50 Gramm und für Margarine 30 Gramm

Beriln, ben 24. Januar 1917.

Friedensresolu-

tion des Reichs-

tages 1917

Fettstelle Groß Berlin

Bild 22a: Wöchentliche Fettration im Winter 1917 (Veröffentlichung in Berliner Tageszeitungen)

Die seelische Zermürbung der Heimat war ab 1916 nicht mehr zu übersehen; die Friedenssehnsucht der Bevölkerung wuchs; auch im Reichstag kam es zu einem Meinungsumschwung. In diesem Zusammenhang ist ein (von der Entente abgelehntes) Friedensangebot vom Dezember 1916 zu sehen, mehr aber noch eine Friedensresolution des Reichstages vom Juli 1917. In ihr hieß es: "Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche

und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. ... Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern. ..."41)

Die Alliierten reagierten auf dieses Friedensangebot nicht. Innenpolitisch aber hatte die Resolution weitgehende Folgen. HINDENBURG und LUDENDORFF sahen in dem Beschluss des Reichstages ein Schwächezeichen und zwangen den Kaiser, Reichskanzler BETHMANN-HOLLWEG^{41a} zu entlassen, weil er diese Resolution nicht hatte verhindern können; außerdem schlossen sich die Gegner eines Verständigungsfriedens im Reichstag unter Führung des Großadmirals TIRPITZ zur rechtsradikalen "Deutschen Vaterlands-Partei" zusammen und entfalteten, unterstützt von OHL, Industrie und neuem Reichskanzler, eine rege Kriegspropaganda. Die Glaubwürdigkeit der Friedensresolution war also nur gering.

Tabelle 19: Lebensmittelrationen 1916 - 1918 (Vorkriegsverbrauch 1914 = 100)

	Juli 1914	Juli 1916 bis Juni 1917	Juli 1917 bis Juni 1918	Juli 1918 bis Dez. 1918
Fleisch	100	31	20	12
Fisch	100	51		5
Eier	100	18	13	13
Schmalz	100	14	11	7
Butter	100	22	21	28
Käse	100	3	4	15
Hülsenfrüchte	100	14	1	7
Zucker	100	49	56-67	80
Kartoffeln	100	71	94	94
Pflanzliche Fette	100	39	41	17
Mehl	100	53	47	48

^{41a} Reichskanzler Bethmann Hollweg zählt sicher zu den umstrittensten deutschen Politikern, die vor und während des Ersten Weltkrieges Verantwortung getragen haben. Daher sei auf seine sehr lesenswerten Lebenserinnerungen verwiesen:

Bethmann Hollweg, Theobald von: Betrachtungen zum Weltkrieg. Erster Teil: Vor dem Kriege; Zweiter Teil: Während des Krieges

Essen 1989

7.6 Das Epochenjahr 1917

Viele Historiker sehen in dem Jahre 1917 die Wende des Krieges. Durch den Kriegseintritt der USA (vgl. S. 85) kam es zu einem Wettlauf mit der Zeit. Schon vorher waren die Sympathien der Amerikaner auf Seiten der Engländer und Franzosen gewesen. Mit seinem "Kreuzzug für die Demokratie" mobilisierte WILSON nun die Amerikaner. Hohe Kredite und ein gewaltiger Strom von Lebensmitteln, Waren und Kriegsmaterial zeigten bereits vor dem 6. April 1917 deutlich, wo die politischen Interessen lagen. Nun wurde in kurzer Zeit eine leistungsfähige Kriegsindustrie aus dem Boden gestampft und ein Millionenheer eingezogen. Mit den frischen amerikanischen Divisionen, insgesamt etwa 2 Millionen Soldaten, war also die drohende militärische Niederlage an der deutschen Westfront nur zu offenkundig geworden.

1917 Kriegseintritt der
USA auf Seiten der
Entente:
WILSON
erklärt "Kreuzzug für die
Demokratie"

Es war daher für die OHL sehr wichtig, die Ostfront zu halten, ohne dort große militärische Kräfte zu binden. Dass ihr dies gelang, war aber kaum eigenes Verdienst. Denn spätestens seit dem Jahre 1916 war die "russische Dampfwalze" vollends zum Stehen gekommen: Die russische Industrie war nicht in der Lage, das Millionenheer mit Waffen und Ausrüstung zu versorgen, die Materialabgänge zu ersetzen; die Verluste an Menschen waren erschreckend; die Versorgung der Armee und der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln verschlechterte sich zusehends, ohne dass der unfähige Regierungsapparat dies hätte ändern können. In allen Schichten der Bevölkerung machten sich Pessimismus und Kriegsmüdigkeit breit. Die gesellschaftlichen Gegensätze, die schon vor Kriegsausbruch zu revolutionären Unruhen geführt hatten, z. B. 1905 nach der Niederlage im Russisch-Japanischen Krieg (vgl. S. 51), traten im Laufe des Krieges immer deutlicher hervor. So stand eigentlich mitten im Kriege niemand mehr hinter der Regierung des Zaren und auch das Parlament, die "Duma", war ohne Rückhalt im Volk; denn das Zensus-Wahlrecht von 1907 hatte vor allem die konservativen Schichten bevorzugt. Der Boden für eine Revolution war also durchaus geebnet.

> "Februar-Revolution" 1917 in Russland

Am 8. März 1917 (nach dem bis 1918 gültigen julianischen Kalender am 23. Februar; daher "Februar-Revolution") brachen in St. Petersburg (Petrograd, dann bis 1991 Leningrad) Streiks und Unruhen aus. Die Garnisonstruppen solidarisierten sich mit den Arbeitern, und es kam zur Bildung von Arbeiterund Soldatenräten (russisch: "Sowjets"). Die Duma löste ihrerseits die alte Regierung ab und bildete eine "Provisorische Regierung", die von Linksliberalen und Sozialdemokraten getragen wurde. Der Zar wurde zum Rücktritt gezwungen.

Petrograder (Petersburger) Sowjets und Provisorische Regierung verfolgten in der Friedensfrage ganz unterschiedliche Ziele. Für die deutsche OHL war es folglich sehr wichtig, ob diese Doppelherrschaft eine einheitliche Linie finden würde. Die Sowjets richteten schon am 14. März einen Friedensappell an die Völker der Welt und forderten die sofortige Beendigung des Krieges. Die Politik der Provisorischen Regierung stand dazu in krassem Gegensatz. Am 11. April erklärte sie, "daß dieser Krieg in vollem Einvernehmen mit den Verbündeten siegreich beendet werden wird." Von ihr war also militärisch keine Entlastung zu erwarten. Aus deutscher Sicht war es daher folgerichtig, diejenigen Kräfte in Russland zu stärken, die auf einen Frieden ohne Bedingungen hinsteuerten, und das waren vor allem die Bolschewiki, der radikale Flügel der russischen Sozialisten.

Sie werden sich daher nicht wundern, dass man sogar einen russischen Revolutionär aus dem Schweizer Exil die Fahrt nach Petrograd ermöglichte. Am 16. April 1917 kam LENIN (1873 - 1924) in Russland an und bekämpfte in sei-

nen "Aprilthesen" sofort die Provisorische Regierung und deren Kriegspolitik. Mit der Parole "Alle Macht den Sowjets!" wurde die innenpolitische Position der Provisorischen Regierung unter KERENSKI (1881 - 1970) immer schwächer. Als KERENSKI im Juni eine neue militärische Offensive befahl, die den militärischen Zusammenbruch Russlands nur noch beschleunigte, versuchte LENIN im Juli vergeblich, die Macht an sich zu reißen. Der Aufstand in Petrograd brach noch einmal in sich zusammen, LENIN musste nach Finnland fliehen, andere bolschewistische Führer, z. B. TROTZKI (1879 - 1940), wurden verhaftet. Ein Putsch von rechts (General KORNILOW) scheiterte zwar ebenfalls, zwang aber KERENSKI, Hilfe auch bei den Bolschewiki zu suchen.

"Oktober-Revolution" 1917 in Russland: LENIN kommt an die Macht Im Oktober 1917 waren die Bolschewiki wieder aktionsfähig. Am 7. November (nach russischem Kalender am 25. Oktober) erfolgte der Angriff auf das Winterpalais in Petrograd; die Provisorische Regierung wurde verhaftet. Der nahezu unblutig verlaufene Putsch, von LENIN und TROTZKI angeführt, war binnen zwei Tagen erfolgreich: Die Staatsmacht wurde von dem Zweiten Allrussischen Sowjetkongreß übernommen, der die "Regierung der Arbeiter und Bauern" dem Rat der Volkskommissare unter LENINs Vorsitz übertrug. Die "Oktoberrevolution" der Bolschewiki, die sich ab 1918 "Kommunisten" nannten, hatte gesiegt. 41b

Russlands Aufruf an die deutschen Soldaten.

Die provisorische Regierung ist gestürzt worden, die Macht ist jetzt in den Händen des russischen Volkes, und die neue Regierung betrachtet den sofortigen Friedensschluss als ihre vornehmste Aufgabe.

Wir haben alle Massnahmen getroffen, damit allen kriegführenden Mächten der Text unseres Friedensangebotes mitgeteilt wird.

Wir fordern nun euch Soldaten auf, auch eurerseits uns beizustehen im Kampfe für Frieden und Sozialismus, denn allein der Sozialismus wird dem Arbeiterstande einen dauernden Frieden geben; er allein ist imstande, die Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hat.

Soldaten, Brüder! Das leuchtende Beispiel, das euch euer Führer Liebknecht gegeben hat, der Kampf, den ihr in den Versammlungen und in der Presse führt, endlich die revolutionären Ereignisse in der deutschen Flotte geben uns die Gewissheit, dass eure Arbeiterbataillone bereit sind zum Kampfe für den Frieden.

Brüder, wenn Ihr uns unterstützt, so ist das Friedenswerk gesichert. Alle anderen Mächte werden einem gerechten und demokratischen Frieden beistimmen.

Wenn ihr uns beisteht in dem Kampfe für den Sozialismus, so wird euer Organisationsgeist, eure Erfahrung dem Sozialismus überall zum Siege verhelfen. Unsere Soldaten haben die Waffen niedergelegt, an euch ist es nun, der Fahne des Friedens zu folgen.

Es lebe der Friede! Es lebe die soziale und internationale Revolution!

Petrograd. den 5. Dezember 1917.

Für den Rat der Volkskommissare:

gez.: LENIN. TROTZKI.

Quelle 11: Russlands Aufruf an die deutschen Soldaten

Wer an einer sehr umfassenden Spezialstudie darüber interessiert ist, ob es sich 1917 um eine Revolution oder einen Staatsstreich gehandelt hat, sei auf folgendes Werk verwiesen: Pipes, Richard: Die Russische Revolution, Band II: Die Macht der Bolschewiki Berlin 1992

Noch am 8. November erließ LENIN das "Dekret über den Frieden", mit dem er den sofortigen Waffenstillstand und den sofortigen Frieden "ohne Annexionen und ohne Kontributionen" anbot. Er erfüllte damit eine der wichtigsten Erwartungen der Massen. Sein Versuch, auch die deutschen Truppen dazu zu bringen, die Waffen niederzulegen, aber war vergeblich.

Immerhin kam es tatsächlich am 15. Dezember in Brest-Litowsk zu dem erhofften Waffenstillstand mit Deutschland, dem noch im selben Monat Friedensverhandlungen folgten. Die erdrückende militärische Überlegenheit der Mittelmächte ließ LENIN keine Wahl. Er musste sich den harten deutschen Friedensbedingungen unterwerfen, da seine Herrschaft in Russland selbst keinesfalls gesichert war. Durch den Verzichtfrieden von Brest-Litowsk musste Russland dem Frontverlauf als Grenze zustimmen. Damit war der Verlust von Finnland, Estland, Lettland, Litauen und der russischen Teile Polens besiegelt. Russland verlor ein Viertel seiner Bevölkerung, des nutzbaren Ackerlandes und seines Eisenbahnnetzes sowie 75 % seiner Eisen- und Stahlindustrie. Trotzdem setzte LENIN die Zustimmung zu diesem Vertrag in seiner Partei durch, weil der Bürgerkrieg im Innern ihm keine andere Wahl ließ. TROTZKI konnte nun die Rote Armee aufbauen, um den Krieg gegen die "Weißen" zu führen. Dieser Bürgerkrieg zog sich noch fast drei Jahre hin.

Frieden von Brest-Litowsk März 1918

7.7 Die innere Lage Deutschlands 1917/1918

Die russische Revolution, mehr noch der Kriegseintritt der USA, veränderten das politische Klima in Deutschland rapide. Eine erste Reaktion auf die Missstimmung in der Bevölkerung war 1917 die "Osterbotschaft" Kaiser WILHELMs, in der er die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen ankündigte. Aber damit konnte er den politischen Druck nur kurzfristig verringern. Große Streiks in den Industriestädten zeigten an, was die Arbeiter wollten. In einem Streikaufruf forderten Leipziger Arbeiter u. a. "Eine Erklärung der Regierung zur sofortigen Friedensbereitschaft unter Verzicht auf jede offene und versteckte Annexion; volle staatsbürgerliche Freiheit, allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht … im Reich, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden."

Im April kam es zur Spaltung der SPD in die UNABHÄNGIGE SOZIALDEMO-KRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (USPD) und die MEHRHEITSSOZIAL-DEMOKRATIE (MSPD). Die USPD erklärte offen ihren Kampf gegen die Fortsetzung des Krieges. Aber auch in den anderen Parteien kam es zu einer Neuorientierung. Im Juli 1917 gelang es dem Zentrumspolitiker ERZBERGER (1875 - 1921), dass der Reichstag mit 212 gegen 126 Stimmen eine Friedensresolution (vgl. S. 86) beschloss, in der der entscheidende Satz lautete: "Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar." Damit wandte sich nun auch die Reichstagsmehrheit gegen die Oberste Heeresleitung, bewirkte allerdings zunächst ungewollt die Entlassung des Reichskanzlers BETHMANN-HOLLWEG. Kaiser WILHELM II. musste nämlich der Forderung von HINDENBURG und LUDENDORFF nachgeben und den Reichskanzler durch einen Mann ersetzen, der ihre immer noch weit gesteckten Kriegsziele politisch vertrat. Beide erkannten durchaus, dass ihr politischer Einfluss abnehmen würde, wenn Reichstag und Reichskanzler zu einer gemeinsamen Politik gekommen wären.

Spaltung der SPD in USPD und MSPD

Friedensresolution des Reichstages 1917 für Verständigungsfrieden Massenstreiks 1918 haben auch politische Ziele



Bild 22b: Kriegspropaganda, veröffentlicht am 29.9.1917 Immerhin zeigte die heftige Reaktion der OHL, dass sich im Reichstag tatsächlich ein neues Selbstbewusstsein entwickelte. Abgeordnete der MSPD, der Fortschrittspartei, des Zentrums und der Nationalliberalen Partei erörterten, wie eine Parlamentarisierung der Reichsverfassung erreicht werden könne.

Ein Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 war zwar erfolglos, hatte aber durchaus politische Ziele, die in der Forderung gipfelten: "Volksrepublik in Deutschland und ein sofortiger allgemeiner Frieden!" Aber nicht dadurch kam es wirklich zu der von so vielen geforderten Parlamentarisierung. Diese wurde ausgelöst durch die plötzliche Erkenntnis der OHL, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei. Um die Verantwortung der drohenden Niederlage abzuwälzen, forderten HINDENBURG und LUDENDORFF im September 1918 ultimativ die Übergabe der Gesamtverantwortung an neue Männer. Zynisch sagte LUDENDORFF am 30. September 1918 vor Offizieren im Hauptquartier: "Ich habe ... Seine Majestät gebeten, jetzt ... diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, daß wir so weit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muß. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben."42)

"Dolchstoßlegende"

"Oktoberverfassung" Sicher werden Sie über diesen durchsichtigen Versuch, die Verantwortung abzuwälzen, auch heute noch empört sein. Schließlich hatte die OHL im Verein mit dem Kaiser in den letzten Jahren bekanntlich stets Friedensverhandlungen, die auf einen Ausgleich gezielt hatten, blockiert. Aber Sie dürfen diese Einstellung nicht unterschätzen. Nur wenige Monate später wird HINDENBURG behaupten, dass ein "Dolchstoß" von Politikern in den Rücken des Heeres den endgültigen Sieg verhindert hätte. Diese "Dolchstoßlegende" belastete das politische Klima der Weimarer Republik erheblich (vgl. GesM 7).

Prinz Max von BADEN (1867 - 1929) wurde neuer Reichskanzler; die Mehrheitsparteien traten in die neue Regierung ein. Schon Ende Oktober vollzog sich in Deutschland der Übergang zur parlamentarischen Monarchie. In dieser "Oktoberverfassung" wurden die wesentlichen Forderungen der letzten Jahre verwirklicht:

- * Zur Erklärung des Krieges ... ist die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages erforderlich.
- * Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages.
- * Der Reichskanzler trägt für die Handlungen des Kaisers als Staatsoberhaupt die politische Verantwortung.
- * Das Offizierkorps von Heer und Marine unterstehen der Kontrolle des Reichskanzlers bzw. dem Kriegsminister, die ihrerseits dem Reichstag gegenüber verantwortlich sind.

Wenn Sie die Verfassungsänderungen betrachten, erkennen Sie rasch, dass damit die alte BISMARCKsche Reichsverfassung in ihrem Kernbestand beseitigt und eine moderne, demokratische Verfassung geschaffen worden war. So war am Ende des Krieges durch das Vakuum, das der panikartige Rückzug der OHL ausgelöst hatte, endlich eine Verfassung entstanden, die dem Reichstag als Volksvertretung alle entscheidenden Kompetenzen übertrug. Dem Kaiser, bislang zentrale Figur, war die Rolle eines repräsentativen Staatsoberhaupts geblieben.

7.8 Waffenstillstand und Revolution

Am 3. Oktober kam es zu der von so vielen erwarteten, jedoch von der OHL erzwungenen Bitte, einen Waffenstillstand einzuleiten. Der neue Reichskanzler richtete eine Note an den amerikanischen Präsidenten und ersuchte ihn, "die Herstellung eines Friedens in die Hand zu nehmen". Wörtlich hieß es: "Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen."⁴⁴⁾ Als Vermittler hatte man sich dabei bewusst WILSON ausgesucht. Ausdrücklich berief sich die deutsche Regierung nämlich auf eine Kongressbotschaft des amerikanischen Präsidenten vom Januar 1918. Dort hatte er in vierzehn Punkten seine Vorstellungen von einem künftigen Frieden entworfen. Nun schienen der Reichsregierung diese "Vierzehn Punkte" die geeignete Basis für einen Waffenstillstand zu sein, obwohl sie im Kern das Ende aller territorialen Gewinne bedeuteten und Österreich-Ungarn in seiner Existenz vollends beseitigten.

Wilsons "Vierzehn Punkte" sollen Grundlage des Waffenstillstands werden

Der Notenwechsel zog sich hin. Immer deutlicher wurde, dass der amerikanische Präsident in seiner Verhandlungsführung keinesfalls frei war. Frankreich und Großbritannien verschärften die militärischen Bedingungen; WILSON seinerseits bezweifelte bis zur "Oktoberverfassung" die demokratische Legitimation der Reichsregierung und forderte die Abdankung des Kaisers. Als am 5. November die letzte Antwortnote WILSONs eintraf, war klar, dass Deutschland nur ein bedingungsloser Waffenstillstand gewährt würde. Der deutsche Verhandlungsführer, Staatssekretär Matthias ERZBERGER, bekam keine Chance, die Bedingungen zu beeinflussen. Am 11. November unterzeichnete er den Waffenstillstand in Compiègne.

Am 11.11.18 Unterzeichnung des Waffenstillstands in Compiègne

Tabelle 20: Gesamtverluste im Ersten Weltkrieg

	Gefallene	Verwundete	
Deutschland	1 808 000	4 247 000	
Frankreich	1 385 000	3 044 000*	
Großbritannien	947 000	2 122 000	
Italien	460 000	947 000	
Österreich-Ungarn	1 200 000	3 620 000	
Russland	1 700 000	4 950 000	
Türkei	325 000	400 000	
USA	115 000	206 000	

Parallel dazu löste sich im Reich selbst die alte Ordnung auf. Am 28. Oktober brach in Wilhelmshaven eine Meuterei der dort stationierten Marineeinheiten aus; am 3. November begann in Kiel der Matrosenaufstand; wenige Tage später sprang die Bewegung auf die Hafenstädte

Matrosenaufstand löst Revolution aus

Bremen, Lübeck und Hamburg über. Das "Hamburger Echo" beschrieb die Vorgänge so: "Das gellende Signal von Kiel hat auch die Hamburger Arbeiter und die Matrosen und Soldaten aufgerufen. Am Mittwochmorgen wurde auf den Werften und sehr vielen anderen Betrieben die Arbeit niedergelegt. Auf den im Hafen liegenden Kriegsfahrzeugen wurde die rote Fahne gehißt als Zeichen, daß auch hier die Matrosen dem Beispiel ihrer Kieler Kameraden gefolgt sind.

Am 9.11.18 Abdankung des Kaisers und Ausrufung der Republik Aus der Meuterei war eine soziale Explosion geworden. Am 7. November brach die Revolution in München aus: die WITTELSBACHer wurden gestürzt, eine Regierung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte übernahm die Herrschaft. Am 9. November waren auch in Berlin die Unruhen so groß geworden, dass sich Max von BADEN gezwungen sah, mittags die Abdankung des Kaisers bekannt zu geben. Er trat zurück. Der Vorsitzende der SPD, Friedrich EBERT (1871 - 1925), übernahm das Amt des Reichskanzlers.

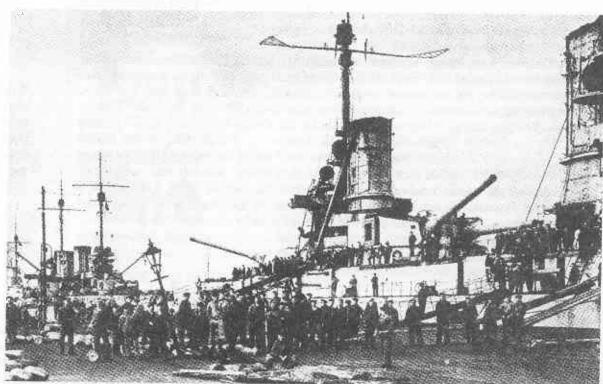


Bild 23: Meuterei der Flotte in Wilhelmshaven, Anfang November 1918

In ihrem Aufsatz "Zwischen Weltmachtstreben und Versagen" beurteilt Marianne Doerfel das Verhalten Wilhelms II. im Oktober/November 1918 folgendermaßen: "Das Bemühen der gemäßigten Kräfte, eine Revolution zu verhindern und damit das Land vor einer Besetzung durch die Sieger zu bewahren, wurde von Wilhelm II. nicht wirklich erkannt: Die historische Erinnerung [Verf. meint die Flucht des preußischen Königs Friedrich Wilhelms III. vor den Truppen Napoleons 1806 nach der Schlacht von Jena und Auerstedt] an die Überlegenheit eines emotionalen Treueverhältnisses gegenüber dem westlich-demokratischen, rationalen Prinzip der Volkssouveränität war auch, so glaubte Wilhelm II., noch in der Bevölkerung lebendig. Sie gehörte aber inzwischen längst nur noch zum Gedankengut eines Teils des Offizierkorps..."

Schon zwei Stunden später wandte sich der sozialdemokratische Politiker Philipp SCHEIDEMANN (1865 - 1939) vom Fenster des Reichstages an die Massen. In seiner Ansprache hieß es u. a.: "Der Kaiser hat abgedankt. Er und seine Freunde sind verschwunden. Über sie alle hat das Volk auf der ganzen Linie gesiegt! Der Prinz Max von BADEN hat sein Reichskanzleramt dem Abgeordneten EBERT übergeben. Unser Freund wird eine Arbeiterregierung bilden, der alle sozialistischen Parteien angehören werden. ... Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue! Es lebe die Deutsche Republik!"46) Nahezu zeitgleich, gegen 16 Uhr, verkündete Karl LIEBKNECHT (1871 - 1919), der sich 1916 von der SPD getrennt und den kommunistischen Spartakusbund gegründet hatte, vom Berliner Schloss, wie er sich die neue Ordnung vorstellte: "Parteigenossen, ich proklamiere die freie sozialistische Republik Deutschland. ... Die Herrschaft des Kapitalismus ... ist gebrochen. ... Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen. ..."47)

Parlamentarische Demokratie oder Räterepublik

Zwei unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft waren also aufeinander geprallt: die MSPD unter EBERT und SCHEIDEMANN wollte die demokratische, parlamentarische Republik, in der ihre sozialistischen Ziele auf verfassungsmäßigem Wege verwirklicht werden sollten. Eine möglichst rasch gewählte Nationalversammlung sollte dafür so früh wie möglich die neue Verfassung beschließen. Die USPD hingegen wollte die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte ausbauen, die Revolution vorantreiben und eine verfassunggebende Versammlung allenfalls als Abschluss der Revolution einrichten.

Der RAT DER VOLKSBEAUFTRAGTEN bekam seine Legitimation vom Großberliner Arbeiter- und Soldatenrat, war aber so zweigeteilt, wie es USPD und MSPD auch waren. Immerhin stellte sich der Rat der Volksbeauftragten am 12. November in einem gemeinsamen Aufruf als "die aus der Revolution hervorgegangene Regierung" vor. Der "Vollzugsrat" der Arbeiter- und Soldatenräte, ebenfalls in Berlin entstanden, verstand sich als übergeordnetes Revolutionsorgan und wollte die Revolution vorantreiben. Die Frage, welche Richtung gewinnen würde, war in den Monaten November und Dezember 1918 durchaus offen.

2. Extraausgabe.

Sonnabend, den 9. November 1918.



Jentralorgan der sopialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Kaiser hat abgedantt!

Der Reichstanzler hat folgenden Erlag herausgegeben:

Seine Majestät der Raiser und Rönig haben sich entschlossen,

dem Throne zu entfagen.

Der Reichstanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdantung Seiner Majestät, dem Thronverzichte Seiner Raiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reichst und von Preußen und der Einsehung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichstanzler und die Vorlage eines Gesehentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen sür eine versassungsehende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkseinschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918. Der Reichsfanzler. Pring Mag von Baden.

Es wird nicht geschossen!

Der Reichsfanzler bat angeordnet, daß seitens des Militars von der Baffe fein Gebrauch gemacht werde.

Parteigenoffen! Arbeiter! Solbaten!

Sveben sind das Alexanderregiment und die vierten Jäger geichlossen zum Volke übergegangen. Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wels u. a. haben zu den Truppen gesprochen. Offiziere
haben sich den Soldaten angeschlossen.

Der jozialdemofratische Arbeiter- und Soldatenrat.

Bild 24: Vorwärts, Extraausgabe vom 9. November 1918

Zwei Entscheidungen dürften letztlich dazu geführt haben, dass sich die Gemäßigten um Friedrich EBERT durchsetzen konnten: EBERT verbündete sich mit General GROENER von der alten OHL. Dadurch gelang der geordnete Rückzug der Truppen, zu dem man sich im Waffenstillstand verpflichtet hatte; zugleich aber konnte EBERT auf die alte Armee bei inneren Unruhen zurückgreifen.

Ebenso wichtig war das so genannte "Stinnes-Legien-Abkommen". Arbeiter und Gewerkschaften gründeten eine Zentralarbeitsgemeinschaft im Sinne einer Tarifpartnerschaft. Weitergehende revolutionäre Forderungen waren damit zumindest für die Masse der Arbeiterschaft nicht mehr besonders interessant. Der revolutionäre Druck aus den Betrieben wurde also geringer. Vom 16. bis 20. Dezember tagte der Deutsche Rätekongress in Berlin. Die dort versammelten Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte stimmten in der Mehrheit der MSPD-Position zu. Das Rätesystem wurde endgültig verworfen. Für den 19. Januar 1919 wurden Wahlen zur NATIONALVERSAMMLUNG beschlossen.

Die befürchteten Unruhen brachen aus. In Berlin wurde am Heiligabend um das Schloss gekämpft; Karl LIEBKNECHT und Rosa LUXEMBURG (1870 -1919) gründeten am 1. Januar 1919 die KPD. Am 6. Januar 1919 brach der von Kommunisten und USPD geführte SPARTAKUSAUFSTAND aus. Die Regierung EBERT-SCHEIDEMANN wurde für abgesetzt erklärt, der "Revolutionsausschuβ" um LIEBKNECHT übernahm die Herrschaft. Aber die Reichsregierung gab nicht auf. In einem Aufruf vom 8. Januar 1919 an die Berliner Bevölkerung hieß es: "Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. ... Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt. ... Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um die Schrekkensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. ..."48) Erst nach einer Woche konnte der Aufstand militärisch beendet werden (LIEBKNECHT und LUXEMBURG wurden nach ihrer Gefangennahme von Freikorps-Offizieren ermordet).

Wahlen zur Nationalversammlung

Auch wenn in den einzelnen Ländern Arbeiter- und Soldatenräte noch Monate herrschten, so z. B. in München bis in den April hinein, stand nach der Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes doch fest: Der Weg in eine parlamentarische Demokratie war geöffnet, die Weimarer Republik konnte entstehen.

X. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

- 1. Zeigen Sie, dass die Behauptung stimmt, die Kriegsziele Deutschlands, Russlands und Frankreichs seien zu Beginn des Weltkrieges im Prinzip gleich gewesen!
- 2. Mit welcher Berechtigung lässt sich behaupten, der Erste Weltkrieg sei ein totaler Krieg gewesen?
- 3. Vergleichen Sie die Friedensresolution des Reichstages vom Juli 1917 mit dem Inhalt des Friedensvertrages von Brest-Litowsk vom März 1918! Was sagt dieser Vergleich aus über die politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland im Frühling 1918?
- 4. Warum war die OHL im Spätsommer 1918 plötzlich dafür, die Regierungsverantwortung den Mehrheitsparteien (einschließlich SPD) zu übertragen?

(Fortsetzung nächste Seite!)

Die Re	volution im November 1918 wird	durch die Meuterei von
	und	
in Deutschland übernehmen	ab dem 7. November	
die Herrschaft. Am	1918 dankt Kais	ser Wilhelm II. ab; am sel-
ben Tage proklamiert Philip	op Scheidemann die	. Die
	op Scheidemann die dete provisorische Regierung heißt	
aus MSPD und USPD gebil		

MERKDATEN; WICHTIGE EREIGNISSE UND SCHWERPUNKTBEGRIFFE

MORD VON SARAJEWO; JULIKRISE 1914; SCHLIEFFENPLAN; KRIEGSSCHULDFRAGE; BURGFRIEDEN; MATERIALSCHLACHT; U-BOOT-KRIEG; OBERSTE HEERESLEITUNG (OHL); KRIEGSZIELE; SIEGFRIEDEN; VERSTÄNDIGUNGSFRIEDEN; FRIEDEN OHNE ANNEXIONEN UND KONTRIBUTIONEN; FEBRUAR- UND OKTOBERREVOLUTION 1917; OKTOBERVERFASSUNG; NOVEMBERREVOLUTION 1918; WAFFENSTILLSTAND VON COMPIÈGNE; DOLCHSTOSSLEGENDE; SPARTAKUSAUFSTAND

Die Julikrise 1914

28.06.1914	Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajewo
28.07.1914	Österreich erklärt Serbien den Krieg
01.08.1914	Deutschland erklärt Russland den Krieg
03.08.1914	Deutschland erklärt Frankreich den Krieg
04.08.1914	Großbritannien erklärt Deutschland den Krieg

Vom Kriegsausbruch bis 1917

August	14	Reichstag bewilligt Kriegskredite; "Burgfrieden"
August	14	Schlacht bei Tannenberg
September	14	Schlacht an der Marne
Mai	15	Versenkung der "Lusitania" durch deutsches U-Boot
Februar	16	Beginn der Verdun-Offensive (bis Dezember)
Mai/Juni	16	Seeschlacht vor dem Skagerrak
Juni	16	Beginn der Schlacht an der Somme
August	16	Hindenburg und Ludendorff übernehmen die OHL

Januar 17 Deutschland erklärt den unbeschränkten U-Boot-Krieg

April 17 USA erklären Deutschem Reich den Krieg

Das Epochenjahr 1917/18

März	17	In Russland wird Zar zum Rücktritt gezwungen; "Februar-
		Revolution"
April	17	Lenins "April-Thesen": "Alle Macht den Räten!"
Juli	17	Reichstag beschließt Friedensresolution
November	17	"Oktober-Revolution" in Russland; Lenin übernimmt Herrschaft
Dezember	17	Waffenstillstand zwischen Sowjetrussland und Deutschland
März	18	Frieden von Brest-Litowsk

Die innere Lage in Deutschland

Die inne	re La	age in Deutschland
April	17	"Osterbotschaft" Kaiser Wilhelms II. verspricht Abschaffung des Drei-Klassen-Wahlrechts in Preußen; Spaltung der SPD in USPD und MSPD
Juli	17	Friedensresolution des Reichstages
Januar	18	Massenstreiks in Berlin
Oktober	18	"Oktober-Verfassung" macht Deutsches Reich zu parlamenta- rischer Monarchie; Beginn der Meuterei in Wilhelmshaven und Kiel
November	18	Anfang November breitet sich Revolution aus
November	18	Am 9. November dankt Kaiser Wilhelm II. ab; am selben Tage ruft Philipp Scheidemann die Republik aus; Rat der Volksbe- auftragten übernimmt Regierung; am 11. November Unterzeichnung des Waffenstillstands durch Matthias Erzberger im französischen Compiègne
Dezember	18	und Januar 1919 bürgerkriegsähnliche Unruhen
Januar	19	Spartakusaufstand unter Liebknecht und Luxemburg scheitert Am 19. Januar Wahlen zur Nationalversammlung

8 SCHLUSSWORT

Sie haben gesellschaftliche Wandlungen kennen gelernt, die im Wesentlichen auch unsere Gegenwart noch bestimmen. Industrialisierung und Verstädterung sind inzwischen weltweit verbreitet. Die Arbeiterbewegung hat in Mittel- und Westeuropa ihre wesentlichen Ziele durchsetzen können. Die Staaten selbst haben viele dieser Forderungen übernommen und schaffen als neue Staatsaufgabe den "Sozialstaat". Die politischen Wandlungen, die die Epoche zwischen 1871 und 1918 ausgelöst hat, wirken ebenfalls bis in die Gegenwart. Europas "Krieg gegen sich selbst" hat die Ordnung des 19. Jahrhunderts gründlich vernichtet. Der Frieden, den das kriegsmüde Europa 1918 ersehnt, wird aber weit hinter den idealistischen Zielvorgaben zurückbleiben, die USA zum Kriegseintritt gebracht haben. Innerhalb des alten Kontinents entstehen neue Nationalstaaten, z. B. Polen und die Tschechoslowakei; mit Sowjetrussland tritt die große Herausforderung der demokratisch-kapitalistischen Staatenwelt auf die Weltbühne. Der Imperialismus, soweit er sich nach Übersee erstreckt, endet 1918 nicht; noch jetzt erleben wir die Auswirkungen der europäischen Kolonialpolitik in ihren Spätfolgen.

So ist die Zeit zwischen 1871 und 1918 eine Epoche, die mehr als viele andere einschneidend in unsere Gegenwart hineingreift. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass Ihnen 50 Jahre so ausführlich vorgestellt worden sind. Die Art der Darstellung hat Ihnen gezeigt, dass die Bewertung historischer Entscheidungen nicht eindeutig sein kann. Historische Konflikte haben ihre tieferen Ursachen; eine Geschichtsdarstellung darf diese nicht verdecken, sondern muss sie möglichst offen legen. Wir hoffen, dass Sie an diesem Meinungsbildungsprozess aktiv teilgenommen haben.

9 ANHANG

Bölling, Rainer:

9.1 Literaturangaben

9.1.1 Literaturnachweis

Das Deutsche Kaiserreich 1871 - 1918

= Ploetz Arbeitsmaterialien, Würzburg 1986

Buhr, Hermann de: Der Erste Weltkrieg und der ihm folgende Friede

= Themen und Probleme der Geschichte

Cornelsen Verlag, Bielefeld

Buhr, Hermann de: Geschichte in Daten und Strukturen, Von den

Anfängen der Geschichte bis zur Gegenwart

Cornelsen Verlag, Bielefeld

Digel, Werner (Hrsg.): Meyers Taschenlexikon Geschichte in 6 Bänden

Mannheim 1982

Dülffler, Jost und Bereit zum Krieg - Kriegsmentalität im Holl, Karl (Hrsg.): Wilhelminischen Deutschland 1890 - 1914

Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Güttingen

Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht

Düsseldorf 1961

Gall, Lothar: Europa auf dem Weg in die Moderne 1850 - 1890

= Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 14,

2. Auflg., München 1989

Geiss, Imanuel: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg

Serie Piper Nr. 443, München 1985

Geiss, Imanuel: Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des

Ersten Weltkrieges Serie Piper Bd. 442,

München 1985

Geiss, Imanuel: Der lange Weg in die Katastrophe - Die Vorge-

schichte des Ersten Weltkriegs 1815 - 1914 = Serie Piper Bd. 943, München 1990

Geiss, Imanuel: Geschichte im Überblick

- Daten und Zusammenhänge der Weltgeschichte

Rowohlt Taschenbücher Nr. 6311 X

Geiss, Imanuel: Juli 1914 - Die europäische Krise und der

Ausbruch des Ersten Weltkriegs dtv-Taschenbücher Nr. 2921

Geschichte betrifft uns: Europa als Spannungsraum 1900 - 1914

Aachen, 5/1984

Geschichte betrifft uns: Julikrise und Kriegsbeginn 1914

Aachen, 6/1984

Geschichte betrifft uns: Kolonien für Deutschland, 1884 - 1918

Aachen, 11/1984

Grebing, Helga: Arbeiterbewegung - Sozialer Protest und kollektive

Interessenvertretung bis 1914 dtv-Taschenbücher Nr. 4507

Haffner, Sebastian: 1918/19 - Eine deutsche Revolution

Rowohlt-Taschenbuch Nr. 7455

Hartau, Friedrich: Wilhelm II.

Rowohlt Bildmonographie Nr. 264

Hentschel, Volker: Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik 1815 - 1945

Düsseldorf 1980

Herzfeld, Hans: Die moderne Welt - 1789 - 1945

Teil II: Weltmächte und Weltkriege

Braunschweig, 4. Auflg. 1970

Hirsch, Helmut: August Bebel

Rowohlt Bildmonographien Nr. 196

Hirsch, Helmut: Rosa Luxemburg

Rowohlt Bildmonographie Nr. 158

Hug, Wolfgang:

Geschichtliche Weltkunde - Quellenlesebuch Bd. 2

Frankfurt 1980

Kluge, Ulrich:

Die deutsche Revolution 1918/1919

edition suhrkamp (Neue Historische Bibliothek)

es 1262

Kocka, Jürgen und Mütter Bernd:

Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Bayerischer Schulbuch-Verlag,

München

Köllmann, Wolfgang:

Die Industrielle Revolution

= Tempora, Quellen zur Geschichte und Politik

Stuttgart 1987

Leisering, Walter (Hrsg.):

Putzger - Historischer Weltatlas 100. Auflg.,

Berlin und Bielefeld 1979

Lynar, Ernst W.:

Deutsche Kriegsziele 1914 - 1918 Ullstein-Taschenbuch, Frankfurt 1964

Mai, Gunther:

Das Ende des Kaiserreichs

- Politik und Kriegführung im Ersten Weltkrieg

dtv-Taschenbücher Nr. 4510

Mommsen, Wilhelm:

Otto von Bismarck

Rowohlt Bildmonographie Nr. 122

Potter, Elmar B.:

Seemacht - Eine Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Herrsching 1982

Praxis Geschichte:

Industrialisierung Braunschweig, 1/1988

Praxis Geschichte:

Wilhelminische Gesellschaft Braunschweig, 4/1990

.

Presse und Informationszentrum des Deutschen Bundestages:

Fragen an die deutsche Geschichte

Bonn, 4. Auflg. 1979

Ritter, Gerhard A. (Hrsg.):

Deutsche Sozialgeschichte Dokumente und Skizzen, Bd. 2

München 1974

Ritter, Gerhard A.:

Das Deutsche Kaiserreich 1871 - 1914

Göttingen, 3. Auflg. 1977

Schöllgen, Gregor:

Das Zeitalter des Imperialismus

= Oldenburg Grundriß der Geschichte, Bd. 15

München 1986

Schönbrunn, Günter:

Das bürgerliche Zeitalter = Geschichte in Quellen

München 1980

Schönbrunn, Günter: Weltkriege und Revolutionen

= Geschichte in Quellen

München 1979

Stürmer, Michael und

Ziegler, Siegfried:

Das deutsche Kaiserreich und die europäischen Großmächte im Zeitalter des Imperialismus = Arbeitsmaterialien für den Geschichtsunterricht

in der Kollegstufe, Oldenbourg Verlag, München

Stürmer, Michael: Die Reichsgründung - Deutscher Nationalstaat und

europäisches Gleichgewicht im Zeitalter Bismarcks, dtv Bd. 4504 (= Deutsche Geschichte der neuesten

Zeit) 3. Auflg., München 1990

Taddey, Gerhard: Lexikon der deutschen Geschichte

Stuttgart 1977

Uexküll, Gösta von: Ferdinand Lassalle

Rowohlt Bildmonographie Nr. 212

Verlag Ploetz (Hrsg.): Der Große Ploetz, Auszug aus der Geschichte,

30. Auflg., Freiburg 1987

Wiegand, Berthold: Der Erste Weltkrieg und der ihm folgende Friede

= Themen und Probleme der Geschichte

Cornelsen/Hirschgaben, Bielefeld

Ziegler, Siegfried: Das deutsche Kaiserreich

= Arbeitsmaterialien für den Geschichtsunterricht in der Kollegstufe, Oldenbourg Verlag, München

9.1.2 Weiterführende Literatur

Digel, Werner (Hrsg.): Meyers Taschenlexikon Geschichte in 6 Bänden

Mannheim 1982

Geiss, Imanuel: Der lange Weg in die Katastrophe

- Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs

1815 - 1914 = Serie Piper Bd. 943, München 1991

Geiss, Imanuel: Geschichte griffbereit. Epochen. Daten. Personen.

Schauplätze. Begriffe. Staaten. 6 Bände und ein

Register. Harenberg, Dortmund 1993

Görtemaker, Manfred: Deutschland im 19. Jahrhundert -Entwicklungs-

linien. Köln-Leverkusen, 3. Aufl. 1995

Grebing, Helga: Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive

Interessenvertretung bis 1914. DTV, München o. J.

Hildebrand, Klaus: Deutsche Außenpolitik 1871 – 1918, München 1989

Hilgemann, Werner/ dtv-Atlas zur Weltgeschichte Band 2: Von der

Kinder, Hermann: Französischen Revolution bis zur Gegenwart,

25. Aufl., München 1991

Informationen zur politischen Bildung, *) Heft 113/115:

Die Sowjetunion 1917 - 1981, Bonn 1981*)

Informationen zur politischen Bildung, Heft 227:

Parlamentarische Demokratie 1, Bonn 1990*)

Miller, Susanne &

Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und

H. Potthoff:

Dokumentation 1848 – 1983

Bonn, 7. Auflg. 1991

Müller, Helmut M.:

Schlaglichter der deutschen Geschichte

[Nachschlagewerk, wichtig hier Kapitel 8 und 9]

Mannheim, 3. Aufl. 1996

Rürup, Reinhard u. a.:

Deutschland im 19. Jahrhundert 1815 - 1871.

Vandenh. u. R., Göttingen 1992

Stürmer, Michael:

Die Reichsgründung - Deutscher Nationalstaat und europäisches Gleichgewicht im Zeitalter Bismarcks dtv Bd. 4504 (= Deutsche Geschichte der neusten

Tilly, Richard:

Zeit), 3. Auflg., München 1990 Vom Zollverein zum Industriestaat. Die wirtschaft-

lich-soziale Entwicklung Deutschlands 1834 - 1914.

dtv 4506, München 1990

Wehler, Hans-Ulrich:

Das deutsche Kaiserreich 1871 – 1918.

Vandenh. u. R. (1380), 6. Aufl., Göttingen 1988

*) Sie k\u00f6nnen die Informationen zur politischen Bildung kostenlos schriftlich anfordern (Berufsangabe erforderlich) bei: Franzis-Verlag GmbH., Postfach 15 07 40, 80045 M\u00fcnchen

9.1.3 Bild- und Zitatnachweise

Bild 1: Walzwerk in Lipine (Oberschlesien) nach der Reichsgründung = Sebastian Haffner: Preußen ohne Legende

München, 2. Aufig., 1981, S. 418/19

Bild 2: Die Wiener Weltausstellung 1873

= Herbert Jankuhn u. a. ($\overline{\text{Hrsg.}}$): Deutsche Geschichte in Bildern Wiesbaden 1981, S. 552

Bild 3: Weltausstellung 1900 in Paris mit Eiffelturm

= Editions Gendre, Paris 1987 Bild 4: Die Ravensberger Spinnerei in Bielefeld, um 1880

In: "Praxis Geschichte" 3/89, Braunschweig 1989, S. 44
Bild 4a: Daimlers erstes "Automobil" (1886)
In: "Praxis Geschichte" 1/88,

Braunschweig 1988, S. 39
Bild 4b: Wagenmontage der Daimler-Fabrik um 1900
In: "Praxis Geschichte" 1/88,

Tabelle :	1:	Dampferbestand der Welt von 1903
		= Jochen Brennecke: Geschichte der Schiffahrt
		Künzelsau, 2. Auflg. 1986, S. 321

Tabelle 2: Wissenschaftliche und technische Entwicklung zusammengestellt vom Verfasser unter Benutzung verschiedener Quellen

Tabelle 3: Gründung von Gewerkschaftsdachverbänden zusammengestellt vom Verfasser unter Benutzung verschiedener Quellen

Bild 5: Auswanderer gehen an Bord,
zeitgenössische Darstellung von 1885
= Volker Plagemann: Übersee-Seefahrt und Seemacht im
Deutschen Kaiserreich, München 1988, S. 14

Bild 6: In der dritten Klasse eines Auswandererschiffes, Illustrierte Zeitung von 1882 = Gisela Gerdes: Auswandererhafen im 19. Jahrhundert, Hamburg 1986, S. 24

Tabelle 4: Die Steinkohlenförderung zwischen 1870 und 1910 Unter Verwendung von Zahlenmaterial aus Werner Ripper: Weltgeschichte im Aufriß, Bd. 2, Frankfurt/M., 1974, S. 97

Tabelle 5: Deutschland 1867 - 1907 - Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren Unter Verwendung von Zahlenmaterial aus Wolfgang Köllmann: Die Industrielle Revolution. Stuttgart 1987, S. 55

Graphik 1: Gesellschaft des Wilhelminischen Reiches = Praxis Geschichte, Heft 4/1990, Braunschweig 1990, S. 9

Bild 7: Förderturm der Zeche Westende, Ende des 19. Jahrhunderts, Duisburg = Praxis Geschichte, Heft 1/1988, Braunschweig 1988, S. 25

Bild 7a: Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck in Koblenz, Ansichtspostkarte aus dem Jahre 1900 In: "Praxis Geschichte" 6/90, Braunschweig 1990, S. 53

Bild 7b: Die Villa Hügel, Essen
Wohnsitz der Familie Krupp von Bohlen,
Aufnahme von 1909
In: "Journal für Geschichte" 1/1982,
Braunschweig, S. 21

Bild 7c: Der Gothaer Vereinigungsparteitag im "Tivoli" Museum für Regionalgeschichte, Gotha

Bild 7d: Karikatur aus dem Jahre 1878 In: "Praxis Geschichte" 0/87, Braunschweig 1987, S. 29

Quelle 1: Werkstatt-Ordnung der Firma Siemens & Halske
= Gerhard A. Ritter und Jürgen Kocka (Hrsg.): Deutsche Sozialgeschichte,
Bd. 2, München 1974, S. 144-147

Quelle 2: Büroordnung aus dem Jahre 1907 = Ritter und Kocka (Hrsg.): Deutsche Sozialgeschichte Bd. 2 München 1974, S. 164/5

Quelle 3: Lebenserinnerungen eines Bergmanns = Ritter und Kocka (Hrsg.): Deutsche Sozialgeschichte, Bd. 2 München 1974, S. 26/7

Quelle 4: August Bebel beschreibt 1880 die Lebensbedingungen der Arbeiterfamilien = Wolfgang Hug (Hrsg.): Geschichtliche Weltkunde, Quellenlesebuch Bd. 2, Frankfurt/M. 1980, S. 259/60

Quelle 5: Wilhelm von Drigalski erinnert sich an die Gymnasialzeit um 1880 = Ritter und Kocka (Hrsg.): Deutsche Sozialgeschichte, Bd. 2 München 1974, S. 80

Quelle 6: Adolf von Wilke über die Adelssehnsucht des Bürgertums
 = Ritter und Kocka (Hrsg.): Deutsche Sozialgeschichte, Bd. 2
 München 1974, S. 373/4

Quelle 7: Walther Rathenau kritisiert das deutsche Großbürgertum = R. Bölling und J. Henseler: Das deutsche Kaiserreich 1871 - 1918 Freiburg 1986, S. 61

Fußnote 1) Weltgeschichte im Aufriß, Bd. 2, S. 150 Fußnote 2) Weltgeschichte im Aufriß, Bd. 2, S. 153 Fußnote 3) Weltgeschichte im Aufriß, Bd. 2, S. 148 Fußnote 4) Weltgeschichte im Aufriß, Bd. 2, S. 148

Quelle 8: Auszüge aus dem "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" vom 21.10.1878 = Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Das Deutsche Kaiserreich 1871 - 1914 Göttingen, 3. Auflg. 1977, S. 232 f. Fußnote 5) G. A. Ritter: Das deutsche Kaiserreich 1871 - 1914 Göttingen, 3. Auflg. 1977, S. 242 f. Bild 8: Zeitgenössische Karikatur zu den Folgen des Sozialistengesetzes: "Nun mein Kind, drückt dich denn dein Korb nicht sehr?" Sozialdemokratie: "O nein, wie Sie sehen, bin ich groß und stark dabei geworden." = Hamburg macht Schule, Hamburg, 1990 (Heft III), S. 27 Fußnote 6) G. A. Ritter: Das Deutsche Kaiserreich, S. 239 ff. Fußnote 7) Geschichte in Quellen: Das bürgerliche Zeitalter München 1980, S. 429 Fußnote 8) G. A. Ritter: Das Deutsche Kaiserreich, S. 245 f. Fußnote 9) Otto v. Bismarck: Die gesammelten Werke, Bd. 12 Berlin 1929, S. 422 ff. Bild 9: Die deutsche Sozialversicherung steht in der ganzen Welt vorbildlich und unerreicht dar - zeitgenössische Darstellung = Fragen an die deutsche Geschichte, 15. Auflage, S. 213 Tabelle 6: Fläche und Bevölkerungszahl der europäischen Großmächte um 1871, vom Verfasser zusammengestellt nach Angaben aus Meyers Konversations-Lexikon Meyers Konversations-Lexikon, Leipzig, 3. Auflg., 1874 ff. Fußnote 10) Weltgeschichte im Aufriß, Bd. 2, S. 315 Fußnote 11) Geschichte in Quellen: Das bürgerliche Zeitalter, München 1980, S. 456 Fußnote 12) Geschichte in Quellen: a. a. O., S. 452 Bild 10: Der Balkan nach dem Berliner Kongress = Zeiten und Menschen, K 3, Paderborn 1980, S. 209 Fußnote 13) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 455 Bild 11: Bismarck auf dem Berliner Kongress 1878 (nach einem Gemälde von Anton von Werner) = Fragen an die deutsche Geschichte, S. 250 Fußnote 14) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 455 Fußnote 15) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 458 Fußnote 16) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 464 Bild 12: Das Bismarcksche Bündnissystem in geographischer Darstellung: Eigene Zeichnung Fußnote 17) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 549 Bild 13: Zwei Darstellungen aus dem Jahre 1890 a) "Der Lotse verläßt das Schiff" - Karikatur aus dem engl. "Punch" vom März 1890 = Fragen an die deutsche Geschichte, Bonn, 1979, S. 223 b) Wilhelm II., Gemälde von Max Koner aus dem Jahre 1890 = Fragen an die deutsche Geschichte, S. 224 Fußnote 18) Weltgeschichte im Aufriß, Bd. 2, S. 301 Bild 14: The uncivilized races of men in all countries of the world (Stahlstich 1876) = Zeiten und Menschen, K 3, Paderborn 1980, S. 287 Tabelle 7: Die Entwicklung des britischen Kolonialreiches zusammengestellt vom Verfasser Tabelle 8: Ausdehnung des britischen Weltreiches 1914 zusammgestellt vom Verfasser Fußnote 19) Danilewski, Nikoloj: Rußland und Europa Stuttgart 1920 Fußnote 20) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 590 Tabelle 9: Der russische Kontinentalimperialismus zusammengestellt vom Verfasser Bild 15: Die Monroe-Doktrin, eine argentinische Karikatur = Zeiten und Menschen, K 3, a.a.O., S. 217 Bild 15a: Das amerikanische Einflussgebiet in Mittelamerika = Close Up Foundation (Hrsg.) Current Issues, 1989 Edition Arlington (USA), S. 210 Quelle 9: Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 582 ff. Tabelle 10: Die Entwicklung des französischen Kolonialreiches zusammengestellt vom Verfasser Tabelle 11: Die Entwicklung des deutschen Kolonialreiches zusammengestellt vom Verfasser Fußnote 21) Weltgeschichte im Aufriß, Bd. 2, S. 344 f. Fußnote 22) Johann, Ernst: Reden des Kaisers dtv-dokumente 354, München 1966, S. 88 f. Bild 16: Die Kolonialvölker Deutschlands huldigen dem Kaiser, 1913 = bsv Geschichte 3 N Bayerischer Schulbuch-Verlag, München 1986, S. 202 Bild 16a; Das britische Großkampfschiff "Dreadnought", Aufnahme aus dem Jahre 1906

In: Diwald, Helmut: Seemachtpolitik im 20. Jahrhundert, München 1984, S. 99

Fußnote 23) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 589

Tabelle 11a: Deutscher Kolonialerwerb unter Wilhelm II.

zusammengestellt vom Verfasser

Tabelle 12: Relation zwischen Mutterland und Kolonien im Jahre 1913

= Zeiten und Menschen, K 3 (a.a.O.), S. 285 Fußnote 24) Geschichte betr. uns, Ausgabe 13.8

Aachen 1984, S. 17

Fußnote 25) Ziegeler, Siegfried: Das Deutsche Kaiserreich

München 1989, S. 106 f.

Fußnote 26) Lieber-Ruffmann: Der Sowjetkommunismus, Bd. 1, Köln-Berlin 1963

Fußnote 27) Geschichte betr. uns, Ausgabe 13.8 Aachen 1984, S. 22

Tabelle 13: Bevölkerungsverteilung in den deutschen Kolonien 1913 = Geschichte - betrifft uns, Ausgabe 13.8, November 1984 Bergmoser + Höller Verlag, Aachen 1984, S. 20

Fußnote 28) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 567 Fußnote 29) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 601

Fußnote 30) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 606

Tabelle 14: Krisen und Kriege vor 1914 zusammengestellt vom Verfasser

Fußnote 31) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 719 f.

Bild 17: Der Kaiser im Flottenmanöver, Illustration von Willy Stöwer, 1912 = Plagemann, Volker: Übersee (Verlag C. H. Beck) München 1988, S. 210

Fußnote 32) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 718 f.
Fußnote 33) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 734
Tabelle 15: Großkampfschiffe der europäischen Mächte
am Vorabend des Ersten Weltkrieges

= Der Große Pioetz - Auszug aus der Geschichte, 30. Auflg., Würzburg 1986, S. 737

Bild 18: Der kochende Kessel, "Punch"-Karikatur aus dem Jahre 1908 zur Balkankrise = Fragen an die deutsche Geschichte, Berlin, 4. Auflg. 1979, S. 254

Bild 19: Der Balkan vor dem Ersten Weltkrieg - Landkarte = Zeiten und Menschen K 3, Paderborn 1980, S. 300

Tabelle 16: Vergleich der Rüstungskosten pro Kopf der Bevölkerung zwischen 1902 und 1913

= Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Deutsche Militärgeschichte, Bd. V, S. 39

Bild 20: Vossische Zeitung; Extra-Blatt, 28. Juni 1914 = Heinloth, Bernhard: Geschichte 4

List Verlag München & Oldenbourg Verlag München, München 1982, S. 37

Quelle 10: Bericht des deutschen Botschafters v. Tschirschky aus Wien vom 30. Juni 1914 an den Reichskanzler Bethmann-Hollweg = Geiss, Imanuel: Juli 1914 dtv-Taschenbuch Nr. 293, München 1965, S. 39/40

Fußnote 34) Geiss, I.: Juli 1914, a. a. O., S. 52

Tabelle 17: Die letzten Schritte zum Weltkrieg:

Vom österreichischen Ultimatum an Serbien bis zu den Kriegserklärungen im August 1914 zusammengestellt vom Verfasser aus verschiedenen Quellen

Fußnote 35) I. Geiss, a. a. O., S. 373 ff.

Fußnote 36) Ziegeler, Siegfried: Das Deutsche Kaiserreich München 1989, S. 134 f.

Bild 21: Deutsche Reservisten auf dem Weg an die Front
= Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages:
Fragen an die deutsche Geschichte, Bonn, 4. Aufig. 1979, S. 256

Fußnote 37) Geschichtliche Quellenhefte, Heft 10: Das Zeitalter des Imperialismus 1890 - 1918, Frankfurt, 8. Auflg. 1974, S. 76 f.

Tabelle 17: Truppenstärken im Ersten Weltkrieg

= Der große Ploetz - Auszug aus der Geschichte, Würzburg, 1987, S. 836

Bild 22: Gebt für die U-Boot-Spende

= Berckenhagen, Ekhart: Schiffe, Häfen, Kontinente, Berlin 1983, S. 310

Bild 22a: Beispiel für die schlechte Lebensmittelversorgung (Abdruck in Berliner Tageszeitungen

Januar 1917)

In: Johann, Ernst (Hrsg.): Innenansicht eines Krieges. Deutsche Dokumente 1914-1918

München 1973, S. 165

Bild 22b: Staatliche Kriegspropaganda: Aufforderung zur Zeichnung einer Kriegsanleihe, September 1917
In: Johann, Ernst (Hrsg.): Innenansicht eines
Krieges. Deutsche Dokumente 1914-1918
München 1973, S. 197
Tabelle 18: Der U-Boot-Krieg und seine politischen Folgen, aus verschiedenen Quellen zusammengestellt vom Verfasser

Fußnote 38) Weltgeschichte im Aufriß, Bd. 3/1, Frankfurt/M. 1976, S. 55 f.
Fußnote 39) Grundriß der Geschichte, Dokumente, Bd. 2
Stuttgart 1986, S. 132

Fußnote 40) Grundriß der Geschichte, a. a. O., S. 131 f.

Fußnote 41) Geschichtliche Quellenhefte, Heft 10, a. a. O., S. 90

Tabelle 19: Lebensmittelrationen 1916 - 1918

= Geschichte betrifft uns; Aachen 1986, S. 8

Quelle 11: Rußlands Aufruf an die deutschen Soldaten

= Informationen zur politischen Bildung, Folge 113, Bonn 1965, S. 7

Fußnote 42) Geschichte in Quellen: Weltkriege und Revolutionen München, 2. Auflg. 1975, S. 102

 Fußnote 43) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 98
 Fußnote 44) Krummacher, F. A.: Die Auflösung der Monarchie Hannover, 4. Auflg. 1960, S. 55

Tabelle 20: Gesamtverluste im Ersten Weltkrieg = Der Große Ploetz, Auszug aus der Geschichte; a.a.O., S. 848

Fußnote 45) Malanowski, Wolfgang: November-Revolution 1918 Frankfurt/Berlin 1968, S. 132

Bild 23: Meuterei der Flotte in Wilhelmshaven, Anfang November 1918 = Fragen an die deutsche Geschichte; a.a.O., S. 265

Fußnote 46) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 114 Fußnote 47) Geschichte in Quellen, a. a. O., S. 115

Bild 24: Vorwärts, Extraausgabe vom 9. November 1918

= Fragen an die deutsche Geschichte; a.a.O., S. 266
Bild 25: Europa zwischen den beiden Weltkriegen

In: "Zahlenbilder" 1/90, Blatt 701 890
Bild 26: Jugoslawien mit der politischen Einteilung
bis 1990

In: "Wochenschau" März/April 1992, S. 66

Bild 27: Die Völker Jugoslawiens

In: "Wochenschau" März/April 1992, S. 69

Bild 28: Der Konflikt in Bosnien-Herzegowina:
Muslime, Serben und Kroaten,
Volkszählung März 1991
In: "Metzler aktuell", Januar 1993, Bg. 27

Bild 29: Gelber Hausaufgabenbogen, Aufgabe 3a, Karikatur 1

In: "Geschichte betrifft uns", Mai 1984, Fol. 1

Bild 30: Gelber Hausaufgabenbogen Aufgabe 3a, Karikatur 2 In: "Praxis Geschichte" 0/87 Braunschweig 1987, S. 29

Fußnote 48) Malanowski, Wolfgang: November-Revolution 1918 a. a. O., S. 167 f.

9.2 Lösungen der Aufgaben zur Selbstüberprüfung

Vergleichen Sie bitte Ihre Lösungen!

Bei freier Formulierung kommt es nicht auf wörtliche Übereinstimmung an, sondern auf inhaltliche. Sind Sie zu anderen Ergebnissen gekommen, sollten Sie das entsprechende Kapitel dieses Studienheftes wiederholen und die zugehören Aufgaben zur Selbstüberprüfung nach einer Pause noch einmal schriftlich lösen. Gegebenenfalls berichtigen Sie Ihr Ergebnis nach einem erneuten Vergleich. Lassen Sie kein falsches Ergebnis stehen!

I.

- 1. 1. Steinkohleförderung steigt in Deutschland um ca. 500 %,
 - 2. Roheisenproduktion steigt in Deutschland um ca. 900,
 - 3. PS-Zahl der in Deutschland eingesetzten Dampfmaschinen verdoppelt sich in 10 Jahren.

(Die hier angegebenen Antworten konzentrieren sich auf die deutsche Entwicklung; es wäre ebenso richtig, wenn Sie die englischen Vergleichszahlen angeben würden.)

- 2. Der Austausch der Waren und die Versorgung mit Rohstoffen (Erze, Kohle) ist für die industrielle Entwicklung von besonderer Bedeutung. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes verbindet die sich rasch ausdehnenden Industrieregionen innerhalb der Staaten, vor allem aber auch über die Grenzen hinaus. Ebenso wichtig ist der Ausbau der nationalen Wasserstraßen, z. B. das innerdeutsche Kanalsystem. Die internationale Schiffahrt wird zudem begünstigt durch den Bau des Suez-, Kaiser-Wilhelm- und des Panama-Kanals.
- 3. 1. Steigerung der Geburtenraten
 - 2. Absinken der Sterberaten
- 4. Die verbesserten medizinischen Verhältnisse führen zu höheren Geburtenraten in den ländlichen Regionen, ohne dass in den Agrarregionen ausreichend Arbeitsplätze vorhanden sind (auch auf dem Lande setzt die Verwendung von Landmaschinen Arbeitplätze frei). Die Industriereviere saugen Arbeitskräfte an, weil in den Kohlegruben, Erzbergwerken, Stahlwerken, in der Textilindustrie und im Maschinenbau Arbeitskräfte benötigt werden.
- 5. Offenkundig sind nur sehr wenige Auswanderer auf Bild 5 besser gekleidet; die große Mehrzahl schleppt ihr Hab und Gut selbst an Bord. Bild 6 zeigt ein Massenquartier auf einem Auswandererdampfer. Auch hier wird deutlich, dass Auswanderer offenbar arme Leute waren. Es lässt sich also vermuten (was statistisch auch nachweisbar ist), dass vor allem arme Leute in die Auswanderung ihre Hoffnung auf eine bessere Zukunft setzten.
- Kapitalisten (= Industriebosse)
 - 2. Industriearbeiterschaft
 - 3. Farmer
 - 4. Mittelstand (middle classes)

- 1. 1867 arbeiten noch mehr als 50 % in der Landwirtschaft; 1907 ist dieser Anteil auf etwa ein Drittel zurückgegangen, während Industrie und Handwerk mit ca. 40 % die größte Beschäftigtengruppe aufweist. Nur in Industrie und Handwerk kommt es zu einem deutlichen Anstieg.
- 2. Sie sollten eine Zuordnung zu den drei Oberbegriffen vornehmen, also

Oberschicht: Adel, Hofgesellschaft, Offizierkorps; Mittelschicht: Bildungsbürgertum, Büroangestellte;

Unterschicht: Dienstboten, Handlungsgehilfen, Industriearbeiter,

Landarbeiter.

(Der Begriff "Beamter" ist nicht eindeutig zuzuordnen; denn "höhere" Beamte, z. B. Landräte, zählten zur Oberschicht.) Die Felder in der Grafik lassen Ihnen genügend Spielraum. Schließlich sind die Bezeichnungen selbst nicht so eindeutig, wie es den Anschein hat. Daher gibt es auch keine eindeutige vertikale Schichtung, sondern eine von unten nach oben verlaufende Schichtung.

III.

- 1. a) Im Unfehlbarkeitsdogma aus dem Jahre 1870 sieht Bismarck einen Angriff auf die staatliche Souveränität; die Liberalen, auf die er sich in denersten Jahren politisch stützt, bekämpfen den Machtanspruch des Papstes ebenfalls, weil sie befürchten, dass der Einfluss der (kath.) Kirche zunimmt. Auf das Verbot des Jesuitenordens 1871 folgen Kampfgesetze gegen den Einfluss der Kirchen auf das Schulwesen. Die katholische Kirche leistete politischen Widerstand, der im Verbot, von der Kanzel politische Themen zu behandeln, gebrochen werden sollte.
 - b) Bismarck braucht 1878 im Reichstag das Zentrum, die Partei der Katholiken, um seinen wirtschaftspolitischen Kurswechsel durchsetzen zu können und um das Sozialistengesetz durchzubringen.
- 2. a) Lassallianer, also Anhänger des von Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, wollten mit dem Staat und im Reichstag (daher auch die Forderung nach allgemeinem und direktem Wahlrecht) Reformen mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft erreichen. Marx' Revolutionsbegriff lehnten sie ab.
 - b) Bebelianer, also Anhänger der von Liebknecht und Bebel gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, wollten den Klassenkampf im Sinne Marx', lehnten den bestehenden Staat rundweg ab und wollten mit Hilfe einer Revolution die Gesellschaft sozialistisch machen.
- 3. Ferdinand Lassalle gründete 1863 den Allgemeinen Deutsche Arbeiterverein. 1869 wurde in Eisenach von August Bebel und Wilhelm Liebknecht die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands gegründet. 1875 kam es in Gotha zur Vereinigung. Die neue Partei hieß nun Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). Der Reichstag beschloss im Jahre 1878 ein Ausnahmegesetz; offiziell hieß es "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", verkürzt wurde es Sozialistengesetz genannt. Trotz der vielfältigen Unterdrückungsmethoden stieg der Stimmenanteil der SAP bei den Reichstagswahlen bis 1887 auf ca. 10 %. Zwischen 1883 und 1889 beschließt der Reichstag für Arbeiter vier Sozialversicherungsgesetze:

- 1. Krankenversicherung,
- 2. Unfallversicherung,
- 3. Altersversicherung,
- 4. Hinterbliebenenversicherung.

IV.

- 1. Das Deutsche Reich hat keine territorialen Ziele in Europa. Weil Deutschland nach allen Seiten offene Grenzen hat, besteht das Hauptinteresse darin, den europäischen Frieden zu sichern und Koalitionen gegen Deutschland mit diplomatischem Geschick zu verhindern.
- 2. Den russisch-türkischen Krieg konnte Bismarck nicht verhindern. Als die Gefahr bestand, dass sich daraus ein europäischer Konflikt entwickelte, gelang es ihm, während des Berliner Kongresses als "ehrlicher Makler" einen Interessenausgleich der Hauptbeteiligten herbeizuführen. Dennoch darf man nicht übersehen, dass Russland, der Sieger von San Stefano, seine hoch gespannten Erwartungen an Bismarcks Verhandlungsführung enttäuscht sah; es kam zu einer diplomatischen Entfremdung, die erst mit dem Drei-Kaiser-Vertrag 1881 beigelegt werden konnte.

3.	Jahr	Bezeichnung des Abkommens	Beteiligte Staaten
	1873	Drei-Kaiser-Abkommen	
	1879	Zweibund	D, Ö-U
	1881	Drei-Kaiser-Vertrag, auch Drei-Kaiser-Bündnis genannt	R, Ö-U, D
	1882	Dreibund	D, Ö-U, I
	1887	Rückversicherungsvertrag	D, R

(Abk.: D = Deutsches Reich; I = Italien, Ö-U = Österreich-Ungarn; R = Russland)

4. Die Gegenüberstellung soll Sie provozieren. Auf der Karikatur "Der Lotse verlässt das Schiff" sehen Sie Bismarck in der bescheidenen Berufskleidung eines Seemannes, der eine besonders verantwortungsbewusste Tätigkeit wahrgenommen hat: Er hat ein Schiff durch gefährliche Fahrwasser gelotst. Das auch in der Schwarz-weiβ-Reproduktion noch protzig-prunkvolle Gemälde zeigt den jungen Kaiser Wilhelm in der Pose eines absolutistischen Herrschers (vielleicht erinnert Sie das Bild an ein Gemälde, in dem Ludwig XIV. ebenso dargestellt wird, aber ca. 200 Jahre früher!). In dieser von Wilhelm II. gewollten Selbstdarstellung spiegelt sich Überheblichkeit, Großmannssucht, Imponiergehabe.

Die Bildaussagen lassen sich sehr gut auf die Politik übertragen, die von Bismarck und Wilhelm II. betrieben worden ist: Der eine ist bestrebt, das Deutsche Reich vor außenpolitischer Havarie zu bewahren, der andere zeigt sich in imperialer Geste (achten Sie auf die antiken Säulen, die dem Betrachter die Vorstellung eines Imperiums aufdrängen), den Herrschaftsanspruch mehr als andeutend.

- 1. Die Handelsniederlassungen privater Kaufleute bzw. Kolonialgesellschaften wurden erst auf deren Drängen unter staatliche Hoheit gestellt (die Flagge also als Staatssymbol) und so zu Schutzgebieten, deren äußere und innere Sicherheit von den jeweiligen Staaten garantiert wurde. Das Schlagwort beschreibt also den unsystematischen Kolonialerwerb der europäischen Staaten. Ein gutes Beispiel ist der deutsche Kolonialerwerb unter Bismarck.
- 2. Das Wort ist von dem lateinischen Wort "Imperium Romanum" abgeleitet; es spielt also bewusst auf das antike römische Weltreich an.
- 3. Eine verbindliche Lösung kann es bei dieser Aufgabe nicht geben. Die Tabelle auf S. 49 enthält jedoch die Informationen, die Sie für eine Antwort brauchen. Eine denkbare Antwort wäre:
 - 1877 Indien wird als Kaiserreich Großbritannien einverleibt.
 - 1882 Ägypten und der Suezkanal werden jetzt ausschließlich von Großbritannien beherrscht. Damit festigt es seine Seemacht entscheidend.
 - 1901 beendet Großbritannien den Burenkrieg siegreich. Von Kapstadt über Rhodesien bis nach Ägypten beherrscht es damit (von einigen Ausnahmen abgesehen) den ostafrikanischen Kontinent.
- 4. Der russische Panslawismus (wörtlich "All-Slawentum") beansprucht die Herrschaft über alle slawischen Völker. Sein Ziel ist also der kulturelle und politische Zusammenschluss aller Slawen unter russischer Führung.
- 5. Russlands Kolonialerwerbungen erstrecken sich überwiegend auf die jenseits des Urals befindlichen Gebiete; sie sind also nicht "überseeisch". Die kontinentale Anbindung wird durch den Bau der Transsibirischen Eisenbahn vollzogen.
- 6. Die Vereinigten Staaten haben Roosevelts Auffassung nach das Recht, eine "internationale Polizeigewalt" über die lateinamerikanischen Staaten auszu- üben. Seine moralisierende Begründung kann aber den amerikanischen Herrschaftsanspruch über Mittel- und Südamerika nicht verdecken.
- 7. Da die Monroe-Doktrin aus dem Jahre 1823 auch für die Vereinigten Staaten eine Annektion mittel- und südamerikanischer Staaten ausschließt, wird die dennoch politisch gewollte wirtschaftliche Abhängigkeit durch Gewährung von Dollar-Krediten an die zumeist sehr armen und unterentwickelten Staaten erreicht.

VI.

- 1. Die "höheren Rassen" haben Ferrys Ansicht nach ein Recht gegenüber den "niederen Rassen"; denn ihre Aufgabe sei es, die Kolonialvölker zu zivilisieren. Er verneint also die Ziele der Französischen Revolution von 1789 für die unter französischer Herrschaft stehenden Kolonialvölker.
- 2. Italien wird erst 1861 als Königreich Italien gegründet. In den ersten Jahrzehnten nach der Staatsgründung wird zunächst die wirtschaftliche Einheit erreicht; außerdem richten sich die territorialen Ziele auf Norditalien (die österreichischen Provinzen Triest und Trient). Mit dem ersten Anlauf (1881 Tunis) hat Italien wegen des französischen Widerstandes keinen Erfolg.

- 3. Grundsätzlich hat Bismarck staatliche Initiativen beim Erwerb von Kolonien abgelehnt, weil er internationale Komplikationen, vor allem mit England, befürchtet hat. Zögernd erkennt er aber die Notwendigkeit an, überseeische Erwerbungen deutscher Kaufleute unter die Schutzherrschaft des Deutschen Reiches zu stellen. So kommt es erst 1884 zur Gründung der ersten deutschen Kolonie (Deutsch-Südwest-Afrika).
- 4. Der Deutsche Kolonialverein (später Deutsche Kolonialgesellschaft), der Alldeutsche Verband und der Deutsche Flottenverein
- 5. Das Zitat stammt von dem späteren Reichskanzler v. Bülow, der damit zum Ausdruck bringen wollte, dass auch das Deutsche Reich seinen ihm zustehenden Anteil an den Kolonien beanspruche. Er macht also darauf aufmerksam, dass Deutschland als gleichberechtigte Kolonialmacht angesehen werden will.
- 6. Bebel befürchtet, dass Deutschland durch den Erwerb von Kolonien in internationale Konflikte verwickelt werden könne. Das militärische Schutzbedürfnis der Kolonien erzwinge den Ausbau der Kriegsflotte. Er warnt die Reichsregierung davor, immer weiter in den Rüstungskreislauf hineingezogen zu werden, dessen außenpolitische Konsequenzen sie überhaupt nicht abschätzen könne. Dabei denkt er sicher an Großbritannien, das sich durch den Ausbau der Flotte besonders bedroht fühlen müsse.
- 7. Der Begriff fasst eine Deutung des Imperialismus zusammen, die ein Historiker der Gegenwart abgegeben hat. Er will zum Ausdruck bringen, dass vor allem (nicht ausschließlich) das Streben nach Weltmachtgeltung die europäischen Nationen veranlasst habe, mit allen Mitteln Kolonien zu erwerben. Dieser Begriff grenzt sich ab von anderen Deutungsansätzen (z. B. Lenins, der im Imperialismus die höchste Stufe des Kapitalismus gesehen hat).

VII.

- 1. Die deutsche Kriegsflotte sollte nach Tirpitz' Auffassung so stark sein, dass ein Angriff der englischen Kriegsflotte für diese das Risiko der eigenen Vernichtung barg, also unkalkulierbar wurde. Die Flotte sollte aber auch deutsche Weltmachtpolitik gegenüber Großbritannien demonstrieren und ein außenpolitisches Druckmittel sein. Er begründete mit dieser Überlegung die Flottenbauprogramme ab 1898 und löste den verstärkten Ausbau der britischen Kriegsflotte aus.
- 2. a) Wann: um 1900
 - b) Warum: als Antwort auf das erste deutsche Flottenbaugesetz; mehr noch aber auf die von der Reichsleitung propagierte "Politik der freien Hand". Deutschlands Bedingung, dass sich England dem Dreibund anschließen solle, war für die britische Politik unannehmbar. Da Deutschland britische Vorschläge seinerseits ablehnte, orientierte sich Großbritannien um. Das Ergebnis war die "Entente cordiale" mit Frankreich 1904. Die Triple-Entente mit Russland 1908 besiegelt die neue britische Politik.
- 3. a) Die deutsche "Politik der freien Hand" hatte das Deutsche Reich außenpolitisch isoliert. Der Zweibund stellte daher die einzige verlässliche Bindung dar (der Dreibund war schon nach Bismarcks Einschätzung wegen der italienisch-österreichischen Gegensätze nicht stabil).

b) Diesem Vorteil stand als entscheidender Nachteil gegenüber, dass die Doppelmonarchie innenpolitisch durch den Nationalitätenkonflikt (Tschechen forderten neben den Ungarn und Deutschen politische Gleichstellung) geschwächt war und dass sie auf dem Balkan mit Russland, in Norditalien mit Italien sich verschärfende Probleme hatte. Deutschland musste also bei Bündnistreue damit rechnen, in die österreichischen Probleme verwickelt zu werden.

4. Beispiel:

F "Erbfeindschaft" wegen des Verlustes von Elsass Lothringen 1870/71	← D
GB Flottenausbau	⊸ D
R Panslawismus mit antideutschen Zügen	→ D
I — Italia irredenta, Südtirol, Triest	⊸ Ö-U
R Panslawismus, Österreichs Balkanpolitik	⋖ ── Ö-U

VIII.

- 1. Mit dem Two Power Standard beanspruchte Englands Flotte, stets doppelt so stark zu sein wie die nächstmächtige Flotte. Dies Prinzip führte also fast automatisch zu einer Rüstungsspirale, wenn die zweitmächtigste Seemacht ihrerseits ein offensives Flottenbauprogramm betrieb. Ab 1900, besonders ab 1906, trieb Admiral v. Tirpitz Deutschlands Flottenbauprogramm voran und erreichte mit dem Bau von Panzerschiffen (sog. Dreadnoughts) fast den Gleichstand mit England.
- 2. Der englische Kriegsminister wollte in Berlin erreichen, dass Deutschland auf den geplanten Bau zusätzlicher Panzerschiffe der "Dreadnought-Klasse" verzichtet. Dafür war England zu einem Abkommen mit Deutschland bereit, das auf die deutschen Sicherheitsinteressen Rücksicht nahm. Der Kaiser und die Admiralität glaubten aber, auf den Bau dieser Schiffe nicht verzichten zu können und schraubten daher die Bedingungen für ein britisch-deutsches Bündnis so hoch, dass sie für England unannehmbar waren. Außerdem drohte Frankreich England mit einem Ende der Entente cordiale.
- 3. Die deutsche Marokko-Politik war Mittel zum Zweck. Man wollte erreichen, dass sich Frankreich von England ab- und Deutschland zuwendet. Dabei spekulierte die deutsche Politik auf ein neues "Kontinentalbündnis" zwischen Russland, Frankreich und Deutschland. Aber die deutsche Politik verkalkulierte sich. England stand fest hinter Frankreich, so dass in beiden Krisen 1905/6 und 1911 die französische Position unangefochten blieb und es statt dessen zu einer diplomatischen Isolierung Deutschlands kam.
- 4. Die Annexion der beiden türkischen Provinzen durch Österreich nach der Revolution der Jungtürken 1908 machte Serbiens Plan zunichte, selbst unter Einbeziehung dieser Provinzen einen südslawischen Großstaat zu gründen. Da Serbien mit Russland verbündet war, wurde also auch Russland in den österreichisch-serbischen Konflikt hineingezogen. Russland konnte aber 1908 seinen Bündnispartner nicht militärisch unterstützen, weil es sich von dem

russisch-japanischen Krieg noch nicht erholt hatte. Aber es begann mit einem verstärkten Heeresausbau. Die Annexion der beiden Balkan-Provinzen blieb daher eine Provokation für die panslawistische Politik Russlands und Serbiens. Österreichs Balkan-Politik verschärfte den Gegensatz zwischen Zweibund und Triple-Entente.

5. Kaiser Wilhelms Versprechen, dem österreichischen Zweibund-Partner in "Nibelungentreue" beizustehen, band die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik an Österreichs Balkan-Politik. Der russisch-österreichische Gegensatz wurde damit direkt zu einem russisch-deutschen Gegensatz. Die Verabredungen zwischen den beiden Generalstäben verstärkten die Verbindung noch.

6.	Jahreszahl	Stichwortartige Behandlung des Ereignisses
	1894	Bildung der russisch-französischen Entente
	1904	Bildung der englisch-französischen Entente cordiale
	1908	Entstehung der Triple-Entente zwischen Russland, Frankreich und Groß- britannien
	1904/05	Russisch-Japanischer Krieg
	1907	Zweite Haager Friedenskongress, der die Haager Landkriegsordnung beschließt.
	1908	Österreich annektiert die beiden türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina und löst damit die Balkan-Krise aus.
	<u>1911</u>	Die Zweite Marokkokrise ("Panthersprung nach Agadir") endet mit der diplomatischen Isolierung Deutschlands. Die französisch-englische Entente cordiale bleibt stabil.
	<u>1912</u>	Die "Haldane-Mission" scheitert. Das britisch-deutsche Wettrüsten geht weiter.
	1912/13	Der Erste Balkan-Krieg endet mit der völligen Niederlage der Türkei.
	1913	Der Zweite Balkan-Krieg führt zu einer Umverteilung der Kriegsbeute zu Lasten von Bulgarien.

IX.

- 1. Franz Ferdinands Absicht, aus der Doppelmonarchie eine Dreifachmonarchie zu machen, hätte den tschechischen Nationalismus zum Teil befriedigen können. Mittel- oder langfristig wäre diese Politik also für den südslawischen Nationalismus auch eine Gefährdung gewesen, weil für die österreichischen Balkanprovinzen Bosnien und Herzegowina dann auch eine rechtliche Gleichstellung (wie es die Ungarn hatten und die Tschechen in Aussicht hatten) möglich schien. Ein "Großserbien" wäre dann sicher weniger attraktiv gewesen.
- 2 a) Der österreichische Generalstab konnte sicher sein, dass er sich auf jeden Fall auf die militärische Beistandspflicht des Zweibundes verlassen konnte. Es gab für die "Kriegspartei" in Österreich also keinen Anlass, den Konflikt mit Serbien diplomatisch zu bereinigen. Da Serbiens Balkanpolitik aber seit langem Österreichs Balkaninteressen bedrohte, gab der Blanko-Scheck Rückendeckung für eine militärische "Bereinigung" des Balkankonfliktes.

- b) Die deutsche Außenpolitik begab sich durch den Blankoscheck jeder mäßigenden Einflussnahme auf Österreich; deswegen hat die Bereitschaft Kaiser Wilhelms II., Österreich bedingungslos beizustehen, die Julikrise verschärft.
- 3. Sie werden auf diese Frage zu sehr unterschiedlichen Antworten kommen. Ich denke, zwei bis drei der hier vorgeschlagenen Antworten sollten Sie selbst gefunden haben:
 - a) Das Jahrzehnt vor 1914 hatte zu einer Blockbildung in Europa geführt. Der Dreibund (Mittelmächte) stand der Triple-Entente gegenüber. Dadurch war eine Politik des Konfliktausgleichs schwerer (wenn auch nicht unmöglich) geworden.
 - b) Die Konflikte zwischen den europäischen Großmächten hatten sich verschärft. Die britisch-deutsche Flottenrivalität war nicht beseitigt worden; Frankreichs Revanchepolitik gegenüber Deutschland hatte sich verschärft; Russlands panslawistische Politik hatte während der Balkankriege nicht den erwünschten Erfolg gehabt und brauchte dringend Erfolge; die führenden Politiker in Österreich-Ungarn waren nicht bereit, eine moderne Nationalitätenpolitik zu betreiben und gaben damit dem Panslawismus neuen Auftrieb.
 - c) Weil man die Konflikte überall so verschärft empfand, wollte man die eingegangenen Bündnisverpflichtungen unbedingt einhalten. Schließlich bestand bei einem europäischen Krieg nur mit Verbündeten die Chance, diesen siegreich zu beenden. Die Hochrüstung zu Wasser und zu Lande hatte die Ausmaße eines künftigen Krieges jedem verdeutlicht.
 - d) Die Aufmarschpläne, besonders der Schlieffenplan, führten nach dem österreichischen Ultimatum an Serbien zu einer Kettenreaktion, ohne dass die verantwortlichen Politiker dies verhindern konnten.
- 4. Nach der gescheiterten deutschen Offensive im August 1914 erstarrt der Bewegungskrieg an der Westfront zum Stellungskrieg. An der Ostfront gelingt Hindenburg bei Tannenberg (in Ostpreuβen) ein Sieg über das russische Heer. 1916 sucht die OHL an der Westfront die Entscheidung. In der Schlacht von Verdun soll die französische Armee "ausbluten". An der Somme findet die zweite große Materialschlacht statt. Zusammen verlieren fast zwei Millionen Menschen ihr Leben. Die einzige große Seeschlacht findet 1916 vor dem Skagerrak statt. Der unbeschränkte U-Boot-Krieg führt 1917 zum Kriegseintritt der USA.

X.

- 1. Diese Behauptung lässt sich nur aufrechterhalten, wenn man sich auf sehr allgemeine Aussagen stützt; denkbar wäre:
 - a) Jeder Staat wollte seine Kriegsziele zu Lasten des Gegners verwirklichen. Dies galt vor allem in Hinblick auf territoriale Veränderungen.
 - b) Jeder Staat fühlte sich verpflichtet, seinen Bündnispartnern zu Hilfe zu kommen.
 - c) Jeder Staat hatte subjektiv das Gefühl, im Recht zu sein, die Kriegsziele zu Lasten der Gegner durchzusetzen.

- 2. a) Schon die Zahl der Soldaten an allen Fronten übersteigt alles, was vorher denkbar schien.
 - b) Die Ausdehnung des Kriegsgeschehens auf die Zivilbevölkerung war eine neue Methode der Kriegsführung. Die britische Seeblockade zielte bewusst auch auf die Versorgung der Zivilbevölkerung; der unbeschränkte U-Boot-Krieg Deutschlands nahm bewusst den Tod von Zivilisten in Kauf.
 - c) Mit Kriegspropaganda (Durchhalteparolen) versuchten die Regierungen, ihre Bevölkerung zu mobilisieren.
- 3. Die Friedensresolution des Reichstages vom Juli 1917 fordert eindeutig die Beendigung des Weltkrieges durch einen Friedensabschluss, bei dem kein Staat zu Gebietsabtretungen gezwungen werden darf. Der zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrussland im März 1918 geschlossene Friedensvertrag widerspricht diesen Zielen in allen Punkten.
 - Daraus folgert, dass im Frühling 1918 in Deutschland immer noch die OHL und ihre politischen Helfer (z. B. in der Vaterlandspartei) das Sagen hatten.
- 4 Die gescheiterten Frühlings- und Sommeroffensiven 1918 hatten Ludendorff gezeigt, dass ein "Siegfrieden" unmöglich war. Damit drohte eine militärische Niederlage, die die OHL zu verantworten gehabt hätte. Daher wollte er die politische Verantwortung des verlorenen Krieges auf diejenigen Kräfte abwälzen, die er (sicherlich zu Unrecht) dafür verantwortlich machte: die "Mehrheitsparteien" des Reichstages. In der innenpolitischen Auseinandersetzung der Weimarer Republik gelang es dann Hindenburg/Ludendorff tatsächlich, mit der "Dolchstoßlegende" von ihrer eigenen Verantwortung abzulenken.
- 5. Mit der Oktoberverfassung 1918 wird das Deutsche Reich eine Parlamentarische Monarchie. Die Revolution im November 1918 wird durch die Meuterei von Marinesoldaten in Wilhelmshaven und Kiel ausgelöst. Überall in Deutschland übernehmen ab dem 7. November 1918 Arbeiter- und Soldatenräte die Herrschaft. Am 9. November 1918 dankt Kaiser Wilhelm II. ab; am selben Tage proklamiert Philipp Scheidemann die Demokratische Republik (im Gegensatz zur Sozialistischen Republik Liebknechts). Die aus MSPD und USPD gebildete provisorische Regierung heißt Rat der Volksbeauftragten. Im Januar 1919 scheitert der Spartakusaufstand. Ihre Anführer, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, werden ermordet. Am 19. Januar 1919 finden die Wahlen zur Nationalversammlung statt.

- 9.3 Der Balkan ein Pulverfass MATERIAL zum historischen Verständnis des Krieges im ehemaligen Jugoslawien
- 9.3.1 Informationen über die Balkanstaaten und wichtige Balkan-Regionen vor und nach dem Ersten Weltkrieg

Albanien: Seit dem 15. Jahrhundert ist das ca. 30 000 km² große Gebiet eine Provinz des Osmanischen Reiches. Im Gefolge des türkisch-russischen Krieges 1877 (vgl. Abschnitt 4.4.3) entwickelt sich eine albanische Nationalbewegung. Nationalistische Aufstände kann die Türkei nach der Annexionskrise von 1908 ebensowenig verhindern wie nach dem Ersten Balkankrieg. Am 28.11.1912 ruft ISMAIL KEMAL BAY ein unabhängiges Albanien aus; 1913 beschließen die europäischen Großmächte die Gründung eines unabhängigen Staates Albanien (an dessen Spitze bis zum September 1914 ein deutscher Prinz [Wilhelm von Wied] steht). Auf der Konferenz von London 1913 wird Serbien der nordöstliche Teil Albaniens (gegenwärtig die "autonome Provinz" Kosovo im serbischen Restjugoslawien zugesprochen [vgl. Stichwort Jugoslawien]).

1921 wird nach der Vertreibung der Italiener, die Albanien im Ersten Weltkrieg besetzt haben, die Unabhängigkeit Albaniens international anerkannt. Am 7.4.1939, also noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, besetzt Italien Albanien erneut.

Bosnien: Vom Ende des 15. Jahrhunderts bis 1908 ist Bosnien die nordwestlichste Provinz des Osmanischen Reiches, ca. 53 000 km² groß, die Provinzen Herzegowina und Kraina mit einschließend.

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts kommt es immer wieder zu blutig niedergeworfenen Aufständen der christlich-orthodoxen Bevölkerung, die sich Unterstützung von Russland erhofft. Als Folge des russisch-türkischen Krieges von 1877 wird Österreich-Ungarn auf dem Berliner Kongress 1878 das Recht zugesprochen, die bisherigen türkischen Provinzen Bosnien-Herzegowina zu besetzen und in Verwaltung zu nehmen. Der Einfluss Serbiens auf Bosnien wird in der Folge zurückgedrängt; Habsburg strebt danach, die "Okkupation" in eine "Annexion" zu verwandeln. Mit dem Versprechen Österreichs an Russland, sich für eine Öffnung der Dardanellen für russische Kriegsschiffe einzusetzen [was am britischen Widerstand scheitern wird], erklärt Österreich-Ungarn 1908 die Annexion Bosniens und der Herzegowina. Der Widerstand der bosnischen Bevölkerung gegen die österreichische Einverleibungspolitik lässt sich u.a. an der Beteiligung des "Jungen Bosniens" am Attentat von Sarajewo erkennen.

Mit der Proklamation des "Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen" am 1.12.1918 geht Bosnien in diesen neuen Staat ein.

Nach dem Zweiten Weltkrieg werden Bosnien und Herzegowina Gliedstaat in der "Föderativen Volksrepublik Jugoslawien".

Gegenwart:

Unabhängigkeitserklärung der "Republik Bosnien-Herzegowina" am 15.10.1991, UNO-Mitgliedschaft seit 22.5.1992

Bulgarien: Seit Ende des 14. Jahrhunderts ist Bulgarien türkische Provinz, ca. 70 000 km² groß, bewohnt von einer überwiegend griechisch-orthodoxen Bevölkerung. Im 19. Jahrhundert unterstützt Russland (auch im Gefolge des Panslawismus) Aufstandsbewegungen, die 1876 von der Türkei blutig unterdrückt werden. Als Folge des Russisch-Türkischen Krieges wird Bulgarien nach dem Beschluss des Berliner Kongresses "autonomes Fürstentum", das dem Sultan tributpflichtig ist. Den Zusammenbruch des Osmanischen Reiches 1908 nutzt Ferdinand I. [von Sachsen-Coburg-Gotha] und erklärt sich als Zar des unabhängigen Königreichs Bulgarien (vgl. auch das Stichwort Makedonien).

Wegen seiner Niederlage im Zweiten Balkankrieg (1913) muss Bulgarien den größten Teil Makedoniens an Serbien und Griechenland abtreten.

1915 erklärt Bulgarien Serbien den Krieg; die Friedensbestimmungen vom Neuilly (27.11.1919) zwingen Bulgarien u.a. zu Gebietsabtretungen (Provinz Makedonien) an Serbien.

Dalmatien: Österreich wird auf dem Wiener Kongress 1814 das vom 15.-18. Jahrhundert Venedig gehörende Küstengebiet zugesprochen; als Königreich [in Personalunion mit Österreich] bleibt es bis 1918 habsburgisches Kronland. Die überwiegend kroatische Bevölkerung des ca. 13 000 km² großen Dalmatien steht bis zum Zusammenbruch der Donaumonarchie in kritischer Distanz gegenüber. Der Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye vom 10. September 1919 schlägt Dalmatien (zusammen mit Triest) Italien zu. Am 12.11.1920 tritt Italien Dalmatien vertraglich in Rapallo an Jugoslawien ab. Gegenwärtig gehört Dalmatien zu Kroatien.

Griechenland: Seit Mitte des 15. Jahrhunderts ist das griechische Festland Teil des Osmanischen Reiches, die griechischen Inseln nach wechselvollen Kämpfen mit Venedig erst seit dem 18. Jahrhundert. Seit 1814 bilden sich Geheimbünde, die gegen die türkische Herrschaft kämpfen. Während des Unabhängigkeitskrieges (1821-1829), der von Freiwilligen aus ganz Europa unterstützt wird, wird am 1.1.1822 die Unabhängigkeit von der Türkei erklärt. Am Kriege beteiligen sich auf Seiten der aufständischen Griechen Österreich, Russland, Frankreich und Großbritannien. 1829 erkennt die Türkei die griechische Unabhängigkeit an, 1830 folgen die europäischen Großmächte [im Londoner Protokoll]. 1832 wird der Wittelsbacher Otto "König der Hellenen". 1863 tritt Großbritannien die ionischen Inseln an Griechenland ab. 1881 muss die Türkei als Folge des Berliner Kongresses Thessalien und einen Teil von Epeiros abtreten; der erfolglose Krieg Griechenlands gegen die Türkei (1896-97) bewirkt dennoch die Autonomie Kretas, allerdings unter türkischer Oberherrschaft. Mit dem Untergang des Osmanischen Reiches 1908 wird Kreta endgültig mit Griechenland vereinigt. In den Balkankriegen 1912/13 erhält Griechenland u.a. einen Teil Makedoniens.

Die Anerkennung der aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen "Republik Makedonien" durch die EG hat Griechenland zu verhindern gesucht.

Herzegowina: Für die allgemeine Geschichte vergleiche man die Ausführungen zu "Bosnien".

Als Ergänzung folgt hier ein Zitat aus Meyers Konversations-Lexikon, Achter Band, Leipzig 1876, S. 842: "Im Juli 1875 brach ... ein Aufstand der christlichen Bevölkerung, welche mit der stammverwandten mohammedanischen übrigens stets in bitterer Feindschaft lebt, aus ..."

Jugoslawien: Formal beginnt die Geschichte "Jugoslawiens" erst am 3.10.1929 nach einem Staatsstreich König Alexanders, der damit die - serbisch dominierte - staatliche Einheit wahrt. Dies geschieht freilich zu Lasten der Kroaten, die nach Ermordung ihres Parteiführers Radic durch einen serbisch-montenegrinischen Abgeordneten offen eine separatistische Politik betreiben. Für die Ermordung König Alexanders im Oktober 1934 sind zwei Terrororganisationen verantwortlich: die makedonische IMRO und die kroatische Ustasa. Die Spannungen zwischen der kroatischen Opposition scheinen im August 1939 durch eine Regierungsumbildung (fünf kroatische Minister) und die Zusage einer föderalen Verfassungsreform mit kroatischer Autonomie dem Ende zuzugehen. Zwischen 1935 und 1940/41 nähert sich die jugoslawische Außenpolitik dem Deutschen Reich an. Der Militärputsch im März 1941 bietet dem Deutschen Reich den außenpolitischen Vorwand für den Angriff auf Jugoslawien. Nach dem Balkanfeldzug im April 41 proklamieren Deutschland und Italien am 8.7.1941 das Ende des jugoslawischen Staates.

In Serbien wird eine deutsche Militärverwaltung eingerichtet. Deutsche Versuche, eine von der Bevölkerung akzeptierte serbische Regierung zu etablieren, führen zu keinem Erfolg. Mihajlovic (1946 wegen Kollaboration erschossen) organisiert mit seinen Cetniki Widerstand gegen die deutsche Besetzung. Ihr mörderischer Kampf richtet sich auch gegen Kroaten, die sowohl Verbündete Hitlers als auch Feinde eines Großserbiens sind. Die anfängliche Zusammenarbeit mit den von Tito (1892-1980) geführten Partisanen zerbricht schon 1942; 1943 beenden die westlichen Allierten die Hilfeleistungen für die Cetniks; die Exilregierung unter König Peter II. überträgt im September 1944 dem mit der Sowjetunion zusammenarbeitenden Tito die Führung des Widerstandes. Die verlustreichen und brutal geführten Rückzugskämpfe der deutschen Truppen aus den

von Tito-Partisanen beherrschten Gebieten ab November 1944 enden im April 1945. Die kroatischen Truppen ergeben sich am am 15.5.45 den Briten und werden Titos Truppen ausgeliefert.

Der von den Kommunisten beherrschte "Antifaschistische Rat" gewinnt im November 1945 die Wahlen (Einheitsliste der "Volksfront"). Die Verfassung von 1946 begründet die "Föderative Volksrepublik Jugoslawien" mit einer starken Zentralregierung. Zur Entschärfung der weiterhin bestehenden Nationalitätenfrage werden sechs Teilrepubliken gegründet: Serbien (mit den autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo), Kroatien, Slowenien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro sowie Mazedonien. Die Verfassungsreformen von 1963 und 1974 stärken die Macht der kommunistischen

Partei (BKJ). Nach dem Tode Titos zeigt sich aber, dass die Nationalitätenkonflikte keineswegs beendet sind: Erstmals im März 1981 brechen im Kosovo Unruhen aus; die albanische Bevölkerung fordert ihre Unabhängigkeit.

Gegenwart:

Am 27.4.1992 tritt die "Bundesrepublik Jugoslawien" die Nachfolge der "Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien" an (international nicht anerkannt)

Kroatien: Als österreichisches Kronland ist Kroatien bis 1918 Königreich der Habsburger Doppelmonarchie, genauer gesagt, Teil des Königreichs Ungarn. Sowohl Ungarn (bis zum österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867) als auch Österreich versuchen durch Einführung der Amtssprachen Ungarisch und Deutsch, den kroatischen Nationalismus zu bremsen. Dieser hat zwei unterschiedliche Zielrichtungen: Der eine zielt auf die Einheit der Südslawen (auch "Jugoslawismus" genannt), der andere ist extrem national und fordert einen souveränen Staat Kroatien.

Im Ersten Weltkrieg (1915) schließen kroatische und slowenische Exilpolitiker sich im "Südslawischen Ausschuß" [Jugoslwawenski Odbor] zusammen, der eine Föderation [=Staatenbund] von Kroatien und Slowenien sowie einen Zusammenschluss mit Serbien fordert. In der "Deklaration von Korfu" im Juli 1917 ist auch Serbien zur Gründung des "Königreiches des Serben, Kroaten und Slowenen" bereit. Wilsons "14 Punkte" (vgl. Abschnitt 7.8) werden zur politischen Begründung des am 1.12.1918 ausgerufenen Königreiches. Am 4.6.1920 muss Ungarn im Frieden von Trianon Kroatien (und Slowenien) abtreten. Am 28.6.1921 tritt die zentralistische, die serbische Vorherrschaft verankernde Verfassung in Kraft und beendet vorerst die kroatischen Vorstellungen von einem föderalistischen Staat (vgl. auch die Stichworte Jugoslawien und Serbien).

Außerparlamentarisch und (ab 1923) auch parlamentarisch bekämpft die Kroatische Bauernpartei unter ihrem Führer Radic (1928 von einem Serben ermordet) das zentralistische "Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen". Der Staatsstreich von 1929 (vgl. Stichwort Jugoslawien) führt zum Aufbau der Widerstandsorganisation "Ustasa" (kroatisch: Aufstand) durch den mit dem italienischen Faschismus sympathisierenden Rechtsanwalt Ante Pavelic. Aufstände 1932/33 werden von der jugoslawischen Regierung blutig unterdrückt. Der Mord an König Alexander 1934 wird u.a. von der Ustasa organisiert. In Kroatien findet die Opposition gegen Jugoslawien als Einheitsstaat immer mehr Anhänger, deutlich z.B. bei den Parlamentswahlen 1938. Der Eintritt von fünf Kroaten in die jugoslawische Regierung (August 1939) deutet auf eine Lösung der kroatischen Frage hin, ebenso das Versprechen der jugoslawischen Regierung, Kroatien Autonomie zu gewähren.

Am 6.4.1941 beginnt der Balkanfeldzug durch die deutsch-italienisch-ungarischen Angreifer. Noch vor der Kapitulation der jugoslawischen Armee erklärt der von Hitler gestützte Ustasa-Führer Pavelic Kroatien zum unabhängigen Staat. Die kroatische Bevölkerung sieht im neuen Staat anfangs die Erfüllung ihrer nationalen Wünsche. Die seit 1919 aufgestauten Aggressionen gegen Serben entladen sich in schrecklichen Massakern der Ustasa an in Kroatien lebenden Serben (man schätzt die Opfer, je nach Standpunkt, auf 70.000 bis 700.000 Opfer).

Da deutsche (und italienische) Truppen weiterhin im Lande bleiben und Kroatien große Teile seines Territoriums an das "Großdeutsche Reich", an Ungarn und an Italien abtreten muss, schlägt die Stimmung gegen Pavelic um, der seine diktatorische Herrschaft aber bis zum Frühjahr 1945 behaupten kann.

Die vor den sowjetischen Truppen geflohenen antikommunistischen kroatischen (und slowenischen) Truppen werden von den Alliierten an die Tito-Partisanen ausgeliefert und ermordet (mindestens 80.000 Soldaten, weitere 30.000 Zivilisten); Hunderttausende kroatische (und slowenische) Kollaborateure [aus der Sicht der Partisanen], die ebenfalls geflohen waren, werden zurückgetrieben (Todesmarsch).

Gegenwart:

Unabhängigkeitserklärung der "Republik Kroatien" am 25.6.1991; UNO-Mitgliedschaft seit 22.5.1992

Makedonien: Seit Ende des 14. Jahrhunderts gehört Makedonien zum Osmanischen Reich. Für die Unabhängigkeit von der türkischen Herrschaft kämpft seit 1893 die in Saloniki gegründete bulgarische Untergrundbewegung IMRO; Intellektuelle wecken ein makedonisches Nationalgefühl, stoßen damit aber auf den Widerstand griechischer und serbischer Gruppen. Eine von Bulgarien unterstützte Erhebung gegen die Türkei führt 1903 zu keinem direkten Erfolg. Es folgt eine jahrelange Anarchie. Die so offenkundige Ohnmacht der türkischen Zentralgewalt, diesen Aufstand niederzuringen, löst die von Saloniki ausgehende "Jungtürkische Revolution" von 1908 aus.

Im Ersten Balkankrieg muss die Türkei ihre europäischen Gebiete, also auch Makedonien, an die Sieger (Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland) abtreten. Im Zweiten Balkankrieg (gegen Griechenland und Serbien) will sich Bulgarien vor allem seine Kriegsbeute Makedonien sichern. Die völlige Niederlage Bulgariens wird im Frieden von Bukarest (10.8.1913) besiegelt: Mazedonien kommt größtenteils an Serbien, ein (kleinerer) Teil mit Saloniki an Griechenland; Bulgarien geht nahezu leer aus.

Nach 1918 setzt die IMRO ihren blutigen Terror gegen die serbische Herrschaft fort; ab 1934 (vgl. Stichwort Jugoslawien) bemühen sich Bulgarien und Jugoslawien um eine Versöhnung.

Als Bündnispartner Hitler-Deutschlands besetzt Bulgarien 1941 das jugoslawische Makedonien, außerdem den griechischen Teil, muss aber nach dem Einmarsch der Sowjetunion 1944 alle Gebiete wieder zurückgeben.

Gegenwart:

Unabhängigkeitserklärung der "Republik Makedonien" am 15.9.1991; von der EG wegen des Widerstandes Griechenlands noch nicht anerkannt.

Montenegro: Bis 1528 kann sich Montenegro gegen die Eroberung durch die Türkei wehren; aber auch danach bleibt die Oberherrschaft des Sultans eher formal. 1878 erringt Montenegro auf dem Berliner Kongress seine Unabhängigkeit, 1910 wird das ca. 14.000 km² große Land Königreich. Während des Ersten Balkankrieges kämpft Montenegro auf der Seite Serbiens; desgleichen im Ersten Weltkrieg. Im November 1918 vereinigt sich Montenegro mit Serbien. Seit 1946 ist Montenegro Teilrepublik der Volksrepublik Jugoslawien.

Gegenwart:

Die "Republik Montenegro" hat zusammen mit der "Republik Serbien" am 27.4.1992 als "Bundesrepublik Jugoslawien" die Nachfolge der "Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien" angetreten, ohne dass dieser Schritt bisher international anerkannt worden ist.

Serbien: Das erste bedeutende serbische Königreich wird 1389 in der Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo) von den Türken besiegt, das Land wird tributpflichtig. Die römischkatholische Kirche und das bewusste Anknüpfen an byzantinische Regierungsweise bewahren aber auch danach eine eigene serbische Identität.

Aufstände und Unruhen münden 1817 in eine türkisch-serbische Doppelverwaltung ein; 1830 garantiert die Hohe Pforte die serbische Autonomie, und noch vor dem russischtürkischen Krieg (1877) räumt die Türkei die letzten Festungen. Der Berliner Kongress bestätigt die Unabhängigkeit Serbiens; 1882 wird das Königreich Serbien proklamiert.

Ziel der serbischen Außenpolitik ist die Errichtung "Großserbiens", also eine Balkanföderation aller (unter türkischer und österreichischer Herrschaft lebenden) südslawischen Völker unter Führung Serbiens, wobei alle serbisch besiedelten Gebiete Serbien anzugliedern sind.

Wirtschaftlich ist Serbien aber von Österreich-Ungarn, dem bedeutendsten Importeur serbischer Agrarprodukte, abhängig, und dies erzwingt eine enge Kooperation mit Wien.

1903 schwenkt die serbische Außenpolitik nach einem Putsch um, begünstigt nunmehr die wachsende südslawische Bewegung und geht auf Konfrontationskurs zu Habsburg. Der von Österreich eröffnete Handelskrieg (Importsperre) kann mit Hilfe Frankreichs unterlaufen werden.

Die Annexionskrise und die anschließende Annexion Bosniens und der Herzegowina verschlechtert die Beziehungen zur Donaumonarchie weiter. Der 1911 gegründete Geheimbund "Schwarze Hand" will "die Vereinigung des Serbentums" durch Terroranschläge beschleunigen. Die Ermordung Franz Ferdinands durch den serbischen Nationalisten Gavrilo Princip löst bekanntlich den Ersten Weltkrieg aus.

Am Anfang des Krieges hofft die serbische Regierung auf territoriale Gewinne und die Verwirklichung "Großserbiens"; lehnt daher zunächst die Idee eines föderativen südslawischen Staates ab. Nach der Eroberung Serbiens durch Truppen der Mittelmächte (Ende 1915) und nachdem Russland, Serbiens wichtigster Verbündeter, 1917 aus dem Krieg ausscheidet, kommt es zu Verhandlungen mit dem "Südslawischen Ausschuß". Im Juli 1917 sieht die "Deklaration von Korfu" die Gründung eines "Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen" vor (vgl. Stichwort Kroatien). Am 1.12.1918 wird das "Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" proklamiert. Die Verfassung von 1921 schafft einen zentralistischen Einheitsstaat unter serbischer Vorherrschaft, zu dem die Kroaten in Opposition stehen. 1928 verschärft die Eröffnung eines separatistischen Landtages der Kroaten die Krise. Mit einem Staatsstreich rettet König Alexander die Staatseinheit. Ab 3.10.1929 heißt das Königreich "Jugoslawien" und wird in neun Verwaltungsbezirke eingeteilt, um die historischen Grenzen innerhalb des Staates zu verwischen und nationale Gegensätze abzubauen. Vgl. für den weiteren Verlauf das Stichwort Jugoslawien.

Gegenwart:

Seit 9.12.1990 "Republik Serbien"; Hegemonialstaat in der am 27.4.1992 gegründeten "Bundesrepublik Jugoslawien" (zusammen mit der "Republik Montenegro)

Slowenien: Eine österreichische Volkszählung aus dem Jahre 1910 zeigt, dass für insgesamt 2,6 Millionen Slowenen das Herzogtum Krain (mit der Hauptstadt Laibach [jetzt Ljubljana]) mit 94% das geschlossenste Siedlungsgebiet ist und in den Herzogtümern Steiermark und Kärnten mit 29% bzw. 21% beträchtliche slowenische Minderheiten wohnen. Das Küstenland (besonders Görz) weist mit 32% ebenfalls einen hohen Anteil von Slowenen auf.

Der Kampf der Slowenen um Anerkennung in der Doppelmonarchie hat im 19. Jahrhundert zwar Ähnlichkeit mit dem der Kroaten in der ungarischen Reichshälfte, ist aber nicht so vehement. Während des Ersten Weltkrieges laufen die politischen Ziele der Kroaten und Slowenen parallel in Richtung auf eine staatliche Konföderation. Die Erklärung von Korfu 1917 vereint die slowenische Nationalbewegung vorerst mit der kroatischen und der serbischen.

Am 29.10.1918 erklären in Zagreb (= Agram) Vertreter der Serben, Kroaten und Slowenen das staatsrechtliche Verhältnis der von ihnen besiedelten Gebiete der Monarchie für gelöst. Nach Einbruch serbischer Truppen im Januar und April 1919 in die Steiermark und Kärnten kommt es zu erbitterten Kämpfen mit österreichischen Heimwehren. Am 10.9.1919 wird der Frieden von Saint-Germain unterzeichnet: Er bringt die Anerkennung des "Königsreiches der Kroaten, Slowenen und Serben", gleichzeitig die Anerkennung der Gebietsabtretungen nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns.

Versuche Jugoslawiens, nach dem Zweiten Weltkrieg weitere Grenzkorrekturen zu Lasten Österreichs zu erreichen, scheitern, während kleinere Gebiete im ehemaligen "Küstenland" von Italien an Jugoslawien abgetreten werden müssen.

Gegenwart:

Unabhängigkeitserklärung der "Republik Slowenien" am 25.6.1991, UNO-Mitgliedschaft seit dem 22.5.1992

9.3.2 Weiterführende Literatur

Fritzler, Marc: Stichwort: Das ehemalige Jugoslawien.

München (Heyne) 1993

Furkes, Josip und Schlarp,

Karl-Heinz (Hrsg.):

Jugoslawien. Ein Staat zerfällt.

Reinbek (rororo) 1992

Levy, Marius: Jugoslawien im Umbruch

In: "Wochenschau",

43. Jahrgang, Heft 2, S. 66f.,

Frankfurt/Main 1992

Stiglmayer, Alexandra: Das Ende Jugoslawiens

> In: Informationen zur politischen Bildung, Heft 233, 4/1991 (kostenlos schriftlich anzufordern bei Franzis-Druck GmbH, Postfach 150740, 80045 München)

Sundhaussen, Helm: Geschichte Jugoslawiens.

Stuttgart (Kohlhammer) 1982

9.3.3 Kartenmaterial

1. Europa zwischen den beiden Weltkriegen 25

2. Karte Jugoslawiens mit der politischen Einteilung bis 1990 26

3. Die Völker Jugoslawiens 27

4. Der Konflikt in Bosnien-Herzegowina: Volkszählung März 1991²⁸

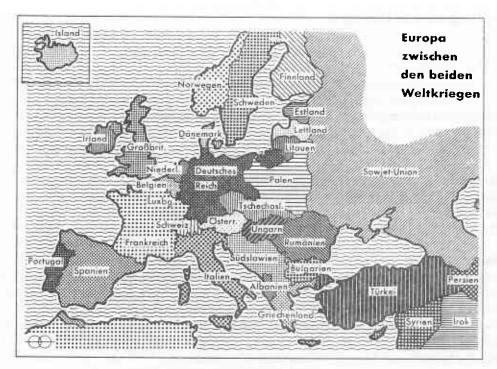


Bild 25: EUROPA zwischen den beiden Weltkriegen



Bild 26: JUGOSLAWIEN in der politischen Einteilung von 1990

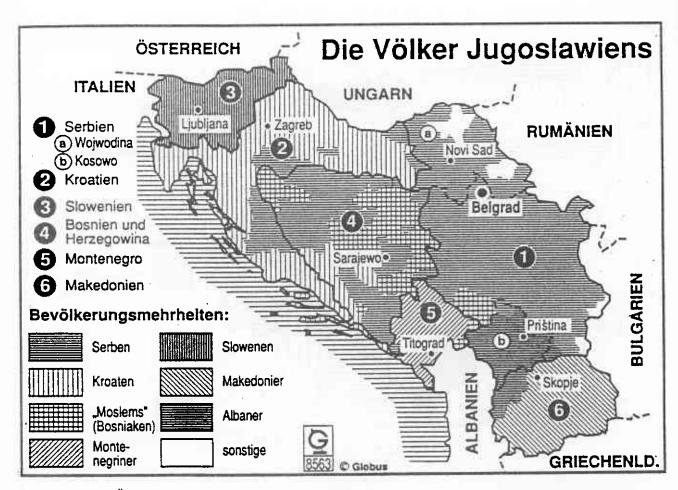


Bild 27: Die VÖLKER Jugoslawien

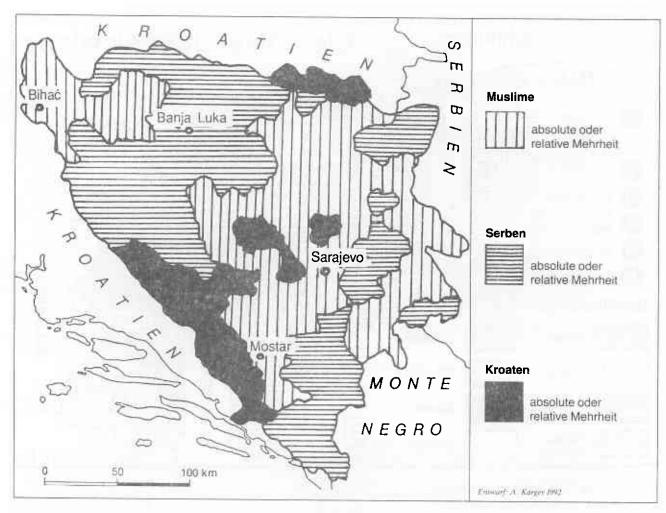


Bild 28: Der Konflikt in BOSNIEN-HERZEGOWINA Muslime, Serben und Kroaten, Volkszählung März 1991